

Stand: 24.06.2026 22:02:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/345

"Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/345 vom 19.02.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 12 vom 13.03.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1955 des HA vom 09.05.2019
4. Beschluss des Plenums 18/2057 vom 16.05.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 16.05.2019
6. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 31.05.2019

Initiativdrucksache 18/345 vom 19.02.2019

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsminister Albert Füracker

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Claudia Köhler

Abg. Hans Herold

Abg. Bernhard Pohl

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Harald Güller

Abg. Ralf Stadler

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Dr. Ralph Müller

Abg. Florian Ritter

Abg. Alexander König

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 1 a und 1 b** zur gemeinsamen Beratung auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz

(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019) (Drs. 18/345)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 (Haushaltsgesetz 2019/2020 - HG 2019/2020)

(Drs. 18/346)

- Erste Lesung -

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Staatsminister Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir in Bayern in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten ein stabiler Anker sind, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Dennoch hat all das, was um uns herum passiert, unmittelbare Auswirkungen darauf, wie es uns in Bayern geht, was wir in Bayern gestalten können und wie sich der Freistaat Bayern in den nächsten Jahren entwickeln kann.

Die Europawahl steht vor der Tür. Populisten begehren noch stärker Einlass in das Europaparlament. Immer mehr Randparteien verlangen den Austritt aus der Europäischen Union. Was in Großbritannien passiert, beobachten wir jeden Tag nicht nur mit Interesse, sondern vielmehr mit Sorge. All das wird natürlich nicht dazu führen, dass die Entscheidungen und Ergebnisse uns unberührt lassen werden.

Deswegen müssen wir überlegen, wie wir in Bayern auf diese Entwicklungen reagieren, aber auch, wie wir geschickt agieren. Damit wir in den Fragen unserer wirtschaftlichen Entwicklung nicht getrieben werden, müssen wir uns überlegen, was unser Beitrag ist, wie wir mit Haushaltsplanung und Innovation in Bayern dazu beitragen können, dass die wirtschaftliche Entwicklung stabil bleiben kann. Ich bin froh, dass wir, obwohl die Wirtschaft offensichtlich nicht mehr so schnell wächst, dennoch Wachstum haben werden. Allen Prognosen zufolge steht eben keine große Rezession bevor, auch wenn sich das manche in ihren Reden offensichtlich herbeisehnen. Das Wachstum wird nur nicht mehr ganz so hoch sein wie in den letzten Jahren. Wir müssen damit zurechtkommen und darauf achten, dass wir ein Stabilitätsanker bleiben.

Wir bauen mit unserem Haushalt auf den bewährten Fundamenten. Wir sind ein Land mit stabilen Finanzen und haben finanzpolitische Solidität stets auch mit Investitionen verbunden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, darauf kommt es an: auf einen soliden Haushalt, starke Investitionen und die Unterstützung der Wirtschaft in ihrer Entwicklung. Das führt dazu, dass wir in der Lage sind, sozialpolitische Schwerpunkte zu setzen, die wir alle uns wünschen. Ein wirtschaftlich starkes Land ist auch in der Lage, denen zu helfen, die sich selbst nicht so helfen können, wie sie es sich wünschen.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Jeder Euro muss erst einmal verdient werden. Ich bin froh, dass durch fleißige Menschen und eine mutige Wirtschaft diese hohen Steuereinnahmen entstanden sind, die hoffentlich weiter so hoch bleiben. Wir müssen mit kluger Politik dafür sorgen, dass die Wirtschaft weiter in Fahrt bleibt und wir den Menschen helfen, die sich selbst nicht helfen können. Das ist die Botschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, das Thema der Schuldenbremse, die ab 2020 in allen Bundesländern gilt, ist für uns nichts Neues und auch kein Problem. Die Schuldenbremse

schockt uns zum 14. oder 15. Mal in Folge nicht mehr; denn wir haben aufgrund unserer Solidität seit 15 Jahren keine neuen Schulden mehr für den normalen, allgemeinen Haushalt machen müssen.

Aber wir tun noch mehr. Wir haben auch Schulden abgebaut. Bis Ende 2018 haben wir mittlerweile 5,6 Milliarden Euro alte Schulden getilgt. Auch im neuen Doppelhaushalt sehen wir eine Tilgungsleistung vor. Wir wollen an unsere Schuldentilgungspolitik anknüpfen und eine weitere Milliarde tilgen. So vermeiden wir Zinslasten in der Zukunft und schaffen Spielräume für weitere Investitionen.

Meine Damen und Herren, es kommt mir auch darauf an: Dieser Haushalt ist in jeder Hinsicht ein Rekordhaushalt, insbesondere auch im Investitionsbereich. Im Investitionsbereich können wir gar nicht genug tun. Ich denke, darin sind sich alle einig. Dort werden die Grundlagen für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes gelegt.

(Alexander König (CSU): Genau!)

Die Rahmenbedingungen für Investitionen müssen passen. Das betrifft die Haushaltspolitik, aber auch die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen. Darüber haben wir schon mehrfach diskutiert. Ich habe die hohe Ehre, morgen wieder mit anderen Bundesländern über die Frage diskutieren zu dürfen, wie sich die Grundsteuer in Deutschland weiterentwickelt. Wir müssen auch im steuerpolitischen Bereich Akzente setzen, Investitionen anregen und diejenigen, die investitionsbereit sind, auch Unterstützung gewähren. Meine Damen und Herren, wir brauchen in Bayern auch in Zukunft eine aktive und aktivierende Wirtschaftspolitik. Diese Politik wollen wir machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Glück gibt es keine Arbeitslosigkeit. Wir haben in weitesten Bereichen unseres Landes Vollbeschäftigung. Die Jugendarbeitslosigkeit ist zum Glück abhandengekommen. Wir haben in unserem Land erfolgreiche DAX-Konzerne und erfolgreiche Hand-

werksbetriebe. Wir haben erfolgreiche Start-ups und erfolgreiche Traditionsbetriebe. Wir haben fleißige Menschen und mutige Unternehmer. Das schafft uns die Spielräume für unseren Haushalt.

Meine Damen und Herren, Haushaltspolitik ist auch Standortpolitik – selbstverständlich. Wir wollen erreichen, dass in wirtschaftspolitischer Hinsicht der gesamte bayerische Raum als Standort Bayern wahrgenommen wird. Der Standort Bayern beschränkt sich nicht auf München und die anderen Metropolen. Wir haben in Bayern noch Gegenden, wo sich die großen Münchner Unternehmen, auch unsere DAX-Konzerne, einmal umsehen sollten, weil dort Wachstum sowohl in Bezug auf Flächen als auch in Bezug auf Arbeitskräfte noch möglich und erwünscht ist. Nicht nur wir als Staat sollten eine Heimatstrategie verfolgen, mit der wir versuchen, die Entwicklung in allen Landesteilen gleichmäßig zu gestalten. Ich bitte auch die bayerische Wirtschaft, eine Heimatstrategie der Wirtschaft aufzulegen,

(Alexander König (CSU): Sehr gute Idee!)

sodass dort, wo noch Möglichkeiten zum Investieren bestehen, Investitionen verstärkt stattfinden können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mang?

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Nein. – Darüber müssen wir uns unterhalten. Wir haben auch im Haushalt wieder herausragende wirtschaftspolitische Ansätze. Wir unterstützen Zukunftstechnologien aus den Bereichen Luft- und Raumfahrt sowie künstliche Intelligenz mit signifikanten zweistelligen Millionenbeträgen. Ich nenne auch die Initiative Mobilfunk. Wir sorgen dafür, dass in Bayern die akademische und die berufliche Ausbildung gleichberechtigt nebeneinander gefördert werden. Wir fördern Master und Meister. Darauf kommt es an!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Anhebung der für den Meisterbonus zur Verfügung stehenden Mittel auf 130 Millionen Euro im Doppelhaushalt ist wirklich signifikant. Damit wird das unterstützt, was ich darzustellen versuchte.

Wie können wir spitze bleiben? – Indem wir auf der einen Seite die Wirtschaft unterstützen, wirtschaftsfreundliche Politik betreiben; das schafft Arbeitsplätze. Auf der anderen Seite müssen wir natürlich mit unserer eigenen Haushaltspolitik stets Taktgeber und Vorbild sein. Wir ernten nun erste Früchte unserer Finanzpolitik. Wenn Sie in den Haushalt sehen, stellen Sie fest, dass in den Jahren 2019 und 2020 nur 0,9 % des Ausgabevolumens oder 0,56 Milliarden Euro jährlich für Zinsen aufgewandt werden müssen. Es ist in der Tat ein sehr niedriger Wert, ja ein historischer Tiefststand, den wir erreicht haben. Wir müssen nicht Zinsen zahlen, wir können investieren. Deshalb können wir eine Rekordinvestitionsquote von 13,7 % im Doppelhaushalt ausweisen; auch das gab es in dieser Weise noch nie. Wir liegen damit an der Spitze aller vergleichbaren westdeutschen Flächenländer. Der Gesamthaushalt weist, wie Sie wissen, 124,7 Milliarden Euro aus.

Der Haushalt wird im nächsten Jahr – 2020 – zurückgehen, weil durch die Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs im Haushalt die Ausgaben zunächst sinken. Für dieses Jahr – 2019 – haben wir immerhin noch 6,9 Milliarden Euro einplanen müssen. Ab 2020 entfällt der Länderfinanzausgleich in seiner bisherigen Ausgestaltung. Die Gelder werden dann über die Umsatzsteuer neu verteilt, was nach den Erkenntnissen aus den damaligen Verhandlungen dazu führt, dass wir vonseiten des Freistaats Bayern deutlich weniger Geld bezahlen müssen. Unsere Kommunen werden in der Fortführung dessen, was in Berlin verhandelt wurde, davon stark profitieren.

Damit bin ich bei den Kommunen. Ich als langjähriger Kommunalpolitiker weiß: Eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Heimatpolitik, die Finanzpolitik, ja der Staat insgesamt funktioniert, ist, dass es den Kommunen gut geht. Den Kommunen in Bay-

ern geht es hervorragend. Sie sind in einem top Zustand. Sie haben, auch unterstützt durch unsere Politik, die absolute Spitzenposition in Deutschland inne. Die Investitionsquote der Kommunen in Bayern erreicht 21,3 %; in den Flächenländern West sind es im Durchschnitt 13 %. Bayerns Kommunen haben den höchsten Finanzierungssaldo aller Flächenländer – und mit uns einen starken Partner.

Nachdem im Bundesrecht nicht mehr vorgesehen ist, dass die Kommunen ab 2020 die erhöhte Gewerbesteuerumlage zu zahlen haben, werden den Kommunen ab 2020 noch einmal 800 Millionen Euro mehr in ihren Haushalten verbleiben. Ein stolzer Betrag! Neben all dem, was wir im kommunalen Finanzausgleich den Kommunen zugesagt haben, müssen sie noch einmal 800 Millionen Euro weniger abführen. Das ist eine riesige Summe. Das wird dazu führen, dass die Kommunen noch mehr investieren können.

(Alexander König (CSU): Sag es ruhig so laut, damit es alle wissen!)

Wir haben uns in dem Spitzengespräch darauf verständigt, dass wir diese bundesgesetzliche Vorgabe so hinnehmen und nicht Gegenrechnungen anstellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber irgendwann einmal – auch das muss ich ehrlicherweise sagen dürfen – müssen die Kommunen sagen: Das ist wirklich ein guter Haushalt! Das ist viel Geld!

Meine Damen und Herren, diese 800 Millionen Euro hätte ich natürlich auch gern in meinem Staatshaushalt gehabt. Diese Summe muss ich nämlich von dem, was ich weniger nach Berlin und an andere Bundesländer überweisen muss, schon abziehen. Ich akzeptiere das zum Wohle der bayerischen Kommunen, möchte aber, um Nachfragen vorzubeugen, auch sagen: Wenn 1,3 Milliarden Euro – so war es damals kalkuliert – weniger nach Berlin gezahlt werden müssen und über 800 Millionen Euro bei den bayerischen Kommunen verbleiben, dann sind meine Spielräume und die des Parlaments aus dieser Entlastung nicht mehr ganz so groß, wie wir es uns wünschten. Aber

– ich wiederhole es – die Kommunen werden davon profitieren, wie sie auch vom kommunalen Finanzausgleich insgesamt profitieren. Nie haben die bayerischen Kommunen vom Freistaat Bayern so viel Geld erhalten wie in diesem Jahr, meine Damen und Herren. Niemals haben sie mehr erhalten!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir hatten im Jahr 2014 einen kommunalen Finanzausgleich von 7,9 Milliarden Euro. Er stieg schrittweise an: auf 8,3 Milliarden Euro, auf 8,56 Milliarden Euro, auf 8,9 Milliarden Euro, auf über 9 Milliarden Euro, auf 9,5 Milliarden Euro und jetzt auf 9,97 Milliarden Euro.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wie hoch war denn die Steigerung im Gesamthaushalt?)

2 Milliarden Euro mehr für die Kommunen in den vergangenen fünf Jahren – so hoch ist die Steigerung gewesen. Deswegen können die Kommunen gut agieren. Wir können darüber hinaus feststellen, dass die Schlüsselzuweisungen um 240 Millionen Euro angewachsen sind. Wir stärken die Hochbaumaßnahmen der Kommunen um weitere 50 Millionen Euro. Unseren Anteil an der Übernahme der Betriebskosten des ÖPNV haben wir um 27 % aufgestockt. Die Krankenhausfinanzierung belassen wir auf dem hohen Niveau von 643 Millionen Euro. All das sind Summen, die vor Ort Segensreiches bewirken.

Wir stellen in unseren Haushalt zudem Beträge für Vorhaben ein, die originär gar nicht unsere Aufgabe wären. Wir haben vor, den Kommunen in den nächsten Jahren 150 Millionen Euro als Kompensation für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu gewähren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Katharina Schulze (GRÜNE): Oje! Da klat-schen nur die FREIEN WÄHLER!)

In diesem Jahr werden es 100 Millionen Euro sein; denn 50 Millionen Euro fließen in einen Härtefonds für Rückerstattungen an Menschen, die mit diesen Zahlungen überfordert waren. Die anderen Millionen können wir verteilen, vor allem zur Spitzabrechnung im Bereich des Straßenausbaus und für den Einstieg in die Pauschalen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die bayerischen Kommunen in den Jahren 2010 bis 2017 jährlich im Durchschnitt – nach ihren eigenen Angaben – 62 Millionen Euro erhoben haben, dann kann mir doch heute niemand sagen, dass 150 Millionen Euro eine zu geringe Kompensationsleistung für die bayerischen Kommunen seien.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

All das wird unseren Kommunen zugutekommen. Darüber hinaus unterstützen wir Maßnahmen zum Breitbandausbau. Wir gewähren eine Mobilfunkförderung. Wir unterstützen die Kinderbetreuung. Die Kommunen können so viel investieren wie nie zuvor!

Meine Damen und Herren, nicht nur die Kommunen können investieren; auch der Freistaat selbst investiert weiter. Wichtige Themen sind Digitalisierung und bezahlbares Wohnen. Die Kommunen werden im Bereich der Digitalisierung durch ein eigenes Förderprogramm zur Digitalisierung von Verwaltungsverfahren unterstützt.

Wir haben weitere 500 Millionen Euro für die Breitbandförderung in unserem Haushalt. Im Übrigen haben wir im Breitbandbereich in den letzten fünf Jahren Fortschritte gemacht, die es in dieser Form nirgendwo anders gibt. In Bayern haben mittlerweile 90 % aller Haushalte 30 Mbit/s, und 80 % aller Haushalte haben 50 Mbit/s. Das ist eine der wichtigsten Botschaften für den ländlichen Raum. Vor fünf Jahren hatten im ländlichen Raum nur 27 % der Haushalte schnelles Internet. Mittlerweile sind es 81 %.

Meine Damen und Herren, auch mir wäre es lieber, es ginge noch schneller. Aber jede Glasfaserleitung muss verlegt werden, und jedes Mal muss ein Verfahren durchgeführt werden. Wir kümmern uns darum, dass es mit diesem Ausbau vorangeht, damit Bay-

ern an der Spitze bleibt. Nirgendwo ist die Dynamik des Ausbaus so hoch wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auch im Bereich des bezahlbaren Wohnens werden weitere Akzente gesetzt. Der Bewilligungsrahmen für die Wohnraumförderung liegt in den Jahren 2018 und 2019 bei ungefähr 1,7 Milliarden Euro. Wir verlängern unser kommunales Wohnraumförderungsprogramm auch im Jahre 2020 unverändert mit 150 Millionen, obwohl im damaligen Wohnungspakt eigentlich geplant war, dass es ausläuft.

Im Bereich der Städtebauförderung haben wir einen Rekordbewilligungsrahmen in Höhe von 908 Millionen Euro. Damit können wir die Maßnahmen in der Städtebauförderung vor Ort hervorragend gestalten. Im Bereich der Innenortsentwicklung kommt es uns ganz entscheidend darauf an, neue Akzente zu setzen, indem wir die Kommunen bei ihren Investitionen unterstützen.

Wir investieren in BayernHeim, im Städtebau. 1.000 neue Staatsbedienstetenwohnungen werden wir bis 2020 haben. Das sind alles Mittel, die dazu aufgewandt werden, den Schwächeren in unserer Gesellschaft auch in Zukunft bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren, Bayern ist das sicherste Bundesland. Auch hier setzen wir weitere Akzente. Wir haben 1.000 neue Polizeistellen im Doppelhaushalt. Ich weiß nicht, ob es in anderen Bundesländern Vergleichbares gibt: Das ohnehin sicherste Land sagt, man wolle noch sicherer werden. Wir werden alles dafür tun, was wir nur können, um noch mehr Polizei in der Fläche oder auch an der Grenze zu haben. Wir wollen mit Polizeidienststellen vor Ort nicht nur die subjektive Sicherheit der Menschen stärken, sondern auch objektiv noch besser werden, obwohl wir doch schon sehr gut sind.

Mit Fug und Recht können wir behaupten, dass es mit diesen 1.000 Stellen seine Richtigkeit hat und dass es richtig ist, dass wir für die innere Sicherheit und für den Rechtsschutz in diesem Doppelhaushalt 13,5 Milliarden Euro vorsehen. 930 Millionen Euro haben wir allein schon für das Polizeibudget vorgesehen. Lieber Herr Kollege Herrmann, das alles sind Rekordsummen, mit denen wir uns mit allen Bundesländern vergleichen können und mit denen wir ganz bestimmt das sicherste Bundesland bleiben werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, das "Bildungsland Bayern" ist nicht nur eine Floskel, sondern Realität. In allen Bildungsrankings, über die ich im Einzelnen jetzt nicht philosophieren möchte, steht Bayern an der Spitze. Und nun werden wir im neuen Doppelhaushalt noch einmal 2.000 neue Stellen und im Sozialbereich weitere 200 Stellen vorsehen. Damit beweisen wir, dass die wichtigste Investition aus unserer Sicht den Köpfen der Menschen gilt. Wir wollen, dass die Menschen bei uns auch in der Zukunft im Bildungsbereich an der Spitze bleiben.

Dafür tun wir alles. Wir tun aber auch alles dafür, dass die Bildungspolitik in Bayern eigenständig bleibt. Wir haben nicht einmal schnell weitere Stellen in Aussicht gestellt oder sofort Einverständnis damit gezeigt, dass der Bund alles steuern soll, wie es die Linken fordern. Danke, Herr Ministerpräsident, dass wir Kurs gehalten haben, dass die bayerische Bildungspolitik auch in Zukunft in Bayern und nicht in Berlin gemacht wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Sehr richtig!)

Dass wir dennoch das Geld weiterhin bekommen, war wirklich eine hervorragende Verhandlungsleistung unseres Ministerpräsidenten. Damit können wir in Bayern eine gute Bildungspolitik machen. Mit dem Geld, das vom Bund kommt, können wir unsere eigenen Investitionen ergänzen. Denn gerade im Bereich der Digitalisierung der Schu-

len sind wir schon jetzt sehr intensiv unterwegs, mit all den Summen, die wir dafür aufbringen.

Auch für den Bereich der Hochschulen möchte ich feststellen, dass es großartige Fortschritte gibt. Ich nenne nur das Uniklinikum Augsburg. Wenn man nun generell betrachtet, wie sich die Hochbaumittel in diesem Doppelhaushalt entwickeln, dann kann man eigentlich nur aufstehen und ganz laut applaudieren. Im Jahre 2018 beliefen sich die Baumaßnahmen im Hochschulbereich auf 400 Millionen Euro; im Jahr 2019 waren es 505 Millionen; und im Jahr 2020 werden es 570 Millionen sein. Überall also haben wir Rekordsteigerungen und damit die Möglichkeit, vor Ort akademische Bildung gleichwertig neben die berufliche Bildung zu stellen. Insofern hoffe ich, dass wir auch in diesem Bereich Ihre Zustimmung finden.

Ich komme nun zum Klimaschutz im Mobilitätsland Bayern. Ja, wir sind ein Flächenstaat. Wir sind gerade im ländlichen Bereich darauf angewiesen, neben den berechtigten Forderungen und Maßnahmen, die den ÖPNV betreffen, auch in Zukunft noch den Individualverkehr zu ermöglichen. Wir setzen in Bayern nicht nur darauf, dass es Autos gibt, sondern wir fordern die bayerische Wirtschaft auch dazu auf, auch in Zukunft die besten Autos zu bauen, die es auf der ganzen Welt gibt.

Nur eines können wir nicht tun, meine sehr verehrten Damen und Herren, nämlich dass wir in Bayern unsere Autos aus angeblichen Gründen der Luftreinhaltung nicht mehr fahren lassen und die anderen in der ganzen Welt auffordern, unsere Autos zu kaufen. Deswegen bin ich sehr froh, dass es in Bayern keine unverhältnismäßigen Fahrverbote gibt. Ich sage es noch einmal: Bayern als größtes Flächenland muss mobil bleiben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das gilt gleichermaßen für den ÖPNV wie für den Individualverkehr.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vor diesem Hintergrund stocken wir die Maßnahmen für die Luftreinhaltung auf. 2019 werden es bereits 14 Millionen Euro sein, und im Jahre 2020 werden wir noch einmal 13 Millionen drauflegen. 111 Millionen sind also im Doppelhaushalt vorgesehen. 136 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen dienen nur der Luftreinhaltung. Für den Individualverkehr und den Bau der Staatsstraßen werden wir wie im Vorjahr 703 Millionen bereitstellen. Damit können die Baumaßnahmen für die Staatsstraßen auf dem Niveau der Vorjahre weitergeführt werden.

Und noch eines möchte ich sagen: Vor Kurzem habe ich die Kritik gelesen, dass zu viele Bundesgelder im Bereich des Straßenbaus nach Bayern flössen. Meine Damen und Herren, diese Kritik kam hauptsächlich von der linken Seite. Ich habe die Beschwerden von GRÜNEN in Berlin im Ohr, dass zu viele Straßenbaumittel nach Bayern flössen. Meine Damen und Herren, seit wann können wir denn bayerische Politiker dafür geißeln, dass so viel Geld nach Bayern fließt? – Wie verrückt müsste man da eigentlich sein! Seien wir doch froh; wir können jeden Euro dringend brauchen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Luftreinhaltung und Mobilität dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Gute Luft ist unser Ziel, ohne Fahrverbote. Darauf kommt es an. Der ÖPNV leistet Hervorragendes dazu. Deswegen stocken wir auch hier die Mittel auf. In 2018 gab es 447 Millionen dafür, in 2019 sind es bereits 497 Millionen, und für 2020 ist ein ähnlicher Betrag vorgesehen. Das sind also annähernd eine Milliarde für den ÖPNV in diesem Doppelhaushalt.

Ich finde, damit können wir sehr viel erreichen, sowohl was den Bereich der Luftreinhaltung als auch was die Flächenwirksamkeit angeht. Wir stocken im ländlichen Raum die ÖPNV-Zuweisungen von 75 auf 94 Millionen auf. Das ist eine wichtige Aufstockung. Darüber hinaus stehen im Bereich der weiteren Förderung des ÖPNV zweistellige Millionenbeträge zur Verfügung. Das alles ist ein Niveau, mit dem wir sehr gut leben können.

Im Übrigen haben wir neben all dem auch im Bereich von Umwelt und Landwirtschaft weitere Akzente gesetzt. Für den Vertragsnaturschutz gibt es Rekordzahlen. 2015 hatten wir unter anderem im Vertragsnaturschutz 100 Millionen eingesetzt. Im Jahre 2020 werden es 178 Millionen sein. Daran können Sie die Steigerungen erkennen.

Wir wollen Umweltschutz und Landwirtschaft in Einklang bringen. Land- und Forstwirte sollen Partner im Bereich von Natur- und Landschaftspflege sowie in der Produktion der Nahrungsmittel insgesamt sein. Bayerns Artenvielfalt ist seit Jahrhunderten eng mit der bäuerlichen Landwirtschaft und der Forstwirtschaft verwoben. Ich hoffe, es bleibt dabei.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vor diesem Hintergrund bin ich froh, dass es nun einen Runden Tisch gibt, damit die Interessenkollisionen, die es offensichtlich gibt, und die unterschiedlichen Auffassungen zusammengeführt werden. Dieser Runde Tisch wird dazu führen, dass der Frieden zwischen Umweltschutz und Landwirtschaft noch größer wird. Ich wünsche diesem Runden Tisch einen großen Fortschritt.

Liebe Michaela Kaniber, aber wir haben auch hier viel vorzuweisen. Nirgendwo wird der Biolandbau so intensiv unterstützt wie in Bayern. 10 % der bayerischen Bauern sind Biobauern. Fragen Sie einmal in Schleswig-Holstein, wie viele es dort sind. Nirgendwo wird pro Hektar so viel Geld für die Biolandwirtschaft ausgegeben wie bei uns. Unser Kulturlandschaftsprogramm für freiwillige Agrarumweltleistungen ist in den letzten Jahren in einem Maß ausgebaut worden, wie man es sich eigentlich nur hätte erträumen können. Wir hatten für das Kulturlandschaftsprogramm im Jahr 2015 190 Millionen Euro im Haushalt und werden 2020 292 Millionen Euro im Haushalt haben, also 100 Millionen Euro mehr. Das ist eine Steigerung von 30 %. Wo gibt es denn so was? – Nur in Bayern. Hier versöhnen wir Bauern und Umwelt.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, ich hätte eine erneute Zwischenbemerkung. – Nein.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Bauern leisten eben auch im Bereich der Arbeitsplätze Großes. Wir wollen in Bayern die Landwirtschaft weiterhin als wirklich wichtigen Wirtschaftszweig haben. Wir wollen auch noch Bauern, nicht nur Landwirtschaft.

Wenn das alles funktioniert – die Wirtschaft und der Staat –, kann man auch Sozialpolitik machen. In Bayern sollen sich unsere Bürgerinnen und Bürger nicht nur in der Natur wohlfühlen, sondern sie sollen auch im Alltag erleben, dass wir ihnen in ihren familiären Situationen helfen. Familien sind Eltern mit Kindern. Familien sind aber auch Eltern mit Eltern. Wir reden immer über die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern. Wir müssen aber auch über die Vereinbarkeit von Beruf und pflegebedürftigen Eltern reden. Überall geben wir Antwort: den jungen Familien mit dem Familiengeld und der Beitragsbefreiung für Kindergartenplätze. Bei den Senioren geben wir mit unserem Landespflegegeld Antwort. Das alles passiert mit signifikanten Beträgen.

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Ich habe in den letzten Tagen gelesen, da sei über Bayern etwas mit der Gießkanne verteilt worden.

Sagen Sie es doch den jungen Familien, wenn Sie das Familiengeld ablehnen. Sagen Sie doch den Pflegebedürftigen, dass Sie das Pflegegeld ablehnen. Dann habe ich Respekt. Ich sage das nicht; denn wir wollen junge Familien und Pflegebedürftige unterstützen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Des Weiteren fördern wir Familien durch die Unterstützung von Baumaßnahmen. Wir zahlen eine Bayerische Eigenheimzulage und das Baukindergeld. Alle diese Maßnah-

men führen dazu, dass die Menschen auch bei der Schaffung eines Eigenheims vom Staat unterstützt werden.

Ich möchte, dass diese Familienkoalition tatsächlich Wort hält. Das haben wir getan. Wir haben die Beitragsbefreiung für Kindergartenplätze eingeführt. Das Familiengeld behalten wir bei. Wir haben eine Familien-Milliarde kreiert. Ich sage das mit Stolz, weil eine bayerische Familien-Milliarde unseren Menschen zugutekommt. Wir in Bayern denken auch an die sozialen Herausforderungen und geben insofern Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, es liegt noch eine Zwischenfrage vor. – Nein.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Auch die Geburtshilfe wird von uns finanziell unterstützt. Wir haben den Hebammenbonus, die Niederlassungsprämie für Hebammen und 25 Millionen Euro Strukturverbesserung bezüglich der Krankenhäuser im ländlichen Bereich. Wo gibt es das? – Nur in Bayern.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eines sagen: Grundlage für ein funktionierendes Staatswesen ist neben einer klugen Politik natürlich eine engagierte, funktionierende Verwaltung. Das sind Menschen, die sich als Tarifbeschäftigte und Beamte in unseren Verwaltungen einbringen, die Ideen entwickeln und umsetzen und selbst tätig werden, damit dieser Staat funktioniert.

Deswegen bleiben wir auch beim jüngsten Tarifabschluss der Länder ein verlässlicher Partner unserer Bediensteten, ein verlässlicher und attraktiver Arbeitgeber. Es ist eben nicht so, wie mancherorts geschrieben wurde, dass die Steigerung der Gehälter um 8 % das Jahr 2019 betraf. 3,2 %, 3,2 %, 1,4 %, das sind die drei Zahlen für die nächsten drei Jahre. Wir zahlen selbstverständlich nicht nur unsere Tarifbeschäftigten nach den vereinbarten Tarifen, sondern übertragen diese Ergebnisse auch zeitgleich

und systemgerecht auf unsere Beamten, weil wir in Bayern auf ihre Arbeit stolz sind und uns für ihr Tun bedanken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich kostet diese Maßnahme 2,4 Milliarden Euro im Doppelhaushalt. Die 1,4 % des Jahres 2021 machen noch einmal 380 Millionen Euro aus. Aber wir haben im Doppelhaushalt für diesen Betrag vorgesorgt, weil es von Anfang an unser Ziel war, die Damen und Herren Bediensteten des Freistaates Bayern mit dem Tarifabschluss verlässlich auszustatten, und den Abschluss auf die Beamten zu übertragen.

Wir sind spitze. Dieser Haushalt belegt es. Wir finanzieren diesen Haushalt teilweise mit einer Entnahme aus der Rücklage. Diese Entnahme aus der Rücklage ist keineswegs unverantwortlich. Nach dem, was wir vorgelegt haben, verbleiben am Ende des Doppelhaushalts noch 2,2 Milliarden Euro in der Rücklage. Ich kann heute noch keine konkreten Zahlen präsentieren, sage aber eines: Der bevorstehende Abschluss 2018 macht mir jedenfalls Mut und beweist, dass wir uns in der Kalkulation dessen, was wir hier darstellen, garantiert nicht dem Vorwurf aussetzen müssen, wir wären unsolide – ganz im Gegenteil, wir haben sehr gut kalkuliert. Wenn sich die Rücklage in der Weise fortentwickelt, wie es sich im Moment darstellt, bin ich sehr, sehr zufrieden.

Diejenigen, die jetzt anschließend sagen werden, wir hätten zu viel Geld verbraucht, bitte ich, gleich zu erklären, wo wir weniger hätten ausgeben sollen. Bitte sagen Sie gleich: Familiengeld kürzen, Pflegegeld kürzen, Baukindergeld kürzen. Bitte sagen Sie gleich, wir sollen bei den Beamten sparen. Oder sagen Sie uns gleich, wir sollen den Kommunen weniger Geld geben. Wenn Sie uns das heute sagen, kann Ihr Argument ernst genommen werden. Denjenigen, die sagen, wir hätten noch mehr Geld ausgeben sollen, denen muss ich sagen, dass es mit dem, was wir vorgelegt haben, gut ist. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Landeshaushalt spitze ist und dass Bayern durch diesen Landeshaushalt an der Spitze bleiben wird. Spitze wollen wir sein und bleiben.

Deswegen danke ich und bitte gleichzeitig darum, dass dieser Haushalt in den jetzt beginnenden Beratungen in den Ausschüssen wie im Haushaltsausschuss und zum Schluss im Mai im Plenum Ihre Zustimmung findet. Wir haben jedenfalls eine Vorlage gemacht, die ihresgleichen sucht, auf die ich persönlich stolz bin und die den Freistaat Bayern mit Sicherheit vorwärtsbringt. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Ferdinand Mang von der AfD das Wort.

Ferdinand Mang (AfD): Herr Staatsminister, ich möchte meiner Rede nicht vorgreifen. Aber die folgende Frage möchte ich von Ihnen doch beantwortet wissen. Sie haben gesagt, dass zur Schuldentilgung 1 Milliarde Euro aufgewendet werden, und bereits selber dargestellt, dass die Rücklagen von 5,8 Milliarden auf 2,2 Milliarden Euro abgeschmolzen werden. Das ergibt eine Differenz von 3,6 Milliarden Euro. Würden Sie dieses Tafelsilber nicht angreifen, ergäbe sich ein Betrag von 3,1 Milliarden Euro, um den sich der bayerische Staatshaushalt verschulden würde. Da bitte ich schon um Klärung.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Die Erklärung ist ganz einfach: Durch jahrzehntelanges gutes Wirtschaften sind auf unserem laufenden Konto, das wir als Rücklage bezeichnen, Ende 2018 5,8 Milliarden Euro gewesen.

(Zuruf von der CSU: Genau!)

Jeder normale Mensch wird in seinem privaten Haushalt, wenn er sich besondere Dinge vornimmt, auf sein Konto zugreifen. Wir haben uns vorgenommen, in der Familienpolitik und der Pflege Akzente zu setzen. Ich halte es für richtig, dass man dafür

auch diese Summen der Rücklage entnimmt. Die Rücklage wird durch den Haushaltsvollzug 2018, den ich auch noch nicht im Detail kenne, wieder ergänzt werden. Ich habe eben in meiner Rede bereits angedeutet, dass das, was ich davon weiß, dazu führt, dass ich mir um die Rücklagenentwicklung im Jahr 2019 keine Sorgen mache. Mehr kann ich dazu seriöserweise noch nicht sagen. Aber die Sorge, dass das Rücklagenkonto in Kürze ganz leer würde, kann ich Ihnen nehmen. Das passiert ganz bestimmt nicht.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Interventionen liegen nicht vor. – Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich zur Kenntnis geben, dass der Ältestenrat eine Gesamtredezeit von 121 Minuten beschlossen hat. Nachdem der Herr Staatsminister etwas länger gesprochen hat, bekommen die Fraktionen diese Zeit zusätzlich auf ihr Kontingent angerechnet. – Als Nächster erteile ich Frau Claudia Köhler vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Endlich ist er da, der Haushaltsentwurf 2019/2020; wohlge-merkt: 2019 ist das laufende Jahr. Jetzt wissen wir auch, warum wir so lange warten mussten: Sie, sehr geehrte Koalition, haben so lange herumgerechnet; denn es ging und ging nicht auf.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das ist Unsinn! Das wissen Sie ganz genau!)

Man kann Ihnen eigentlich kein Geld anvertrauen.

(Alexander König (CSU): Das ist noch größerer Unsinn!)

Sie bedienen sich aus öffentlichem Geld. Sie langen tief in die Rücklagen. Herr Minister, das ist kein laufendes Konto.

(Alexander König (CSU): Zur Orientierung: Sie sprechen im Bayerischen Landtag!)

Sie bedienen sich aus öffentlichem Geld, weil die Rechnung nicht aufgegangen ist. Last In – First Out, ist das Ihr Motto?

(Beifall bei den GRÜNEN)

An Sie, FREIE WÄHLER: Straßenausbaubeiträge, Straßenersterschließung: Wissen Sie eigentlich, was in den Kommunen vor Ort los ist, welche Lawine Sie losgetreten haben?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir schon!)

Sie haben ohne Plan und Ziel einfach mal so etwas hinausgehauen, und die Kommunen sollen schauen, wie sie zukünftig ihre Straßen erschließen und erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie, sehr geehrte FREIE WÄHLER, haben immer so getan, als ob Sie den Kommunen helfen und die Kommunen unterstützen wollten. Und nun? – Alle Schnellschüsse zur Pflege, zur Kinderbetreuung, zu Strabs und zu Strebs belasten die Kommunen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie reden, wir handeln!)

Die Kommunen müssen den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz umsetzen und sich überlegen, wo sie dafür das Personal herbekommen. Die überstürzte Einführung der Beitragsfreiheit für die Kinderbetreuung macht zukünftig eine halbe Milliarde Euro pro Jahr aus.

(Zuruf von der CSU: Gott sei Dank!)

Welcher Familie nützt ein beitragsfreier Platz, wenn sie ihn dann nicht bekommt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viele Familien bekommen ihn nicht, weil es nicht genügend Erzieherinnen und Erzieher gibt.

(Alexander König (CSU): Was nützt ein Platz, den es nicht gibt?)

Nicht einmal bestehende Gruppen können personell besetzt werden. Ich sage Ihnen etwas: Für eine Personaloffensive, eine Ausbildungsinitiative und eine Qualitätsinitiative in unserer Kinderbetreuung hätten wir eine halbe Milliarde Euro im Jahr brauchen können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das gibt es schon! –
Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Subsidiaritätsprinzip!)

Das Familiengeld will auch noch finanziert werden. Das Familiengeld macht in den beiden Jahren 1,5 Milliarden Euro aus. Dieses überstürzt eingeführte Familiengeld kommt erst nach einem ewigen Hin und Her bei den wirklich bedürftigen Familien an. Sie verweigern den Pflegeeltern, die Kinder aus schwierigsten Verhältnissen ohne Adoptionsabsicht in Pflege nehmen, dieses Familiengeld. Hier geht es um 400 Pflegeeltern. Da werden Sie auf einmal kleinlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für unsere Polizei gibt es jetzt erst einmal die Body-Cam. Und dann bekommt demnächst jeder Streifenwagen ein Tablet und ein Handy. Herr Minister Herrmann, wir schreiben das Jahr 2019. Bei einem Haushaltsvolumen von 125 Milliarden Euro in zwei Jahren werden demnächst Handys für unsere Polizei angeschafft. Jeder Packpostbote kommt seit Jahren mit einem elektronischen Gerät an die Haustür, und Sie stellen jetzt vom Klemmbrett aufs Tablet um.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Sehr billig, was Sie hier vortragen!)

Wir sagen Ihnen: Schluss mit der Bayerischen Grenzpolizei ohne Befugnis! Schluss mit Ihrer Kavallerie! Schluss mit der ehrenamtlichen Sicherheitswacht; denn die entwertet echte Polizeiarbeit. Sorgen Sie für mehr Polizistinnen und Polizisten in der Fläche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ach ja: Wir haben ja jetzt ein Digitalministerium, natürlich gleich mit einem Beamtenapparat dazu. Für die für unsere Zukunft so wichtigen Themen wie Cybersecurity, E-Government und digitale Bildung stellen Sie einen Mini-Etat von 79 Millionen Euro für ganz Bayern bereit. Ich glaube, Sie verkennen hier die Dringlichkeit. Warum liegt eigentlich die Zuständigkeit für die Breitbandförderung nicht beim neuen Digitalministerium? Wollten Sie der neuen Ministerin keine Kompetenzen geben?

Bayern barrierefrei, was für ein hochgelobtes Ziel. Dafür hat Ihre Partei längst die Marke 2023 gesetzt. Aber wo bleibt denn die Barrierefreiheit? – 835.000 Euro für kleine Baumaßnahmen – ist das ein Witz? Sie zählen im Einzelplan 10 alles zur Barrierefreiheit, damit dieser Plan überhaupt nach etwas aussieht. Die Linienbusse tauchen zum Beispiel gleich dreimal im Haushaltsplan auf, nämlich beim Klimaschutz, bei der Mobilität und bei der Barrierefreiheit. In Wirklichkeit ist das nur eine Ersatzbeschaffung. So wird getrickst. Es wäre schön gewesen, wenn Sie dreimal so viel dafür ausgegeben hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Investitionen an unseren Schulen für die Barrierefreiheit im Bestand sind mit der Gesamthöhe von 11 Millionen Euro im ersten und 13,3 Millionen Euro im zweiten Jahr geradezu lächerlich. Das reicht für einen Handlauf an jeder Schule, dann ist es schon wieder aus mit dem Menschenrecht der Teilhabe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unterstützen Sie endlich unsere Kommunen bei der Nachrüstung öffentlicher Gebäude. Wir GRÜNE haben schon für den letzten Doppelhaushalt 20 Millionen Euro gefordert. Mit Ihrer Verweigerungshaltung schaffen Sie nur einen weiteren Investitionsstau.

Nennen Sie mir bitte einen guten Grund für den zweiten Dienstsitz des Gesundheitsministeriums in Nürnberg. Dieser ist völlig überflüssig. Allein die Mieten und Pachten steigen dadurch um eine weitere Million Euro. Herr Ministerpräsident, das ist ein sinnfreies Projekt, rein zur Selbstdarstellung in Ihrer eigenen Heimat. Ich nenne gleich noch ein weiteres sinnfreies Projekt, nämlich den Umzug des Staatsarchivs nach Kitzingen mit dem dazugehörigen Neubau. Das alles für knapp 20 verlagerte Arbeitsplätze. Die ohnehin schon exorbitanten Kosten in Höhe von 33 Millionen Euro sind bereits auf 50 Millionen Euro gestiegen. Das zeigt ein weiteres Mal, wie wenig kostenbewusst die Staatsregierung mit öffentlichem Geld umgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind uns sicher einig: Ein mit gewaltiger Wucht auf uns zudonnerndes Problem ist die Pflege. Das ist keine Überraschung. Schauen Sie sich um: Pflegekräfte, Betroffene und Angehörige, sie alle sind am Limit. Und warum? – Erst in der vergangenen Woche wurden über 100.000 Unterschriften für das Volksbegehren für eine bessere Pflege übergeben. Jetzt gibt es aber das Landespflegegeld. Jetzt werden jedem Pflegebedürftigen über das Landespflegegeld ein paar Scheine in die Hand gedrückt. Haben wir dadurch nur eine einzige Pflegekraft mehr? – Nein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie haben keine Ahnung! – Alexander König (CSU): Informieren Sie sich erst einmal, bevor Sie zu reden anfangen! – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Das ist menschenverachtend!)

Sie wissen ja nicht einmal, wie viel Euro das versprochene Landespflegegeld ausmacht. Das steht auch so in Ihrem Entwurf: "Unklarer Bedarf", "Flexibilität im Haushaltsvollzug". Ich bitte Sie: Flexibilität bei angesetzten 748 Millionen Euro in zwei Jahren. Was hätten wir für 748 Millionen Euro in zwei Jahren in der Pflege alles auf den Weg bringen können?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und dann gibt es gleich noch eine neue Behörde, die nur dafür da ist, um das Geld auszuzahlen. Auch diese Stellen wären besser in die Pflege direkt investiert worden. Und jetzt haben Sie, liebe FREIE WÄHLER, auch noch einen Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz festgezurr. Wie das geht, darüber sollen sich die Kommunen den Kopf zerbrechen. Sie wissen ganz genau, dass nur belegte Pflegeplätze bezuschusst werden. Wie sollen da unsere Kommunen leere Plätze für den kurzfristigen Bedarf vorhalten? – Auch hier bräuchten wir Personal und keine Taschengeldverteilung an die Betroffenen. Was nützt das Landespflegegeld, wenn ich für meine Angehörigen keinen Pflegeplatz finde?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Brauchen Sie zu jedem Thema, das unserer Gesellschaft auf den Nägeln brennt, erst ein Volksbegehren, damit Sie aktiv werden? Das scheint Ihnen alles nicht so wichtig zu sein.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wir lehnen das Volksbegehren wenigstens nicht ab!)

Das zeigt auch die peinliche Situation bei der versprochenen Schulgeldfreiheit für Heilmittelberufe. Erst haben Sie versprochen, dass das Schulgeld abgeschafft wird, und dann fliegt das Ganze wieder aus dem Haushalt raus. Die Schulen vor Ort, die angehenden Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern hatten sich auf Sie verlassen. Verstehen Sie mich nicht falsch. Man kann gebührenfreie Kitas, Baukindergeld, Lan-

despflegegeld und Familiengeld einführen. Das kann man alles machen, wenn es mal richtig läuft. Aber zuerst brauchen wir Erzieherinnen und Erzieher, Wohnungen, Pflegeplätze und das Personal dafür. Erst dann kann übriges Geld mit der Gießkanne verteilt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun komme ich zum Stichwort "personelle Unterbesetzung". Bei der Justiz sind der Mittelbau und der Unterbau nach wie vor schlecht ausgestattet. Für eine funktionierende Justiz sind aber nicht nur genügend Richterstellen, sondern auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Rechtspfleger, Verwaltungspersonal, Justizvollzugsbeamte, Anwältinnen und Anwälte notwendig.

Das Gleiche gilt für unsere Finanzämter. Sogar die Bayerische Finanzgewerkschaft fordert mittlerweile nicht mehr so viel. Dort wurde nämlich erkannt, wie tief schon jetzt in die Rücklagen gegriffen wurde. Derzeit macht die Schaffung zusätzlicher Stellen auch überhaupt keinen Sinn, weil schon so viele vorhandene Stellen unbesetzt sind. Wir müssen mehr junge Leute ausbilden, diese gut bezahlen und an uns binden. Wir müssen dafür sorgen, dass Fachwissen nicht abwandert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt noch ein gebrochenes Versprechen: In der letzten Legislaturperiode gab es eine interfraktionelle EntschlieÙung. Demnach sollte der Zugang zu Bildung für alle offen sein, auch für Erwachsene. Das ist auch logisch; denn bessere Bildung auch von Erwachsenen dient der Sicherung der Demokratie. Am Konzept für die Erwachsenenbildung waren alle vier Fraktionen beteiligt, und alle waren sich einig, die Volkshochschulen in den kommenden Jahren strukturell zu unterstützen. Diese Erklärung war eine Sternstunde des Parlaments. Sie wurden dafür geehrt und haben dafür einen Preis bekommen. Dabei geht es um 5 Millionen Euro im Jahr. Was ist geschehen? – Der Posten wurde kurzfristig aus dem Haushaltsplan gestrichen. Herr Minister Piazzolo – er ist gerade nicht im Saal – war bei den Gesprächen

für die Entschließungserklärung dabei. Auf was soll man sich noch verlassen können, wenn nicht auf das gemeinsame Wort von Regierung und Opposition?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Verlassen Sie sich darauf: Wir werden alles tun, damit diese Beträge wieder in den Haushaltsplan kommen, damit unsere Volkshochschulen, die eine so wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft leisten, nicht im Regen stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Seit Neuestem sind Sie für den Klimaschutz in Bayern. Ich möchte gleich fragen: Warum sind im Haushaltsplan so wenig Mittel für die Nahwärmenetze zu finden? – Unsere Kommunen und Landkreise brauchen Zuschüsse für nachhaltige Mobilitätskonzepte und das Flächenmanagement. Wir brauchen in den Landkreisen Energieagenturen. Die Bürgerinnen und Bürger sind für den Klimaschutz längst bereit, aber sie brauchen Hilfestellung vor Ort.

Sie haben viel über die Bauern und deren Rolle für die nachhaltige Landwirtschaft und den Artenschutz gesprochen. Fördern Sie dann bitte die entsprechenden Maßnahmen, und zwar ordentlich. Fördern Sie Öko-Modellregionen, entfristen Sie endlich die Försterstellen für den Waldumbau, kümmern Sie sich um die Umsetzung der Stellen für die Bergwaldoffensive! – Das wären nachhaltige Maßnahmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und zum nachhaltigen Gewässerschutz in Bayern. Interessieren Sie diese Themen nicht? Bayern ist völlig in Verzug mit der Umsetzung dieser Richtlinie.

Seit Kurzem fahren Sie auch noch gerne S-Bahn. Haben Sie schon bemerkt, wie fehleranfällig und unzuverlässig das ganze System ist? Ganz oben auf der To-do-Liste steht Folgendes: Verkehrsverbünde fördern und günstigere Tarife für die Pendlerinnen

und Pendler, die bislang mit dem Auto gefahren sind. Verkehrsverbünde müssen endlich in ganz Bayern geschaffen werden, um den vorsintflutlichen öffentlichen Personennahverkehr auf dem Land ins 21. Jahrhundert zu holen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Schienenpersonennahverkehr muss ausgebaut werden. Außenäste und Ringe sind notwendig. Wir müssen noch viel stärker ausbauen. Dies muss auch in freiwilliger Vorfinanzierung durch den Freistaat geschehen. Wir müssen viel höhere Bestellerentgelte für die Bayerische Eisenbahngesellschaft einkalkulieren. Die Züge werden nämlich nur so gut fahren, wie sie der Staat bestellt. Ich würde sagen: Schicken Sie sich, bevor auch hier der letzte Zug abgefahren ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wo bleiben denn die nennenswerten Investitionen in den Radverkehr über das derzeit homöopathische Maß hinaus? Für Vorschläge stellen wir Ihnen gerne unsere Anträge zur Verfügung.

Nun komme ich zum Pensionsfonds. Eigentlich hätten Sie in all den Jahren schon viel mehr in den Pensionsfonds einzahlen müssen. Ihre Schuldentilgung ist nämlich ein Ersatz für den Pensionsfonds, den wir brauchen, weil so viele Personen eingestellt worden sind. Wie wollen Sie die Lücke in der Altersversorgung je wieder schließen? Im Jahr 2019 werden statt 600 Millionen nur 100 Millionen einbezahlt. Da ist also ein weiteres Loch, das Sie zukünftigen Generationen hinterlassen. Nun wird aber auch klar, warum sich Ministerpräsident Söder derart vehement für eine Amtszeitbegrenzung einsetzt. Wenn im Jahr 2030 die Pensionen zu zahlen sein werden und die angekündigte Schuldentilgung nicht erreicht sein wird, dann wird Herr Söder schon über alle Berge sein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen der Abgeordneten Katharina Schulze
(GRÜNE))

Er wird wahrscheinlich nicht über alle Berge sein, sondern in den Talkshows, in denen er uns dann die Welt erklären wird. Ich habe schon jetzt ein Déjà-vu.

(Alexander König (CSU): Absolut lächerlich!)

Es hieß immer, dass Sie 3,6 Milliarden Euro aus der Rücklage nehmen. Wenn man jedoch genau nachliest, dann sind es 3,652 Milliarden. Rundet man ordentlich, dann kommt man auf 3,7 Milliarden. Mit den 2,43 Milliarden, die Sie schnell noch 2018 rausgenommen haben, entspricht das de facto einer Rücklagenentnahme von über 6 Milliarden Euro bis 2020, um die Wahlgeschenke zu finanzieren. Sie haben also etwa 6 Milliarden Euro aus der Rücklage genommen, ohne strukturell nachhaltige Verbesserungen zu schaffen, und das bei boomender Wirtschaft und sprudelnden Steuereinnahmen. Ich frage Sie: Was nehmen Sie sich eigentlich noch alles raus?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben ja erklärt, Sie würden tilgen und alles sei grundsolide. Sie sagen, Sie tilgen in zwei Jahren eine Milliarde Euro. Jeder denkt, dass wir pro Jahr 500 Millionen Euro tilgen. Nein, das stimmt auch nicht! Im Jahr 2019 wird nämlich nur die Hälfte getilgt werden, nämlich 250 Millionen. Ansonsten wäre die Rechnung wieder nicht aufgegangen. Anders bekommen Sie es nämlich nicht hin. Der Haushaltsplan strotzt vor purer Verzweiflung. 250 Millionen Euro sind viel zu wenig, um 2030 fertig zu sein. Das ist viel zu wenig. Das ist die niedrigste Tilgung seit 2012.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die von Ihnen so gelobte Schuldentilgung ist sehr leicht zu demaskieren; denn sie ist eigentlich keine. Liebe FREIE WÄHLER, in Sachen Bilanzkosmetik haben Sie nun Erfahrung. Darum müssen Sie auch 700.000 Euro zurückzahlen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): O mei, o mei!)

Ich sage Ihnen: Die Schummelei ist schon bei Ihrem Staatsanleihenkauf und -verkauf nicht aufgegangen, und sie wird auch im Doppelhaushalt nicht aufgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Ihren Versprechungen haben Sie leichtfertig viele Möglichkeiten der Umschichtung zugunsten nachhaltiger, vorwärtsgewandter Politik für die Menschen verspielt. Das Schlimme ist, dass Sie so viel Geld gebunden haben. Mit den Wahlgeschenken wie Familiengeld, Landespflegegeld, Baukindergeld, Gebührenfreiheit usw. haben Sie das Geld nicht nur einmal ausgegeben, sondern die Ausgaben langfristig mit Gesetzen festgezurr.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wahlgeschenke? Das ist Ihre Ideologie!)

Die Wahlgeschenke werden unseren Haushalt auf Jahre belasten, ohne strukturelle Verbesserungen zu schaffen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist ja Quatsch!)

Dieser Haushaltsentwurf ist nicht nachhaltig, nicht vorausschauend und nicht generationengerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei derart großen Wahlgeschenken mit hohen Summen wäre es anständig, wenigstens auf Ihre Fraktionsreserve in Höhe von 60 Millionen Euro zu verzichten. Ihr Spielgeld haben Sie nämlich diesmal schon vor der Wahl verbraucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die restlichen zwei Minuten schenke ich Ihnen jetzt, damit Sie einmal sehen, wie Sparen geht.

(Zurufe von den GRÜNEN: Bravo! – Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Hans Herold von der CSU das Wort.

Hans Herold (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte jetzt insbesondere zum kommunalen Finanzausgleich sprechen, aber erlauben Sie mir auch eine kurze Bemerkung zur Rede von Frau Köhler. Liebe Frau Köhler, wir arbeiten im Ausschuss relativ gut zusammen, aber ich gehe davon aus – nachdem Sie auch neu im Landtag sind –, dass Ihnen nicht bewusst ist,

(Zurufe von den GRÜNEN)

wie sich die Finanzsituation in Bayern im Unterschied zu anderen Bundesländern in Deutschland darstellt. Nur zum Vergleich:

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wissen Sie, welche Schuldenlast Rot-Grün bis zum Jahr 2017 in Nordrhein-Westfalen hinterlassen hat? – 200 Milliarden Euro. Der Unterschied ist, in Bayern sind es 20 Milliarden Euro.

Wissen Sie, dass wir aufgrund einer guten Finanzpolitik eine Rücklage von über 6 Milliarden Euro aufgebaut haben? – Darauf sollten Sie auch einmal hinweisen, liebe Frau Köhler.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der kommunale Finanzausgleich ist gerade auch für uns Kommunalpolitiker eine sehr wichtige Angelegenheit. Ich bin selbst Kommunalpolitiker und stellvertretender Landrat in meinem Stimmkreis, und natürlich war es für uns vor Kurzem bei der Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2019 sehr wichtig zu erkennen, dass auch im Jahr 2019 die Schlüsselzuweisungen und der kommunale Finanzausgleich sehr stark ausfallen. Ich denke, man kann ein Dankeschön

an die Staatsregierung, aber auch an unsere beiden Fraktionen – an die CSU-Fraktion und an die Fraktion der FREIEN WÄHLER – richten dafür, dass wir unsere Kommunen mit einem Gesamtbetrag in Höhe von über 9 Milliarden Euro – fast 10 Milliarden Euro – auch im Jahr 2019 bestens ausstatten werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, damit schaffen wir eine der Grundlagen für gleichwertige Lebensverhältnisse sowie Zukunftschancen in ganz Bayern. Deswegen ein Dankeschön an unseren Finanzminister Albert Füracker – natürlich stellvertretend für die gesamte Staatsregierung – für diese wirklich sehr, sehr gute Leistung in diesem Bereich für unsere Kommunen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Anteil an den Gesamteinnahmen der Kommunen, der für freiwillige Aufgaben zur Verfügung steht, ist auf dem höchsten Stand seit der Finanzkrise. Mit konkret 9,97 Milliarden Euro können wir unseren Kommunen im Jahr 2019 so viel Geld – und ich betone das ausdrücklich – zur Verfügung stellen wie nie zuvor. Ich bin außerdem sehr dankbar, dass auch der Beschluss am 10. Januar 2019 mit unseren kommunalen Spitzenverbänden quasi einstimmig gefasst wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Zehnjahresvergleich fällt auch dieses Mal für die Kommunen, wie ich meine, günstig aus. Zum Beispiel verzeichnen beim Anstieg der Steuereinnahmen vom Jahr 2008 bis zum Jahr 2017 – logischerweise muss man die Zahlen letztendlich immer wieder gegenüberstellen – die Kommunen einen Zuwachs in Höhe von 42,4 %, während der Freistaat Bayern – wohlgermerkt nach Länderfinanzausgleich – einen Zuwachs in Höhe von 35,6 % verzeichnet.

Auch der Vergleich der Investitionsquote des Freistaates Bayern und der Kommunen zeigt in diesem Zehnjahreszeitraum, den ich soeben erwähnt habe, dass die bayrischen Kommunen weiterhin kraftvoll agieren können. Ich denke, das ist sehr wichtig; denn das sind natürlich auch wichtige Investitionen in die Zukunft, und dafür sorgt die-

ser kraftvolle kommunale Finanzausgleich im Jahr 2019, der – wie gesagt – im Regierungsentwurf mit rund 9,97 Milliarden Euro ein neues Rekordniveau erreicht. Das heißt außerdem, dass wir eine Steigerung gegenüber dem Jahr 2018 um insgesamt 4,6 % verzeichnen und auch die reinen Landesleistungen um 4,6 % auf immerhin 9,38 Milliarden Euro steigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, für uns als Kommunalpolitiker ist auch der Bereich der Schlüsselzuweisungen wichtig, und es ist natürlich immer wieder spannend, welche Schlüsselzuweisungen die jeweilige Kommune bekommt. Das heißt konkret: Die größte Einzelleistung im kommunalen Finanzausgleich sind die Schlüsselzuweisungen; das Volumen unserer Schlüsselzuweisungen beträgt im Jahr 2019 rund 3,9 Milliarden Euro. Das sind über 240 Millionen Euro mehr als im Jahr 2018, was einer Steigerung in Höhe von immerhin 6,6 % entspricht.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Von den Schlüsselzuweisungen, Herr Kollege, profitieren vor allem unsere finanzschwächeren Gemeinden und die Landkreise. Ein ganz wichtiger Punkt ist für unsere Kommunen natürlich auch, dass diese Schlüsselzuweisungen frei und eigenverantwortlich verwendet werden können. Konkret heißt das: Die erneute deutliche Anhebung der Schlüsselzuweisungen stärkt insbesondere unsere kommunale Selbstverwaltung.

Ich will noch kurz einen weiteren wichtigen Punkt ansprechen, die ehemaligen – in Anführungszeichen – Bedarfszuweisungen oder sogenannten Stabilisierungshilfen. Die Mittel für diese Stabilisierungshilfen können auf dem hohen Niveau von immerhin 150 Millionen Euro quasi gehalten werden. Das bedeutet, dass damit konsolidierungswillige Gemeinden und Landkreise mit Strukturschwäche – insbesondere im ländlichen Raum oder mit einer besonders starken negativen Bevölkerungsentwicklung – gezielt unterstützt werden, wenn sie sich in einer finanziellen Notlage befinden; dazu

könnte ich auch einige Beispiele aus meinem Stimmkreis aufzeigen. Das ist gerade auch in diesem Bereich eine sehr wichtige Hilfe für unsere Kommunen.

Ein weiterer Punkt im Bereich FAG sind die sogenannten kommunalen Investitionen – ein wichtiger Punkt gerade im Hinblick auf ein Thema, das momentan sehr aktuell ist, nämlich der Erhalt der Krankenhäuser im ländlichen Raum. Die Mittel für die Krankenhausfinanzierung werden auf dem erreichten hohen Niveau von 643 Millionen Euro quasi auch in diesem Haushalt fortgeführt – ich denke, das ist ebenfalls eine sehr wichtige Botschaft. Dies ermöglicht zudem eine – in Anführungszeichen – schnellere Verwirklichung der anstehenden Bauvorhaben unserer bayerischen Krankenhäuser und ist, wie gesagt, ein Beitrag zum Erhalt der Krankenhäuser, insbesondere im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU)

Im letzten Jahr sprach mein Kollege Bachhuber beim kommunalen Hochbau von der Fortführung auf dem hohen Niveau von 500 Millionen Euro. Dieses Jahr werden die Mittel, liebe Kolleginnen und Kollegen, um weitere 50 Millionen Euro auf 550 Millionen Euro erhöht, was einer Steigerung in Höhe von 10 % entspricht. Das hilft unseren Städten und Gemeinden insbesondere bei ihren wichtigen investiven Maßnahmen im Hinblick auf Schulen und Kindertageseinrichtungen.

Für die Investitionspauschalen sind im FAG 2019 insgesamt 446 Millionen Euro vorgesehen. Die Gemeinden und Landkreise können diese Pauschalen eigenverantwortlich für Investitionen, Instandhaltungsmaßnahmen und Modernisierungsmaßnahmen vorsehen.

Ich will beim FAG auch noch kurz etwas zum Bereich Verkehr sagen. Der Minister hat es vorhin angesprochen: Die Mittel für den Verkehr werden 2019 noch einmal deutlich erhöht. Das ist, denke ich, auch eine sehr wichtige Botschaft. Der Kommunalanteil am Kfz-Steuerverbund, Herr Kollege, wird um 2 Prozentpunkte auf 54,5 Prozentpunkte angehoben. Dadurch können die Mittel für die Straßenbauförderung nach Arti-

kel 13c Absatz 1 des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes um insgesamt 31 Millionen Euro aufgestockt werden.

Ich möchte auch noch kurz das Thema der Straßenausbaubeiträge ansprechen. Zur Unterstützung der Kommunen nach dem Wegfall der Straßenausbaubeiträge sind im Jahr 2019, wie Sie wissen, insgesamt 100 Millionen Euro vorgesehen. Davon werden außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs 65 Millionen Euro für Erstattungsleistungen nach dem Kommunalabgabengesetz insbesondere für bereits fertiggestellte, aber auch für laufende Ausbaumaßnahmen bereitgestellt, für die Gemeinden aufgrund der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge keine Beiträge mehr erheben werden können. Daneben werden weitere 35 Millionen Euro für die im kommunalen Finanzausgleich neu eingeführten Straßenausbaupauschalen eingesetzt. Diese erhalten im Jahr 2019 die Gemeinden, die Straßenausbaubeiträge als Finanzierungsquelle tatsächlich genutzt haben.

Vielleicht in diesem Zusammenhang noch ein wichtiger Punkt: Ich begrüße, dass im Jahr 2019 außerhalb des FAG ein mit einmalig 50 Millionen Euro dotierter Härtefallfonds eingerichtet wird. Mit diesem sollen Härtefälle von beitragspflichtigen Bürgerinnen und Bürgern abgedeckt werden, die seit dem 1. Januar 2014 Straßenausbaubeiträge oder Vorauszahlungen hierauf geleistet haben.

Ein weiterer Punkt, der mir persönlich auch gerade als Vertreter des ländlichen Raumes wichtig ist, ist der ÖPNV. Sie wissen – das ist auch vom Finanzminister Albert Füracker angesprochen worden –, dass die Mittel für die Betriebskostenförderung des ÖPNV – ich betone das ausdrücklich – um 20 Millionen Euro bzw. um 27 % auf insgesamt 94 Millionen Euro erhöht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nachher sprechen noch die beiden Kollegen Herr Zellmeier und Herr König. Mein abschließendes Fazit lautet: Der kommunale Finanzausgleich für das Jahr 2019 beweist wirklich wieder sehr eindrücklich die faire Partnerschaft zwischen Freistaat und Kommunen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass in

den letzten Jahren auch der kommunale Finanzausgleich immer wieder deutlich erhöht wurde. Das ist vorhin auch vom Finanzminister angesprochen worden. Von ungefähr 7,4 Milliarden Euro im Jahr 2015 ist der Kommunale Finanzausgleich auf nunmehr fast 10 Milliarden Euro angehoben worden. Ich glaube, man sieht daran sehr deutlich, dass uns die Kommunen sehr, sehr wichtig sind. Ich denke, der Kommunale Finanzausgleich gibt unseren bayerischen Kommunen eine sehr gute finanzielle Grundlage, um ihren Zukunftsaufgaben auch in Zukunft gerecht werden zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, somit können wir mit Stolz sagen: Wir statten unsere Kommunen weiterhin bestens aus. Ich glaube, hier sind wir gemeinsam weiterhin auf einem sehr guten Weg. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ganz zu Beginn meiner Ausführungen zunächst einmal Danke sagen. Ich möchte all den Menschen in Bayern Danke sagen, die uns durch ihren Fleiß und ihre Arbeit dazu befähigen und in die Lage versetzen, so viel Geld ausgeben zu können. Wir haben wieder einmal Rekordeinnahmen. Das verdanken wir den Steuerzahlern, den Unternehmern, den Arbeitnehmern – den Menschen, die uns nach harter Arbeit einen Teil ihres Verdienstes abgeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich sage das bei jeder Haushaltsrede: Haushaltspolitik ist eine Frage der richtigen Schwerpunktsetzung. Da ist es völlig unangemessen, wenn von Geschenken die Rede ist. Denn dadurch zeigen Sie mangelnde Wertschätzung denen gegenüber, die wir für wichtig halten.

(Alexander König (CSU): Ihr wahres Gesicht zeigen Sie!)

Wir sagen nicht, dass Ihre Vorstellungen abwegig, absurd oder falsch seien. Wir setzen andere Schwerpunkte. Ich bitte, das auch zu respektieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Akzente zu setzen und Schwerpunkte zu setzen, heißt auch, ein bestimmtes Wirtschafts- und Gesellschaftsbild zu verwirklichen. Ich sage es ganz deutlich: Wenn wir dauerhaft Rekordsteuereinnahmen haben wollen, dann fallen die nicht vom Himmel, sondern dazu müssen wir aktive Wirtschaftspolitik betreiben.

(Alexander König (CSU): Guter Hinweis!)

Wir müssen dazu auch an diejenigen denken, die diese Steuern ermöglichen. Das heißt – ich spreche hier durchaus den Bund an –, wir müssen diejenigen, die jedes Jahr Rekordsteuereinnahmen produzieren, auch belohnen, anstatt sie durch kalte Progression zu bestrafen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr richtig! – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Wir haben in diesem Haushalt deswegen auch einen Akzent gesetzt. Der Haushalt unseres Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger ist einer derjenigen, der am deutlichsten wächst. Warum wächst er am deutlichsten? – Weil wir das Land der Innovation sind und auch bleiben wollen; weil wir als Freistaat Bayern den anderen eben die Nase Länge voraus sein wollen, damit es uns auch weiterhin etwas besser geht als den anderen und damit wir auch weiterhin die Möglichkeit haben, für die Menschen in Bayern gute Politik machen zu können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich spreche da einen Punkt an: Bayern lebt nicht zuletzt gut, weil wir starke Automobilkonzerne haben. Ich danke da unseren beiden Ministern Hubert Aiwanger und Thors-

ten Glauber, dass sie nicht blindwütig in das Bashing von Automobilkonzernen einsteigen und das Spiel des Abmahnvereins Deutsche Umwelthilfe nicht mitspielen, sondern dass sie sich seriös und stark für die heimischen Arbeitsplätze einsetzen. Das ist wichtig, das sichert Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir setzen einen weiteren Akzent. Wir FREIEN WÄHLER haben immer die gleichwertigen Lebensverhältnisse als unser wichtigstes politisches Ziel definiert. Dieser Haushalt trägt ganz deutlich auch unsere Handschrift. Ich sage es im Hinblick auf die Kommunen, die natürlich das umsetzen müssen, was wir hier beschließen – und zwar in der Fläche, nicht nur in der Landeshauptstadt München, in Nürnberg oder in der dritten Metropole, in Augsburg, nein: In allen Gemeinden dieses Freistaats muss das, was wir hier politisch beschließen, ankommen. Das wiederum bedeutet: Wir müssen unsere Kommunen stärken – und das tun wir auch.

Ich war da schon sehr überrascht über die Wortmeldung der GRÜNEN. Diejenigen, die schon länger in diesem Haus sind, wissen, wie polemisch gerade die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN speziell über die FREIEN WÄHLER hergefallen ist, weil wir 15 % Anteil am Steueraufkommen für die Kommunen gefordert haben. Wir müssen das nicht mehr fordern, weil der Finanzminister heute dankenswerterweise erklärt hat, dass die 800 Millionen Euro Mehreinnahmen durch die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs bei den Kommunen bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sich erinnern: Unsere Anträge, auf 15 % zu gehen, kosteten etwa 650 Millionen. Das heißt, wir sind jetzt auf Kurs. Wir halten Wort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Fast hellseherisch richtig!)

Wir kümmern uns auch um die Menschen in den Gemeinden, und zwar nicht nur um die sozial Schwachen, nicht nur um die, die am Rand der Gesellschaft stehen. Natur-

lich müssen wir uns um die kümmern, aber das darf nicht alles sein. Wir müssen uns auch um die Mitte der Gesellschaft kümmern. Das unterscheidet uns von anderen Gruppierungen hier im Hohen Haus. Wir wollen auch diejenigen fördern, die mittlere Einkommen haben, die etwas gespart haben, die Vermögen gebildet haben. Wir haben, weil wir nicht der große Bundesgesetzgeber sind, der im Steuerrecht viel machen kann, deswegen gesagt: Die ungerechten Straßenausbaubeiträge und auch die ungerechten Beiträge zur erstmaligen Herstellung alter Straßen müssen weg, müssen der Vergangenheit angehören. Wir haben nicht nur angekündigt, wir haben geliefert – und zwar schon in der Opposition. Von daher kann man sagen: Auch in der Opposition kann man handeln und muss nicht nur reden. Wir haben es bewiesen, damals in der Opposition und heute in der Regierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin unserem Koalitionspartner gerade in diesem Punkt sehr dankbar. Ich weiß, das war ein nicht ganz einfacher Diskussionsprozess, bei dem nicht alle von euch glücklich waren. Aber es zeigt Größe, wenn man sich dann auf einen gemeinsamen Weg verständigt hat, dass dieser Weg vom Partner dann auch geradlinig mitgegangen wird. Es zeigt Größe, dass nicht Versuche unternommen werden, nach links oder nach rechts auszuweichen. Nein, das ist Verlässlichkeit, das ist gute Partnerschaft. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Genau! Verlässliche CSU-Politik!)

Und dann höre ich von der Kollegin, wir würden Geld mit der Gießkanne verteilen. Ich weiß nicht, wie sie sich das vorstellt. Rein bildlich gesehen ist der Vergleich äußerst misslungen.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Wir gießen nicht Geld mit der Gießkanne aus. Wir fördern das, was wir für richtig halten, nämlich Familien. Wir haben deswegen auf das Familiengeld der CSU noch die kostenfreie Kindertagesstätte draufgesetzt. Ich muss sagen, dass ausgerechnet da vonseiten der GRÜNEN Kritik kommt, wundert mich denn doch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die sind ja auch gegen Klimaschutz!)

Aber das passt ins Bild: Draußen für Klimaschutz demonstrieren und hier gegen den Klimaschutz abstimmen,

(Alexander König (CSU): Genau!)

draußen für Kinder und Vereinbarkeit von Familie und Beruf predigen, hier aber uns kritisieren, weil wir die Kindertagesstätten kostenfrei machen. Das passt ins Bild! Glaubwürdigkeit ist etwas anderes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Alexander König (CSU): Eine gespaltene Zunge ist das bei den GRÜNEN!)

Wir haben sehr viel für gleichwertige Lebensverhältnisse im Haushalt verankert. Ich sage es hier ganz deutlich: Bei der CSU-Fraktion hat schon in der letzten Legislaturperiode ein Umdenken stattgefunden. Dieses Umdenken wird jetzt durch die FREIEN WÄHLER verstärkt. Wir haben die gleichwertigen Lebensverhältnisse ganz oben hingeschrieben. Die Erreichung dieses Ziels macht den gesamten Freistaat besser, weil in den Regionen die Potenziale liegen, die wir noch heben können und heben müssen. Der Finanzminister hat die Investitionen in Glasfaser angesprochen. Ich ergänze: Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, und zwar nicht nur in die Schiene, sondern auch in die Straßen. Wenn Sie nämlich von Markt Wald nach Kötzing im Bayerischen Wald fahren wollen, fahren Sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln länger als von München nach Moskau.

(Alexander König (CSU): Erstaunliche Ortskenntnisse für einen Schwaben!)

Deswegen brauchen wir im ländlichen Raum auch ein gutes Straßennetz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiterer Beleg für eine Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse und den ländlichen Raum ist das, was die Staatsregierung seit vielen Jahren schon vorbildlich für die Hochschulen macht. Wir haben nicht nur in den großen Städten Universitäten und Fachhochschulen. Nein, wir sind auch in der Fläche präsent, und das sichert uns einen Vorteil auf dem Feld von Bildung und Hochschulen, einem ganz wichtigen Zukunftsfeld für die Aufrechterhaltung unserer Spitzenstellung in Deutschland.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Unser Kultusminister Prof. Dr. Piazzolo hat tausend Lehrerstellen pro Jahr mehr durchgesetzt. Tausend Lehrerstellen pro Jahr mehr sind die beste Investition in die Zukunft unserer Kinder und die Zukunft unseres Staates. Tausend Lehrerstellen mehr sind ein wuchtiger Aufschlag. Frau Kollegin, Sie vergeuden Ihre Zeit damit, uns vorzurechnen, dass die eine Milliarde, die in den zwei Jahren getilgt wird, nicht auf sozialistische Weise zu 500 und 500 Millionen, sondern zu 250 und 750 Millionen getilgt wird. Deshalb frage ich Sie: Haben Sie keine anderen Probleme?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vorhin hat der Kollege Mang in einer Zwischenbemerkung geäußert, in Wirklichkeit hätten wir eine Unterdeckung in Höhe von 3,1 Millionen.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Milliarden!)

– 3,1 Milliarden Unterdeckung! Ich wollte nur testen, ob Sie da hinten zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dazu möchte ich nur sagen: Warten wir es einmal ab. Das ist ein Haushaltsplan. Der Finanzminister hat völlig recht, wenn er diesen Plan vorsichtig aufstellt. Was die Haushaltsrechnung am Ende ergeben wird, werden wir sehen. Wir werden sehen, ob wir überhaupt eine Entnahme aus der Rücklage brauchen. Das werden die kommenden Monate und die kommenden Jahre zeigen. Verwechseln Sie aber bitte nicht den Haushaltsplan mit dem Haushaltsvollzug. So weit sind wir noch nicht. Die Entnahme aus der Rücklage ist nur geplant, das ist vorsichtige Haushaltsplanung. Wie viel wir am Ende entnehmen müssen, wird sich zeigen.

Ein wichtiger Punkt für unsere Gesellschaft in den Metropolen, aber auch in den Regionen war und ist die innere Sicherheit. Es ist sehr gut und richtig, dass wir dafür ebenfalls ein deutliches Signal setzen und deutlich mehr Polizeibeamte in Lohn und Brot nehmen. Das ist wichtig.

(Alexander König (CSU): So viel wie noch nie!)

Ich weiß schon, was Sie jetzt sagen werden. Natürlich ist es richtig, dass die Bevölkerung des Freistaates Bayern zugenommen hat. Keine Frage! Trotzdem haben wir jetzt pro Einwohner mehr Polizeibeamte als je zuvor. Das ist richtig, wichtig und notwendig zur Aufrechterhaltung unserer inneren Sicherheit in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich darf noch einmal auf das Thema zurückkommen, zu dem es in den letzten Tagen und Wochen durchaus etwas erregtere Kommentare gegeben hat, auf das Thema Straßenausbau und Straßenersterschließung. Wir haben dafür eine in sich schlüssige und gute Lösung gefunden. Sie von der Opposition sind der Meinung, dass Anlieger bezahlen sollen. Einverstanden, das kann man so sehen. Es muss aber Unterschiede geben, und die müssen draußen auch deutlich werden. Die Anlieger müssen das wissen. Vielleicht müssen es aber auch diejenigen wissen, die davon nicht betroffen sind. Ich habe überhaupt kein Problem damit. Wenn man aber etwas vorlegt und sagt, wir werden liefern, wir werden die Kommunen entlasten, wenn dann der Bayerische Ge-

meindetag die Ausfälle bei den Strabs auf 100 Millionen beziffert, wie er das am Anfang der Diskussion um die Jahreswende 2017/2018 getan hat, und wenn wir dann diesen Vorgaben entsprechend im Haushalt ab 2020 150 Millionen vorsehen und sagen, dass damit auch die Ersterschließung alter Straßen abgegolten ist, dann haben wir sehr konsequent gehandelt. Dann kann uns keiner vorwerfen, wir seien nicht kommunalfreundlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):
Sehr richtig!)

Ganz nebenbei: Verlautbarungen des Städtetages und des Gemeindetages repräsentieren bei Weitem nicht 100 % der Mitglieder und 100 % der Bürgermeister. Falsch ist zumindest auch das, was Sie zu den Strebs sagen. Zu den Strebs kann ich Ihnen nur eines sagen: Bei der Anhörung von Städtetag und Gemeindetag kam kein Ton, wir bräuchten mehr Geld. Nein, da kam ein Bashing unserer Vorschläge, die Bürger zu entlasten. Wer so sein Thema verfehlt, muss sich nicht wundern, wenn er am Ende vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir stellen jetzt in einem Gesetz klar, dass die Kommunen bis 2020/2021 jegliche Freiheit haben, wie sie mit den alten Straßen umgehen. Damit haben wir die Hilferufe berücksichtigt, die von der kommunalen Ebene kamen. Die kommunale Ebene hat doch gerufen: Wir wissen nicht, ob wir müssen oder nicht müssen. Manche haben ganz ängstlich gesagt, das könnte Untreue sein. Ich weiß bisher von keinem einzigen Verfahren, das in Bayern eingeleitet worden wäre. Sie haben sich aber davor gefürchtet, etwas falsch zu machen.

Daraufhin hat der Innenminister einen Brief geschrieben. Das hätte früher ausgereicht. Inzwischen gibt es aber ein paar besonders ängstliche Kommunen, die dem Innenminister nicht geglaubt haben, obwohl der Innenminister ihr höchster Chef und ihre höchste Aufsichtsbehörde und noch dazu ein herausragend guter Jurist ist. Ich verste-

he nicht, warum man dem Innenminister nicht glaubt. Deshalb haben wir gesagt, wir machen noch ein Gesetz dazu, damit alles ganz wasserdicht ist. Jetzt haben wir einen Gesetzentwurf angekündigt, und das ist einigen dieser Herrschaften auch wieder nicht recht. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir denken an die Bürger, wir denken an die Kommunen, wir handeln stringent und konsequent, und wir haben das auch in diesem Punkt bewiesen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gleichwertige Lebensverhältnisse, eine starke Wirtschaft sowie Investitionen in Familien, in die Mitte der Gesellschaft, in gute Bildung und in die Zukunftsfähigkeit der Menschen, das ist die Handschrift der FREIEN WÄHLER. Ganz zum Schluss sage ich noch etwas: Selbst wenn es sich hier um scheinbar kleine Maßnahmen handelt, sind wir aber dort, wo die Probleme sind. Wir erkennen die Probleme, und wir lösen sie. Ich weiß, wie Hubert Aiwanger sich als einsamer Rufer in der Wüste für die Hebammen stark gemacht hat. Dazu war am Anfang wenig Zustimmung zu hören. Wir haben es geschafft, das gemeinsam auf den Weg zu bringen. Die Hebammen haben wieder eine Zukunft! – Das finde ich schön, das finde ich großartig. Natürlich ist es nicht damit zu vergleichen, tausend neue Lehrerstellen zu schaffen. Für die Hebammen ist es aber wichtig, und auch für die Kultur in unserem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir stehen für eine Kultur der Gemeinsamkeit. Wir haben ein klares Gesellschaftsbild, ein Gesellschaftsbild, das nicht unterscheidet zwischen Menschen, die hier geboren sind, und Menschen, die zu uns kommen. Deswegen haben wir,

(Zuruf von der AfD)

anders als alle anderen Bundesländer, unsere Hausaufgaben bei der Integration gemacht. Diejenigen, die das umsetzen müssen, die haben einen besonderen Dank verdient. Wenn wir Geld bereitstellen, wenn wir Manpower bereitstellen, dann heißt das

noch lange nicht, dass wir damit Erfolg haben. Ich bin sehr froh und sehr zufrieden, dass unsere Politik hier in Bayern handelt und nicht nur redet, wie bei der unseligen Debatte über dieses Integrationsgesetz, die uns über zwanzig Stunden in diesem Hohen Haus gefangen gehalten hat. Eine Debatte über zwanzig Stunden, im Ergebnis um nichts. Wichtig ist, was bei den Menschen ankommt. Ich glaube, die Politik der Bayerischen Staatsregierung, die Politik der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER als derjenigen, die die Staatsregierung tragen, kommt an.

Meine letzte Bemerkung an Sie: Es ist deswegen völlig lächerlich, von Fraktionsreserve oder von Spielgeld zu sprechen. Wir haben, gemeinsam mit der Staatsregierung, einen Haushalt vorbesprochen. Der Finanzminister hat ihn eingebracht. Ich kann nur wirklich sagen, Herr Finanzminister: großes Lob. Es ist Ihr erster Doppelhaushalt, und es ist vielleicht nicht ganz einfach, wenn der Ministerpräsident der Vorgänger ist. Das ist auch nicht alltäglich. Hervorragend gemacht. Wir werden ihn intensiv beraten, und ich kann jetzt schon sagen: Der Entwurf ist gelungen, er bringt Bayern nach vorn.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Ferdinand Mang von der AfD. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Vizepräsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Trotz sinkender Löhne hat der Freistaat erneut einen Steuerrekord verbucht: 125 Milliarden Euro von fleißigen Arbeitern und tüchtigen Unternehmern. Wir haben diesen Bürgern zu danken, die heutzutage viel zu oft in Schweiß und Tränen ihr karges Brot erwerben und dafür Rekordsteuern zahlen. Ich danke auch den Beamten, die besonders in Bayern das Unternehmertum fördern, stets mit Rat und Tat kleinen Unternehmern zur Seite stehen und diese durch den Dschungel Hunderttausender EU-Normen führen. Diese Schaffenskraft ist Grundlage für den Staatshaushalt. Wenn man wissen möchte, welche politischen Schwerpunkte die Regierung in den nächsten

Jahren setzen möchte, ist der Haushaltsplan der Schlüssel hierzu. Der Haushaltsplan ist vergleichbar mit einem Bauplan, den ein Architekt entwirft, um das spätere Gebäude zu erbauen.

Heute wird auch das Finanzausgleichsänderungsgesetz besprochen. Dieses Gesetz ist dementsprechend die Finanzierungszusage. Das, was man erbauen möchte, muss auch bezahlt werden. Hier sehen wir keine formellen Fehler. Kommen wir also zum Gebäudeplan, dem Haushalt, zurück.

Am Wochenende kontaktierten mich Bürger, wieso wir laut dem BR und anderen Medien den geplanten Fraktionszuschusserhöhungen zugestimmt hätten. Die Fraktionen sollen also mehr Geld bekommen. Ich habe es selbst gelesen: Bis auf die FDP hätten alle anderen Fraktionen einer Erhöhung der Fraktionszuschüsse zugestimmt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Für euch!)

Das ist eine Falschmeldung! Die AfD hat nicht zugestimmt und lehnt dieses Vorhaben als Selbstbedienungsladen-Mentalität selbstverständlich ab.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD)

Wenn der BR und diese Medien, die diese Fake News verbreitet haben, noch einen Restfunken Anstand besitzen, dann sollten sie ihre Meldung zumindest heute richtigstellen.

Zum Hintergrund: Die AfD konnte gar nicht zustimmen, denn dieser Vorschlag stammt aus dem Präsidium und wurde auch von selbigem beschlossen. Die AfD-Fraktion ist aber in diesem Gremium nicht vertreten, da man uns unter Missachtung der demokratischen Spielregeln die Position des Vizekanzlers verweigert. Und an dieser Stelle spreche ich auch die verweigeren Plätze im Parlamentarischem Kontrollgremium und in der Akademie für Politische Bildung an.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Das ist doch logisch, oder?)

Diese Institutionen stehen nicht mehr unter vollständiger demokratischer Kontrolle, wie es die Gesetze unserer Demokratie vorsehen.

(Beifall bei der AfD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie haben aber den Parlamentarischen Geschäftsführer, der Sie informiert hat!)

Denn auch dort verweigert man uns den Zugang zu diesen Gremien. Da man uns die parlamentarische Kontrolle verweigert, die uns der Rechtsstaat zuweist, habe ich Bedenken, ob wir den dort geplanten Mittelverwendungen zustimmen.

Und noch etwas: Wer der Opposition den gesetzlich vorgesehenen Zugang zu Institutionen verweigert und damit der parlamentarischen Kontrollrechte beraubt, setzt die Axt an die Grundfesten der Demokratie.

(Beifall bei der AfD)

Ich warne Sie: Das sind die Wegmarken des Faschismus!

(Beifall bei der AfD – Lachen und Unruhe bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Da redet der Richtige!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, diesen Begriff zurückzuziehen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Volkmar Halbleib (SPD): Peinlicher geht es nicht mehr! – Unruhe)

Ferdinand Mang (AfD): Nun, nachdem wir die Pfründe des Parlaments besichtigt haben, sehen wir doch mal, was für die Bevölkerung übrig bleibt. Die Regierung möchte die Wohnungsnot in Bayern beseitigen. Ein löbliches Vorhaben. Die Zahlen für den Doppelhaushalt sehen auf den ersten Blick auch nicht schlecht aus: Baukindergeld in Höhe von 75 Millionen Euro, Eigenheimzulage in Höhe von 300 Millionen Euro. Dann gibt es noch Zuschüsse vom Bund für Darlehen und Zuschüsse von knapp

280 Millionen Euro. Insgesamt sollen es laut der CSU-Heimpostille "Bayernkurier" 2 Milliarden Euro sein. Doch eines fällt auf: Diese letztgenannten Zuschüsse wurden bereits 2017 gewährt, abgerufen wurden nicht einmal 30 Millionen Euro. Das heißt, es werden Mittel bereitgestellt, die zum Großteil nicht abgerufen werden. Das heißt nichts anderes als Folgendes: Der Architekt plant für ein Mehrfamilienhaus zehn Garagen, aber nur eine Familie kann sich ein Auto leisten. Die übrigen Garagen bleiben leer. Dasselbe Schicksal droht auch dem Baukindergeld und der Eigenheimzulage. Das ist auch logisch erklärbar. Die Immobilienpreise sind in den letzten Jahren derart gestiegen, dass trotz Zuschüssen und vergünstigten Darlehen der Traum von den eigenen vier Wänden für viele Bürger ein Traum bleiben wird. Sie können sich die Preise einfach nicht leisten. Gerade bei Neubauten schlägt der Staat an jeder Stelle zu. Vom Aushub bis zum letzten Ziegel, überall kassiert der Staat kräftig ab. Allein die von Grundstückserwerbern zu zahlende Grunderwerbsteuer wird voraussichtlich 4 Milliarden Euro betragen. Das ist das Doppelte von dem, was der Staat angeblich für die geplante Wohnraumförderung den Bürgern zurückgeben möchte. Die Ursachen sind offensichtlich, werden aber ignoriert. Seit 2015 ist der Freistaat in Bayern für die Unterbringung von rund 200.000 Flüchtlingen verantwortlich. Er hat das Problem auf den Privatmarkt verschoben, indem er auf dem privaten Immobilienmarkt Wohnungen zum Teil für Mondpreise angemietet hat. Dieser Wohnraum ist den übrigen Bürgern entzogen, und damit ist der Staat für die Preissteigerung auf dem Immobilienmarkt mitverantwortlich.

(Beifall bei der AfD)

Damit wir uns richtig verstehen, wir machen für diese Situation nicht die Menschen verantwortlich, die zum großen Teil mit falschen Erwartungen in unser Land gekommen sind bzw., man muss schon fast sagen, gelockt wurden. Die Verantwortung tragen die Politiker, die diese Migrationspolitik veranlasst haben und nach wie vor aufrechterhalten. Monat für Monat wandert eine Kleinstadt bei uns ein.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das stimmt doch nicht!)

Diese Menschen benötigen Wohnraum. Die Baubranche ist aber bereits bis zum Anschlag ausgelastet. Das heißt, die Immobilienpreise werden weiterhin unerschwinglich bleiben, und der Wohnungsnot können diese Programme nicht abhelfen. Würde die Bayerische Staatsregierung sich endlich dazu durchringen, die Grenzen zu sichern oder zumindest konsequent die Abschiebung ausreisepflichtiger Flüchtlinge durchsetzen, würden einerseits Kosten und Wohnungsnot sinken, und das wäre andererseits ein Signal für zukünftige Einwanderer.

Zudem halte ich es für unchristlich, Ausreisepflichtige ständig in dem bangen Zustand zwischen Hoffen und Angst vor der Abschiebung zu halten. Die meist jungen Männer werden auch in ihren Herkunftsländern für den Wiederaufbau dringend benötigt. In diesem Zusammenhang halte ich die Begründung, diese Menschen wegen Fachkräftemangels bei uns zu behalten, für neokapitalistischen Darwinismus. Die gut Brauchbaren, die dürfen bei uns zum Lohndumping bleiben. Aber die für die Wirtschaft Unbrauchbaren, ja die, die dürfen in den Herkunftsländern verhungern. – Eine solche Einwanderungspolitik ist unmenschlich und steht nicht für die Werte unseres christlichen Abendlandes.

(Beifall bei der AfD)

Eine weitere Alternative wäre die Förderung von – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, darf ich Sie zur Sache rufen? Wir haben hier eine Haushaltsdebatte. Es gibt einen Haushaltsentwurf der Staatsregierung. Bitte sprechen Sie zur Sache.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ferdinand Mang (AfD): Ja, ich arbeite das Punkt für Punkt ab. – Eine weitere Alternative wäre die Förderung von Genossenschaften, die nicht profitorientiert arbeiten und schon vielen Bürgern in Bayern bezahlbaren Wohnraum ermöglicht haben. Da ist es für mich absolut unverständlich, dass gerade die Zuschüsse für das kommunale

Wohnraumförderungsprogramm zur Schaffung von Mietwohnraum für einkommensschwächere Haushalte gestrichen wurden. Wo bleiben die 500.000 Sozialwohnungen, die versprochen wurden? – Tja, bei einem solchen Programm ist wohl der Profit für die Spezien aus der Immobilienwirtschaft nicht groß genug.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Damit möchte ich eine zweite Ursache der Wohnungsnot ansprechen. Infolge der EU-Krise ist das Kapital aus den Südländern abgeflossen und hat sich in das sogenannte Betongold geflüchtet.

(Sandro Kirchner (CSU): Freie Rede!)

Auch hier hat sich die AfD-Kritik an der EU bewahrheitet. Viele Mietwohnungen oder Wohnungen einkommensschwächerer Haushalte wurden entmietet oder aufgekauft und zu Luxuswohnungen umgebaut – im Fachjargon heißt das "sanieret" –, um diese neu gewonnenen Luxuswohnungen dann an internationale Spekulanten zu verschern. Die neuen Eigentümer sind unter anderem vielleicht so geschätzte Demokraten wie zum Beispiel saudische Prinzen, die die Wohnung für gelegentliche Wochenend-Shoppingtrips in der Maximilianstraße nutzen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Thema! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Freie Rede hier, nicht irgendetwas ablesen, was andere aufschreiben!)

– Ich bin beim Thema. – Das Beispiel London zeigt, dass Wohnungen überhaupt nicht mehr vermietet oder bewohnt werden, weil unbewohnte Wohnungen einen höheren Wert haben und damit begehrtere Spekulationsobjekte sind. Die zweite Ursache der Wohnungsnot liegt also im ungehemmten Raubtierkapitalismus auf dem Wohnungsmarkt. Um diesem Treiben Einhalt zu gebieten, muss die Regierung etwas für den Bestandsschutz tun und sollte die Gründung und Weiterentwicklung von Genossenschaften fördern.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Haben Sie den Haushalt eigentlich gelesen?)

Stattdessen möchte die Regierung zu den Sternen greifen. Bavaria One wurde mit 700 Millionen Euro für die nächsten zehn Jahre angekündigt. Diese Mittel sind in der Höhe nicht zu finden. Da hat jemand anscheinend eine schillernde Luftblase geblasen. Außer warmer Luft ist wohl nichts vorhanden.

(Beifall bei der AfD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wie hoch sind sie denn?)

Doch benötigen wir zukunftsweisende Technologien. Allerdings sind diese nicht in den Weiten des Weltraums zu finden, sondern sie zeichnen sich hier auf der Erde ab.

(Zuruf von der CSU: Das hängt doch miteinander zusammen! – Thomas Huber (CSU): Den Zusammenhang verstehen Sie nicht!)

Die Stichworte sind "Robotik" und "Automatisierung". Die Japaner investieren Milliarden in die Forschung zu Robotik und Automatisierung. Der japanische Pflegeroboter ist keine ferne Zukunftsmusik, sondern existiert bereits. Die Automatisierung kann die Pflege erleichtern und ein Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen. Die Automatisierung wird in Zukunft viele Fachkräfte entlasten oder gar entbehrlich machen. Während in Bayern KUKA verkauft wurde, die Automatisierung also den Chinesen überlassen wird, träumt die Landesregierung von einem Raumfahrtprogramm. Wir fordern daher, die einheimischen Schlüsselindustrien, die von feindlichen Übernahmen aus dem Ausland bedroht sind, zum Beispiel in Form von staatlichen Beteiligungen zu schützen.

Wir waren beim Thema Pflege stehen geblieben. Die Landesregierung plant, für das Landespflegegeld Mittel in Höhe von 748 Millionen Euro bereitzustellen. Das sind für jeden Menschen ab Pflegegrad 2 pro Jahr 1.000 Euro zusätzlich. Das reicht bei Weitem nicht aus, um die Kosten im Bedarfsfall abzudecken. Betroffene verlieren, auch wenn sie ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben, Haus und Hof, und das für die Kinder angesparte Erbe geht verloren. Das ist schlicht und ergreifend ungerecht. Da versagt der Sozialstaat. Dabei muss doch die Pflege in Krankenhäusern und Seniorenheimen deutlich verbessert werden. Mit diesem Haushaltsentwurf sehe ich bei diesem

Punkt tiefschwarz. Die Lösung liegt, wie vorhin schon skizziert, im Schutz von Zukunftstechnologien und zuletzt in der Aufwertung der Pflegeberufe.

Wenn wir schon bei dem Thema Zukunftstechnologien sind, lege ich Ihnen ans Herz, sich mit der neuen Technologie des Dual-Fluid-Reaktors auseinanderzusetzen. Die herkömmlichen Kernkraftwerke, insbesondere die sogenannten Leichtwasserreaktoren, verbrennen nur maximal 5 % des Brennstoffes. Der Hintergrund der ineffizienten Technologie lag im Kalten Krieg. Die Atomkraftwerke dienten als Munitionsfabriken, um unter anderem Uranmunition herzustellen. Diese Munition haben die USA im Namen unserer westlichen Wertegemeinschaft auch großzügig zum Beispiel im Irak und zuletzt in Syrien eingesetzt. Seitdem kommen im Irak viele missgebildete Kinder zur Welt, und dort steigt die Zahl der Krebserkrankungen dramatisch an. Dieser Umstand wird freilich wenig kritisiert.

Zurück zum Thema.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das wäre gut, ja!)

Dual-Fluid-Reaktoren sind Kernkrafttechnologien der vierten Generation. Im Gegensatz zu den bisherigen Kernkraftwerken wird in ihnen fast der gesamte Brennstoff verbrannt. Die wenigen Reste klingen in 300 Jahren ab. Endlagerstätten sind nicht mehr notwendig, im Gegenteil: Die bisherigen Endlagerstätten wären die Vorratslager dieser neuen Generation von Kernkraftwerken, und alles könnte abgebaut werden.

Das Beste ist: Es besteht kein Risiko einer Kernschmelze wie bei den herkömmlichen Kernkraftwerken. Die Energiegewinnung wäre extrem kostengünstig. Die Stromkosten würden für die Haushalte deutlich sinken. Die damit günstige Herstellung von synthetischem Benzin und Hydrazin wäre der Schlüssel, um endlich unabhängiger vom Erdöl zu werden. Wir könnten unsere Autoindustrie schützen und weiterhin Verbrennungsmotoren bauen, deren Abgase Stickstoff und Wasserdampf wären. Selbst die GRÜNEN könnten nichts dagegen einwenden. Die Technologie ist CO₂-frei, also klimaneutral, um hier im Duktus dieser neuen religiösen Irrlehre zu sprechen.

(Beifall bei der AfD)

Diese Technologien sind da, die Patente dafür sind deutsch. Ich bitte Sie inständig: Hören Sie einmal nicht auf Ihre Lobbyisten! Beschäftigen Sie sich mit diesem Thema, und nutzen Sie diese historische Chance!

Nach diesem Höhenflug steigen wir in eine sehr dunkle Ecke des Haushaltsplans hinab. Für die Jugendförderung werden Mittel in Höhe von 60 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Davon entfallen knapp 11 Millionen Euro, in genauen Zahlen 10,95 Millionen Euro, auf die Landesgeschäftsstelle und das Institut für Jugendarbeit des Bayerischen Jugendrings. Eine weitere Aufschlüsselung erfolgt nicht. Wir halten fest: Der Bayerische Jugendring erhält mindestens circa 11 Millionen Euro, wenn nicht sogar mehr. Wer ist denn dieser Bayerische Jugendring? – Der Name hört sich ja ganz freundlich an, und Jugendarbeit ist ja friedlich und sozial. Der Bayerische Jugendring besteht nach seiner eigenen Darstellung im Internet unter anderem aus 35 landesweiten Jugendverbänden. Darunter finden sich Namen wie die DITIP Jugend und ein bekannter Förderer der Antifa, die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, und viele mehr.

(Volkmar Halbleib (SPD): Unglaublich!)

Wir können damit direkt nachweisen, dass Staatsgelder über den Umweg der Jugendförderung quasi getarnt zur Unterstützung der Antifa verwendet werden sollen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist unbeschreiblich geschmacklos!)

Zur Erinnerung: Die von der Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN, Frau Schulze, geliebte Antifa ist eine kriminelle Organisation, die echte Hetzjagden auf Andersdenkende unternimmt und die eindeutig antisemitisch geprägt ist.

(Beifall bei der AfD – Volkmar Halbleib (SPD): Hören Sie auf, es wird immer peinlicher! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Unverschämtheit!)

Die Antifa sind bekennende Judenhasser und praktizierende Linksfaschisten.

(Zuruf von der CSU: Zum Thema!)

Überfälle, Bombenanschläge, Hetzjagden und antisemitische Straftaten sind ihre Handschrift.

Dass dieser wachsende Faschismus und Antisemitismus von links insbesondere von den mit Zwangsgebühren finanzierten Medien totgeschwiegen wird, ist die eine Sache. Dass aber dieser offene Faschismus und Antisemitismus nun auf Steuerzahlerkosten mit dem Segen von CSU und FREIEN WÄHLERN finanziert werden soll, meine Damen und Herren Abgeordnete, macht mich sprachlos.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da schaut man in den Abgrund der AfD, bei dieser Rede! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist ein neuer Höhepunkt, was Sie hier abliefern! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das ist kein Höhepunkt, sondern ein Tiefpunkt!)

Ich fasse zusammen: Wir sehen freilich gute Ansätze, aber auch Schattenseiten. So ist der Aufbau einer Grenzpolizei der richtige Schritt, den wir befürworten. Doch 500 Beamte werden bei Weitem nicht ausreichen, die nach wie vor offenen Grenzen zu schützen. Mag der Einsatz einer Bayerischen Grenzpolizei rechtlich nicht zulässig sein, der Schutz eines längeren Zaunes wäre es schon.

Der Ärztemangel im ländlichen Raum wird nicht mit Förderungen für Niederlassungen im ländlichen Raum behoben werden. Aber Tausende von Anwärtern warten jedes Jahr vergeblich, zu einem Medizinstudium zugelassen zu werden.

Die sogenannte freie Hand des Marktes hat in vielen Bereichen bei der Globalisierung und den Monopolen versagt. Dort, wo der Raubtierkapitalismus die Oberhand gewinnt, muss der Staat schützend einschreiten.

Damit komme ich zum Ende.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): War Zeit!)

Die Politik der Masseneinwanderung ist nicht zukunftsfähig und verstößt gegen unsere christlichen Werte. Zukunftsfähig ist die Förderung von eigenen Fachkräften, von unseren Kindern. Der Haushalt muss ein Haushalt für die Zukunft Bayerns und für die bayerische Jugend sein. Die bayerischen Steuerzahler sind mit dem Rekordhaushalt imponierend in Vorleistung gegangen. Nun liegt es an uns, darin nicht nachzustehen. Also: Krempeln wir die Ärmel für Bayern hoch!

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Ich hatte Sie vorhin aufgefordert, sich von einem Begriff zu distanzieren, den Sie verwendet haben. Sie haben das Wort "Faschismus" im Zusammenhang mit Verhalten im Bayerischen Landtag verwendet. Ich fordere Sie nun auf, sich von diesem Begriff zu distanzieren und sich dafür zu entschuldigen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Ferdinand Mang (AfD): Ich habe gesagt, das sind die Wegmarken.

Unsere Demokratie ist nach unserer Ansicht wirklich in Gefahr;

(Widerspruch bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD
– Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie sollten sich entschuldigen!)

denn wenn wir hier anfangen, parlamentarische Kontrollrechte einzuschränken, dann ist das ein Schritt, der in die falsche Richtung geht.

(Tobias Reiß (CSU): Sie sind die größten Gefährder!)

– Nein, das sind wir nicht.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Das ist unmöglich! Das weise ich zurück!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich sehe nicht, dass Sie sich von diesem Begriff distanzieren haben. Ist das der Fall? –

(Andreas Winhart (AfD): Interpretieren Sie, was Sie wollen!)

Dann erteile ich Ihnen eine Rüge.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Dr. Ralph Müller (AfD): Das war der Ritterschlag! – Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das kann man jetzt auch rügen! – Harald Güller (SPD): Das ist euer AfD-Demokratieverständnis, nicht unseres!)

– Sie wissen genau, dass weitere Rügen zu weiteren Konsequenzen führen. Wir werden dieses Instrument sehr sorgfältig verwenden. Wir überlegen uns sehr genau, wann wir dies tun. Es wird in diesem Haus mit Sorgfalt mit diesem Instrument umgegangen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Zurufe des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

– Es gibt jetzt keine weiteren Zwischenrufe!

Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Dr. Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN gemeldet.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Missachtung der Verfassung!)

Herr Dr. Mehring, Sie haben das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Mang – und ich sage sehr bewusst "Herr Mang", weil mir nach Ihrer beispiellosen Aneinanderreihung von Entgleisungen das Wort "Kollege", ehrlich gesagt, sehr schwer über die Lippen geht –, Sie hatten zu Beginn Ihrer Ausführungen einen interfraktionellen Konsens moniert, nämlich denjenigen

zu der für unsere parlamentarische Demokratie unverzichtbaren Finanzierung der Fraktionen dieses Hohen Hauses. Sie haben zu Recht darauf verwiesen, dass die betreffende Entscheidung im Präsidium ohne Ihr Zutun gefallen ist. Ich will die Gelegenheit nutzen, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vorbereitung dieses Beschlusses unter Einbezug aller parlamentarischen Fraktionen und ohne den Widerspruch Ihres Parlamentarischen Geschäftsführers stattgefunden hat. Weil Sie sich mit Ihrem Parlamentarischen Geschäftsführer offensichtlich nicht ausgetauscht haben, darf ich den Hinweis anfügen, weshalb es zu diesem Aufwuchs in der Finanzierung kam und insbesondere, wie er sich gestaltet.

Dieser Aufwuchs der Finanzierung ist hauptsächlich in der Tatsache begründet, dass dieses Hohe Haus zwei weitere Fraktionen bekommen hat, und eine Fraktion darunter, die größere Fraktion, ist Ihre Fraktion. 40 % der Mittel, knapp zwei Millionen Euro, landen bei Ihrer Fraktion. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, Herr Mang: Dürfen wir davon ausgehen, Ihre Ausführungen von soeben ernst nehmend, dass Ihre Fraktion auf diese parlamentarische Finanzierung verzichtet und dieses Geld in den Staatshaushalt zurückführt?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Oder müssen wir davon ausgehen, dass Sie zwar als Trittbrettfahrer, als die Quelle aller Fake News, mit geöffneten Armen diese Finanzierung gerne entgegennehmen, im Hintergrund dieser Finanzierung zustimmen und dann diese Bühne des Hohen Hauses missbrauchen, um die anderen Fraktionen für eine Regelung zu kritisieren, von der niemand stärker profitiert als Sie?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD – Zuruf: Schämt euch!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mang, Sie haben das Wort.

Ferdinand Mang (AfD): Herr Kollege, was ist denn die Ursache dieser Finanzierung?

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie!)

– Nein! Das sind nicht wir. – Ja, indirekt, weil Sie nämlich hier weiterhin – – Insbesondere trifft es nämlich hier auch die CSU und die SPD, die war auch sehr für diese Erhöhung, da eben hier noch weitere Pöstchen erhalten werden müssen. Das ist der Hintergrund dieser Erhöhung, und das kritisieren wir.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die Opposition profitiert signifikant, stärker als die Regierungsfaktionen! Haben Sie das nicht verstanden? Zahlen Sie es zurück!)

Es geht nicht um die Notwendigkeit, es geht um den Hintergrund.

(Zurufe)

– Keine Zwiegespräche!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mang, Sie haben das Wort.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Verzichten Sie!)

Ferdinand Mang (AfD): – Ich werde nicht für die Fraktion sprechen, ganz klar.

(Lebhafte Zurufe)

Wenn Mittel zugewendet werden, die uns zustehen – –

(Zuruf: Was ist das für eine Veranstaltung hier?)

– Jetzt passen Sie mal auf!

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Jetzt doch!)

Sollen wir dann auf die Hälfte verzichten oder nur auf ein Viertel, um zu sparen?

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Zeigen Sie Ihr wahres Gesicht! Sagen Sie das den Menschen draußen!)

– Nein, ich werde nicht für die Fraktion sprechen.

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte senken wir den Geräuschpegel und geben wir Herrn Mang Gelegenheit, seine Rede fortzusetzen. – Sie haben noch 43 Sekunden.

Ferdinand Mang (AfD): Ich bin fertig, vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als Nächster hat Kollege Harald Güller von der SPD das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Herr Finanzminister, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns jetzt, nach diesen Verunglimpfungen und verbalen Ausfällen, die nochmals das wahre Gesicht dieser Organisation, die sich selbst "Alternative" nennt, hier im Haus gezeigt haben, zu dem zurückkehren, worum es heute geht, nämlich zu dem Doppelhaushalt für den Freistaat Bayern und seine Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, nach den selbstgefälligen Reden des Herrn Finanzministers und auch des Vertreters der CSU und, in brutalster Geschwindigkeit gewandelt, auch des Vertreters der FREIEN WÄHLER – das hat letztes Jahr, Kollege Pohl, an dieser Stelle noch ganz, ganz anders geklungen, das ist atemberaubend, was ihr macht – ist es angebracht, noch mal klarzustellen, was eine Hauptaufgabe des Staatshaushalts ist. Hauptaufgabe für den Staatshaushalt ist es, genügend und kräftig in eine gute Zukunft für die Menschen in Bayern zu investieren.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das tun wir!)

Der Staatshaushalt ist kein Selbstzweck.

Für uns Sozialdemokraten ist eine klare Schwerpunktsetzung für einen sozialen und dabei ökologisch orientierten Haushalt notwendig, von dem die breite Masse der Menschen in Bayern profitiert,

(Dr. Ralph Müller (AfD): Vor allem Ihre Fraktion!)

und zwar in Städten und in ländlichen Gebieten.

Wir brauchen einen Haushalt, der die Zukunftsfähigkeit garantiert, und nicht einen Haushalt, wie er vorliegt, des Durchwurschtelns.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen von der Regierung ist an dieser Stelle nur die Umsetzung teurer Wahlversprechen per Gießkanne eingefallen, die Ihnen jetzt in der Gesamtschau des Haushalts, wie Sie ihn organisiert haben, auf die Füße fallen. Zumindest in dem von Ihnen vorgelegten Zahlenwerk ist nur wenig Freiraum für echte zielgerichtete Ausgaben in Form von Investitionen für eine gute Zukunft Bayerns zu sehen.

Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, ein durchdachter, planvoller Aufbruch in einen Investitionshaushalt sieht anders aus. Wo setzen Sie in diesem Haushalt Ihre sozialen und ökologischen Schwerpunkte? Ökologieschwerpunkte? – Fehlanzeige! Herr Ministerpräsident, Herr Umweltminister, Kolleginnen und Kollegen, ein Runder Tisch zu einem Volksbegehren macht eben noch keine Wende in der Politik aus.

(Beifall bei der SPD)

Dort, wo Sie die Möglichkeit haben zu handeln, im Haushalt, verweigern Sie zusätzliche Mittel für eine ökologische und umweltgerechte und klimaschutztechnisch gute Politik. Dort, wo Sie gefordert sind, liefern Sie nicht ab. Deswegen sagen wir Ihnen an

dieser Stelle: In den Verhandlungen bis zur Verabschiedung muss noch deutlich nachgelegt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wo sind Ihre sozialen investiven Schwerpunkte? Sie verteilen Geld per Gießkanne. Eigenheimzulage, Baukindergeld, Landespflegegeld oder die hundert Euro pro Monat für den Besuch der Kita unterstützen den einzelnen Menschen in Bayern, die Familie, die Erziehenden finanziell. Das ist gut und schön; deswegen werden Sie von der SPD in den Beratungen des Doppelhaushalts hierzu keine Streichungsanträge finden. Aber diese Ausgaben mit Investitionen in die Zukunft Bayerns zu verwechseln, das ist Ihr großer Fehler.

(Beifall bei der SPD)

Wie schaffen Sie denn mit einem Landespflegegeld zusätzliche Plätze in der Pflege? Wie schaffen Sie denn mit einem Baukindergeld die Voraussetzungen dafür, dass man sich für dieses Geld überhaupt eine angemessene Wohnung in Bayern kaufen kann? Wo schaffen Sie denn mit Ihrem Beitrag von hundert Euro für die Kita die Voraussetzungen, dass es auch eine qualitativ gut ausgestattete Kita gibt, die auch die Plätze für die Kinder und bedarfsgerechte Öffnungszeiten anbieten kann? – Das ist Ihr großer Fehler: Sie verwechseln Gießkanne mit Zukunftsinvestitionen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD will zusätzlich direkte Investitionen in Pflegeeinrichtungen, in Pflegeberatung, in Qualität, Ausstattung und Öffnungszeiten von Kitas und ganz massiv auch im Wohnungsbau, und zwar im gebundenen und im bezahlbaren Bereich des Wohnungsbaus.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Güller, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Harald Güller (SPD): Nein, das machen wir nachher. – Kolleginnen und Kollegen, unsere Investitionsprojekte sind umweltgerecht und sozial. Sie steigern damit die Lebensqualität aller Menschen in Bayern.

Wir schlagen erstens vor, kraftvoll in den öffentlichen Personennahverkehr und in den Schienenpersonennahverkehr zu investieren, ihn flächendeckender und leistungsfähiger zu machen. Das hilft den Menschen und der Umwelt wirklich, und zwar in Ballungsräumen genauso wie im ländlichen Raum. Mehr Bus-, Tram- und Bahnlinien mit einem dichteren Takt, günstigen Tarifen und modernen, flexiblen Fahrzeugen: Das bewegt die Menschen, den ÖPNV zu nutzen. Das ist ein Beitrag zu effektivem Umwelt- und Klimaschutz. Das entlastet zusätzlich auch unsere Innenstädte.

Kolleginnen und Kollegen, wir sollten nicht nur abstrakt von Klimaschutz und Verfassungsänderungen reden, sondern konkrete Maßnahmen im Haushalt umsetzen. Wir haben gefordert, in diesem Bereich 250 Millionen Euro einzustellen. Wir werden Ihnen in unseren Änderungsanträgen nachweisen, dass das möglich ist, und zwar auf einem sinnvollen Weg, auf einem Weg, auf dem wir Klima und Mobilität nach vorne bringen.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, dass wir mittelfristig den Weg beschreiten müssen, den öffentlichen Nahverkehr kostenlos zu machen. Schritte hierzu sind ein 365-Euro-Ticket, und zwar nicht nur in den drei Ballungsgebieten München, Nürnberg und Augsburg. Mögliche Beiträge könnten ein kostenloses Ticket für Auszubildende, für Schülerinnen und Schüler, für Studenten oder ein kostenloses Senienticket oder ein Sozialticket für finanziell Schwache sein.

Wir müssen uns in diesem Haushalt auf den Weg machen. Was Sie machen, sind reine Versprechungen. Wo ist die Umsetzung des 365-Euro-Tickets für München, Nürnberg und Augsburg im Haushalt? – Nirgends. Verbundförderung? – Die gibt es momentan nur für den Münchner Verkehrsverbund: Fünfmal 35 Millionen Euro. Das macht 175 Millionen Euro insgesamt. Wo ist die finanzielle Umsetzung in diesem

Haushalt? – Sie verschieben die Umsetzung auf das Jahr 2021 und später, statt die Versprechen des Ministerpräsidenten einzuhalten.

Das Gleiche gilt selbstverständlich auch für den Bereich der Volkshochschulen, für den es in der letzten Legislaturperiode sogar einen gemeinsamen Antrag des gesamten Hohen Hauses gegeben hat. Da geht es nicht um 175 Millionen Euro, da geht es nur um 5 Millionen Euro. Aber selbst da sind Sie zu knickrig, diese in den Haushalt einzustellen und zu dem zu stehen, was wir gemeinsam und einstimmig in diesem Haus beschlossen haben.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wir schlagen vor, was Klimaschutz und Umwelt direkt hilft: die Energieeffizienz in kommunalen und staatlichen Gebäuden zu stärken sowie eine bayerische Klima-Umtauschprämie für stromfressende Geräte für soziale Schichten, die sich die Anschaffung neuer Geräte sonst nicht leisten können. Wir schlagen vor, was uns Ihr Umweltminister im Haushaltsausschuss sogar schriftlich gegeben hat: Wir brauchen in den Landratsämtern und in den kreisfreien Städten eine dritte Fachkraft für den Naturschutz. Denn ansonsten ist der Naturschutz – so hat sich der Umweltminister ausgedrückt – ein Flaschenhals bei der Umsetzung der Ziele der Staatsregierung. Kolleginnen und Kollegen, wir helfen Ihnen dabei, diesen Flaschenhals zu beseitigen.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Wir schlagen vor, Gelder in die Kinderbetreuung zu investieren, für eine moderne Familienpolitik, für beste Bildung von Anfang an. Nötig sind Investitionen in Anzahl und Qualität der Plätze sowie in Öffnungszeiten. Das Ziel muss sein, dass jede Familie einen passgenauen Kitaplatz in der Nähe ihres Wohnortes, oder, wenn gewünscht, in der Nähe des Arbeitsplatzes finden kann, und das zeitnah.

Viertens. Wir schlagen vor, die soziale Wohnraumförderung deutlich auszubauen und weitere Belegungsrechte zu sichern. Wir schlagen vor, die Sozialbindung von Woh-

nungen, die in den nächsten Jahren ausläuft, mit einem speziellen Programm zu verlängern.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, dass beim Thema Wohnungsbau, das natürlich auch flächensensibel ist, ökologische Aspekte zu berücksichtigen sind, ist für uns selbstverständlich.

Fünftens. Wir schlagen vor, stärker in unsere kommunalen Krankenhäuser zu investieren, anstatt nur in Sonntagsreden zu beklagen, dass kleine Häuser derzeit nicht in der Lage sind, moderne Geräte zu kaufen und notwendige Investitionen vorzunehmen, und auch nicht dazu, die notwendigen Mittel im Haushalt vorzusehen, damit der drohende Investitionsstau in den nächsten Jahren abgebaut werden kann.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): In keinem Land gibt es mehr Krankenhausförderung als in Bayern. Das sind 640 Millionen Euro im Haushalt! – Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Sechstens. Wir schlagen vor, endlich wieder mehr in die Sanierung und in den Ersatzneubau von Altenpflegeeinrichtungen, in die Beratung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen zu investieren. Ein Landespflegegeld ist gut. Aber man muss auch wissen, in welche Einrichtung man gehen kann. Man braucht auch die entsprechende Beratung für sich selbst oder für Angehörige. Kolleginnen und Kollegen, da muss man in diesem Haushalt deutlich aufmörteln.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Ist das Landespflegegeld jetzt gut, oder nicht?)

Siebtens. Wir schlagen vor, mehr in Barrierefreiheit, zum Beispiel im Gesundheits- und Pflegebereich, an Bahnhöfen und Haltepunkten, zu investieren. Doch statt dies alles anzupacken – wohlgermerkt in konjunkturell noch hervorragenden Zeiten – versuchen Sie, das Trugbild eines ausgeglichenen Haushalts mit minimaler Schuldentilgung auf-

zubauen. So ist das auch im Bericht der Kabinettsitzung vom 12. Februar 2019 niedergeschrieben. Sie sprechen von einer angeblich soliden, generationengerechten Finanz- und Haushaltspolitik und von einem Staatshaushalt, der angeblich ohne Schulden auskommt.

Erstens. Was nützt es uns, wenn Sie ohne Schulden auskommen, wenn gleichzeitig unsere Straßen und Brücken, unsere öffentlichen Gebäude verlottern und die Kommunen nicht ausreichend Geld haben, um beispielsweise Schulbauten zu erhalten und den heutigen modernen Anforderungen anzupassen?

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Sie haben jedenfalls mehr als in SPD-regierten Ländern! – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Zweitens. Der Hinweis, der Staatshaushalt komme ohne neue Schulden und Schuldentilgung aus, zeigt die ganze Falschheit Ihrer vollmundigen Aussage.

(Zuruf von der CSU)

Das ist geradezu ein Offenbarungseid. Sie schaffen beides nicht: Sie schaffen weder Investitionen in die Zukunft, noch schaffen Sie eine Schuldentilgung. Die laufenden Einnahmen decken nicht die Ausgaben. Sie haben keinen ausgeglichenen Haushalt. Sie tilgen aus der Rücklage. Durch die Entnahme aus der Rücklage sinkt diese von 3,652 Milliarden Euro auf jetzt noch 2,185 Milliarden Euro. Das geht in diesem Doppelhaushalt noch. Im nächsten Doppelhaushalt sind Sie dann aber mit Ihrem Latein am Ende. Dann schauen wir mal, wie Sie weitermachen wollen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Sie bauen zwar die Staatsverschuldung um 1 Milliarde Euro ab; es verbleiben aber 26 Milliarden Euro Schulden.

(Hans Herold (CSU): Aber Abbau!)

Wie wollen Sie Ihr selbstgestecktes Ziel des Schuldenabbaus bis 2030 erreichen?

Wohlgemerkt, die SPD steht zur Schuldenbremse. Wir müssen aber trotzdem schauen, wie wir das Geld für Investitionen so ausgeben können, dass unser Gemeinwesen nicht in ein paar Jahren verlottert und kommende Generationen dies nicht als versteckte Verschuldung mitzutragen haben.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen: Dieser Freistaat mit seinen Menschen und seiner Wirtschaftskraft kann mehr und hat einen deutlich mehr auf die Zukunft ausgerichteten Haushalt verdient. Ihr Haushalt ist ideenlos und hat kein Gesicht. Ein Aufbruch in eine Zeit mit Investitionen in eine sozialere und ökologischer orientierte Gesellschaft sieht anders aus. Wir legen zu all diesen Punkten die entsprechenden – richtigen, guten und gegenfinanzierten – Änderungsanträge vor. Auf eine gute Beratung über diesen Doppelhaushalt!

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter Güller, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Der Abgeordnete Stadler von der AfD hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Stadler, bitte.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Güller, jetzt hätte ich schon eine Frage: Haben Sie Angst, dass unsere Bürgerinnen und Bürger die Wahrheit über die Haushaltserhöhung nicht vertragen? Es ist doch bekannt, dass die SPD und die CSU bei der Wahl massive Verluste eingefahren haben und jetzt selbstverständlich den Haushalt erhöhen müssen, damit sie ihre Mitarbeiter aus der letzten Wahlperiode halten können. Das ist doch nicht schlimm.

(Unruhe bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Güller, Sie haben das Wort.

Harald Güller (SPD): Ich weiß nicht, auf welcher Veranstaltung Sie gerade waren; bei meiner Rede können Sie nicht anwesend gewesen sein. Ich habe Ihnen für die SPD-Fraktion in aller Klarheit unsere Vorstellungen für einen sozialeren, ökologischeren Haushalt des Freistaates Bayern, der einen Umfang von 65 Milliarden Euro hat, vorgelegt.

(Alexander König (CSU): Na ja! Mit zahlreichen Widersprüchen! – Zuruf von der AfD: Zur Frage!)

Damit sollten Sie sich beschäftigen, statt ideologische Nebelkerzen zu werfen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD: Ausgewichen!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Kaltenhauser von der FDP. Bitte schön.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Geräuschpegel ist hier sehr hoch, vor allem auf der von uns aus gesehen rechten Seite des Saales. Bitte unterlassen Sie die Gespräche! Wenn Sie Gespräche mit Ihren Kollegen führen wollen, dann machen Sie das bitte außerhalb des Plenarsaals.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Herr Dr. Kaltenhauser, Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit der Quintessenz: Dieser Haushaltsentwurf ist aus meiner Sicht unverantwortlich. Er ist unverantwortlich gegenüber unseren Kindern – Ihren Kindern, meinen Kindern. Er belastet die nachfolgenden Generationen auf unverantwortliche Weise. Diese haben zudem noch das Problem der demografischen Belastung.

Was ist an diesem Haushaltsentwurf unverantwortlich? – Vor allem ist es die Passivseite; so nenne ich sie als Buchhalter. Das Sparbuch wird geplündert. Die Schulden werden nicht zurückgezahlt. Sondereinnahmen werden verfrühstückt. Der Staat greift immer noch stärker in Leben und Wirtschaft ein.

Ich will das gern erläutern, wobei ich davon ausgehe – Herr Pohl, ich weiß nicht, wo Sie jetzt sitzen –, dass der Haushalt ernst zu nehmen ist. Sie haben das hier in einer Manier, die ich bisher nur von der CSU in Kommunen kannte, infrage gestellt und angedeutet, man solle den Haushalt an der einen oder anderen Stelle nicht ganz so ernst nehmen. Ich meine aber, wenn wir hier darüber debattieren, dann sollten wir ihn auch ernst nehmen. Ein Haushalt ist ein Plan; das ist richtig. Man liegt einmal darüber, ein anderes Mal darunter. Wenn er ständig zu gut liegt, dann haben wir auch falsch geplant. – Ich werde jetzt einzelne Punkte durchgehen.

Ich beginne mit der Rücklageentnahme. Knapp 4 Milliarden Euro sind entnommen worden, und das in einer Zeit, in der wir dauerndes Wachstum haben. Jedes vernünftig wirtschaftende Unternehmen würde in solchen Zeiten Rücklagen aufbauen. Bereits in den Vorjahren haben Sie massiv in die Rücklage gegriffen. Trotz allem ist die Entnahme immer noch viel höher als die Tilgung von Schulden. Das Sparbuch wird geplündert, und das Geld wird konsumiert. Es wird weder investiert noch für die Schuldenrückzahlung verwendet.

Im Koalitionsvertrag heißt es so wunderschön:

Wir werden mit den vorhandenen Haushaltsreserven sorgsam umgehen und auch künftig ausreichende Haushaltsreserven bilden.

Angesichts dessen stelle ich eine Frage: Wir haben nur noch 2 Milliarden Euro Rücklagen; ursprünglich waren es 8 Milliarden Euro. Wenn das ausreichende Haushaltsreserven sind, dann haben wir bisher zu viel zurückgehalten. Anders formuliert: Wir hätten den Bürgern schon bisher etwas geben müssen. Oder wie muss ich das verstehen? Ich gehe davon aus, dass sich dieser Satz aus dem Koalitionsvertrag auch

auf den aktuellen Haushalt bezieht. 2 Milliarden Euro sind angeblich genug. Waren dann die 8 Milliarden Euro zu viel? – Eine interessante Interpretation!

Kommen wir zur Schuldentilgung. Ich weiß, dass ich zu dem Thema Schulden und Schuldentilgung eine etwas andere Auffassung habe als Herr Kollege Güller. Ich will aber gleich vorab sagen: Schuldenmachen als solches ist nicht per se schlecht. Man kann damit auch sinnvoll in die Zukunft investieren und entsprechende Schwerpunkte setzen. Schuldenmachen, um das Geld zu konsumieren, ist natürlich nicht akzeptabel.

Wir haben in Bayern ein gesetzlich festgelegtes Ziel: Die Schulden müssen bis 2030 vollständig zurückgezahlt sein. – Man kann nun ganz einfach rechnen, indem man den Stand der Schulden von Ende 2018 nimmt und diesen Betrag auf die 12 Jahre bis 2030 verteilt. Dann müssten wir in jedem Jahr ungefähr 2,3 Milliarden Euro tilgen. 2,3 Milliarden Euro jedes Jahr, nicht aber 1 Milliarde Euro in zwei Jahren! Mit der bisherigen Art der Tilgung schieben wir nur einen Berg vor uns her. Das wird immer schlimmer. Ob die Rechnung passt – vorhin hat sie jemand aufgemacht –, dass sich im Jahr 2028 ein anderer Ministerpräsident damit herumschlagen müsse, mag dahingestellt sein. Im Koalitionsvertrag heißt es jedenfalls:

Disziplin und Verantwortungsgefühl in Finanzfragen sind Werte, für die der Freistaat seit Jahrzehnten steht. Die Schulden von heute müssen unsere Kinder zurückzahlen. Wir wollen auch den Kurs der Rückzahlung alter Schulden fortsetzen.

Irgendwie passt das überhaupt nicht zu dem, was ich in dem Zahlenwerk finde. Tut mir leid! Der Haushalt, wie er vorliegt, schiebt die Last der Schuldentilgung eindeutig unseren Kindern zu.

Vor einigen Wochen habe ich einen Tilgungsplan gefordert. Damit war ich nicht der Erste; der Oberste Rechnungshof hatte das auch schon einmal verlangt. Der Offenbarungseid waren aber die Antworten, die ich im Haushaltsausschuss bekommen habe. Jetzt zitiere ich aus dem Protokoll, damit ich ja nichts Falsches sage: Die CSU nannte das Ansinnen von mir "fast etwas unseriös, weil man meine, bis zum Jahr 2030 genau

festlegen zu können, wie die Restschulden getilgt werden könnten." Die FREI-EN WÄHLER erklärten, dass ein solcher fester Plan nur aufgestellt werden könne, wenn die jetzige Koalition die Garantie hätte, bis zum Jahr 2030 zu regieren; anderenfalls sei das nicht möglich.

(Alexander König (CSU): Es obliegt den jeweils gewählten Abgeordneten, den Haushalt aufzustellen!)

Das ist ein interessanter Standpunkt. Es ist also Geld aufgenommen worden, ohne genau zu wissen, wann es zurückgezahlt werden muss. Das Mindeste wäre doch, meinen Anteil, den ich bis 2030 gleichmäßig zu tilgen habe, festzuschreiben. Auch das ist ein Punkt, der mich zu der Einschätzung führt: Das ist verantwortungslos!

(Beifall bei der FDP)

Auch das Thema Beamtenpensionen ist heute angesprochen worden. Es wurde ja die Vereinbarung getroffen, in den Fonds etwas weniger zurückzuführen, dafür die Schulden zu tilgen und hinterher wieder mehr in den Fonds einzuzahlen. Jetzt stellt man fest, dass in den Beamtenfonds insofern zu wenig eingezahlt wird, als tatsächlich keine Schulden getilgt werden. Auch das passt hinten und vorn nicht zusammen. Das ist eine Zusage – ich glaube, es ist sogar ein Beschluss, der vor einigen Jahren gefasst wurde –, die dazu führt, dass wir letztlich noch stärker aus der Reserve leben.

Man sieht es im Haushalt schon an den Posten, die die Ruhegehälter betreffen. Diese Posten steigen ständig an. Eine Gegenbewegung in dem Sinne, dass Schulden zurückgeführt oder der Beamtenpensionsfonds aufgebaut würde, ist nicht zu erkennen.

Vielleicht noch ein Highlight aus der Mittelbeschaffungsseite: Bekanntlich musste Audi 800 Millionen Euro Bußgeld zahlen. Dazu habe ich ein schönes Zitat vom ehemaligen Justizminister Herrn Winfried Bausback – er ist gerade nicht da – gefunden:

Geldbußen, die unsere Staatsanwaltschaften gegen Unternehmen verhängen, müssen künftig unmittelbar auch den Geschädigten zugutekommen. Es darf nicht

weiter sein, dass Geldbußen gegen Unternehmen ausschließlich dem Staatshaushalt zufließen.

Ich habe die 800 Millionen Euro als solche nicht explizit gefunden. Diese Gelder sind offenbar irgendwo in den Staatshaushalt eingegangen. Ich habe auch nicht festgestellt, dass sie für eine außerordentliche Schuldentilgung verwendet worden wären. Offenbar ist auch diese Aussage nicht ganz so ernst zu nehmen. Man hat die 800 Millionen Euro wohl ganz gut gebrauchen können.

Dieser Doppelhaushalt weist, wirtschaftlich gesehen, ein tiefrotes Ergebnis aus. Der Hinweis, es gebe keine Nettoneuverschuldung, ist Augenschwermerei; das wissen alle Kaufleute, die hier sitzen. Angesichts dessen finde ich das Zitat von Herrn Aiwanger schon fast zynisch – ich werde es jetzt in Kölschem Dialekt vortragen –: "Et hätt noch emmer joot jejeange". Sie legen doch sonst immer so viel Wert auf Ihre kommunalpolitische Verantwortung. Ich stelle mir vor, ein Bürgermeister oder ein Landrat würde einen solchen Haushalt vorlegen. Was bekäme er wohl von seiner Aufsicht zu hören! Das finde ich schon erstaunlich. Aber das Thema ist schon angesprochen worden: Die FREIEN WÄHLER kennen sich mit speziellen Finanztransaktionen ja ganz gut aus.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Na, na, na!)

Noch ein Wort zu dem Thema Wachstum des Haushalts. Das ist interessant. Es ist einmal festgelegt worden bzw. es wurde uns ausdrücklich gesagt, der Haushalt solle nicht mehr als um 3 % wachsen. Jetzt wächst er – je nachdem, wie man rechnet – um über 6 %. Das ist kein Schönheitsproblem. Wenn das Haushaltswachstum höher ist als das Wirtschaftswachstum – die Volkswirte mögen mir diese Vereinfachung verzeihen –, heißt das, dass der Staat immer stärker in das Wirtschaftsleben eingreift. Damit nimmt er dem Bürger immer mehr von seiner Freiheit. Das ist weder liberal, noch marktwirtschaftlich zu dulden. Hören Sie endlich auf, die Freiheit der Bürger auch noch in wirtschaftlicher Hinsicht einzuschränken.

(Zuruf: Bei den Mieten haben Sie das alles anders gesehen!)

Schauen wir uns nun einmal die Ausgabenseite an. Dazu gibt es eine ganze Liste – ich nenne es explizit Wahlgeschenke –: Landespflegegeld, Eigenheimzulage, Baukindergeld, Familiengeld, BayernHeim. Ich will auf die einzelnen Positionen nicht näher eingehen; dazu werden wir in der Debatte noch einige konstruktive Vorschläge einbringen. Aber ich möchte jetzt doch zwei Punkte ansprechen, die mich am meisten stören.

Erstens. Wahlgeschenke kennen wir. Sie sind sonst vielleicht nicht ganz so groß wie dieses Mal, aber sind keine Einmaleffekte. Sonst wäre das vielleicht auch okay. Diese Wahlgeschenke ziehen sich mit ihren Belastungen bis in die nächsten Jahre hinein. Das ist die Problematik. Wenn man es schon in diesen Jahren nicht mehr schafft, den Haushalt anders auszugleichen, als massiv die Rücklagen anzugreifen, wie soll es dann künftig werden? Man beschließt hier Belastungen, die künftig nicht wegfallen.

Diese Maßnahmen sind im Übrigen nicht zielgenau. Das muss man ganz klar sagen. Auf das berühmte Gießkannenprinzip kann man hier immer wieder nur hinweisen. Wie würde in einem Unternehmen normalerweise ein Projekt gestartet? – Man definiert ein Ziel, das man erreichen will. Man definiert, welche Maßnahmen dafür notwendig sind, und man legt anschließend genau fest, ob man das Ziel erreicht hat. Man könnte jedes der von mir aufgezählten Beispiele nehmen. Ich erinnere nur an das Landespflegegeld. Wem genau will man helfen? Wie stellt man sicher, dass man genau diese Menschen erreicht? Wie prüft man anschließend, ob man diese Menschen erreicht hat, ob man diesen Menschen wirklich geholfen hat? – Ein paar Dankeschreiben sind da zu wenig. Dazu braucht man wirklich einen anderen Maßstab. Wenn ich nun diese Überlegungen an die vier, fünf Wahlgeschenke anlege, dann wird es nach meiner Ansicht dünn. Wenn man nun das Ziel der Wahlgeschenke weglässt, also Wählerstimmen, dann hat man tatsächlich die berühmte Gießkanne, die schon mehrfach zitiert wurde.

Besonders aufgefallen ist mir bei der Durchsicht der Vorlage der extreme Aufbau von Personalstellen. Das zieht sich durch beinahe alle Ressorts. In den Nachtragshaushal-

ten 2018 hatte man sich schon einen ordentlichen Schluck genehmigt. Trotzdem gibt es jetzt noch einmal eine ordentliche Steigerung. Interessant war für mich, dass die einzige Behörde, in der es keine Steigerung gab, der Oberste Rechnungshof war. Gerade dort hätte ich erwartet, dass es eine kleine Steigerung geben würde. Aber der Rechnungshof scheint ganz gut klarzukommen.

Ein Manko sehe ich definitiv bei den Ausgaben. Wenn man schon Ausgaben macht, muss man auch Schwerpunkte setzen. Herr Güller hat darauf schon ausführlich hingewiesen. Er sprach über die zukunftsgerichteten Investitionen in die Bildung. Statt einer Qualitätssteigerung wird oft nach dem Motto vorgegangen: Viel hilft viel. Auch dazu werden wir einige sehr dezidierte Anträge in die Diskussion einbringen.

Das Digitalministerium ist ein besonderes Highlight, wenn von der Definition her auch nicht sonderlich groß. Die Digitalministerin hat genau gesehen nicht einmal zehn Millionen Euro Verfügungsmasse pro Jahr. Die Kosten für das Ministerium sind höher als dieser Betrag. Warum man dieses Ministerium überhaupt gegründet hat, verstehe ich nicht. Wir als FDP hatten zwar immer ein Digitalministerium gefordert, aber wir sind enttäuscht, dass hier eine große Chance vertan wurde. Die Frau Kollegin Judith Gerlach tut mir wirklich leid; sie hat keine Chance.

Ein besonderer Höhepunkt ist auch der Länderfinanzausgleich. Da wurde getönt, dass man sich das alles nicht länger bieten lassen wolle, dass es eine Klage geben werde. Am besten finde ich die Formulierung im Finanzplan, dass die Einnahmen aus der erhöhten Gewerbesteuerumlage entfallen, wodurch der Reformgewinn für den Freistaat Bayern aus der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen weitgehend aufgezehrt wird.

Vorhin war da von 800 Millionen Euro die Rede. Ich muss zugeben, ich kann diese Summe nicht einordnen, jedenfalls in das Zahlenwerk nicht. Aber definitiv ist bei Weitem nicht diese Einsparung herausgekommen, wenn überhaupt eine Einsparung herausgekommen ist, wie vorhin groß getönt wurde.

(Alexander König (CSU): Eine Menge Geld für die Kommunen ist dabei herausgesprungen! Das haben wir doch vorhin gehört!)

– Dazu sage ich gleich noch etwas. Dieser Haushaltsentwurf ist in seiner Maßlosigkeit genau genommen nicht mehr zu korrigieren. Der Satz "Die solide und generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik in Bayern wird fortgesetzt" ist da für mich fast schon Ironie.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie haben sich bei Ihren Wahlversprechungen in den Koalitionsvereinbarungen ganz eindeutig total verkalkuliert. Richtig wäre, im Parlament zu sagen: Liebe Regierung, nimm den Entwurf zurück. Mach einen neuen Entwurf, in dem drinsteht: keine Neuverschuldung, keine Rücklagenentnahme. Fragt doch die Ministerien, wo man einsparen kann. Dort weiß man es. Ich kann mich noch sehr gut an Diskussionen erinnern, auch wenn ich damals nicht im Parlament war, die in der CSU/FDP-Koalition geführt wurden. Der damalige Ministerpräsident hat sich offensichtlich etwas stärker durchsetzen können. Er hat seine Leute dazu gebracht, entsprechende Vorschläge zu machen.

Meine Damen und Herren, es geht hier nicht um politische Spielchen. Sie spielen mit der Zukunft unserer Kinder. Haben Sie endlich den Mut einzugestehen, dass Sie sich verkalkuliert haben. Sie haben Versprechen gegeben, die Sie seriös an vielen Stellen nicht einhalten können. Ich kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, meinen Kindern eine solche gewaltige Hypothek für die Zukunft aufzuladen. Damit würde die Freiheit unserer Kinder heute schon beschränkt.

Wir werden, wie gesagt, konstruktive Vorschläge einbringen. Einen solchen Entwurf zum Doppelhaushalt weisen wir aber definitiv zurück.

(Beifall bei der FDP)

Nun möchte ich zum Finanzausgleichsgesetz noch ein paar Sätze sagen. Es ist ein typisches Gesetz, in dem versucht wird, möglichst viele Unwägbarkeiten und Einflussfaktoren zu berücksichtigen. Es ist ein hochkomplexes Werk, das ich total spannend finde. Wenn man es durchgearbeitet hat, kann man sagen, dass das Ziel erreicht ist, einen einigermaßen gerechten Ausgleich zu finden. Aber ein Ziel hat man nicht erreicht, dass nämlich ein solches Gesetz auch eine Steuerungsfunktion haben muss. Ich finde, das ist auch Aufgabe eines solchen Ausgleichsgesetzes. Wir kennen das ja. Vorhin hat jemand gesagt, die Schlüsselzuweisungen seien jedes Jahr in der Haushaltsplanung für die Kommunen eine Zufallsgröße.

(Alexander König (CSU): Ein guter Kämmerer kann das ausrechnen!)

– Oh, dann habe ich wohl bisher immer nur schlechte Kämmerer erlebt. Ich meine auch, allen größeren Projekten tut man sich immer schwer abzuschätzen, was es im Einzelnen bringt. Deshalb hat die FDP in ihrem Programm seinerzeit schon gefordert, dass die Verfahren transparenter sein müssen.

Zum aktuellen Gesetzentwurf wird gesagt, dass es begrüßenswert sei, dass die Kommunen mehr Geld bekommen. Das ist unbestritten, denn dort kennt man das tägliche Umfeld der Menschen meist besser, als es für uns hier möglich ist. Bemerkenswert ist allerdings auch, dass die Mittel, die die Gemeinden erhalten, wesentlich stärker ansteigen als das Steueraufkommen. Was heißt das? – Wenn man sagt, das Finanzausgleichsgesetz ist dafür da, um finanzielle Unterschiede auszugleichen, heißt das: Wenn die Mittel ansteigen, werden entweder die finanziellen Unterschiede zwischen den Kommunen größer – sonst bräuchte man nicht mehr Geld zu geben – oder die Kommunen hängen immer stärker am Gängelband des Landes.

Das muss man sehen. Da ist immer die Rede von einer kraftvollen Selbstverwaltung: Man gibt Geld an die Kommunen zurück. Aber da tue ich mich als Liberaler schwer. Warum muss das sein? Das Thema Strabs ist ein wunderbares Beispiel dafür. Da sollen die Kommunen jetzt auch noch Bittgesuche einreichen: Bitte, bitte gebt uns ein

bisschen Geld für unsere Härtefälle. Ist das wirklich der richtige Ansatz? – Da tue ich mich als Liberaler wirklich schwer.

Insgesamt werden wir diesem Finanzausgleichsgesetz zwar zustimmen, aber in der Summe sind wir durchaus der Meinung, dass der Strukturwandel einmal grundsätzlich anzugehen ist. Das kann man in der Kürze der Zeit zwar nicht machen, wir werden aber versuchen, sinnvolle Vorschläge dazu einzureichen. Die Tatsache, dass die Kommunen jetzt mehr Geld erhalten, ist allerdings ein Grund, der Sache jetzt insgesamt zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke sehr. – Der Kollege Josef Zellmeier von der CSU-Fraktion hat nun das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der offizielle Start der Haushaltsberatungen steht jetzt auf der Tagesordnung. Wir täten gut daran, schnell, zügig und konsequent zu beraten, denn wir haben ein enges Zeitkorsett. Durch das Wahljahr haben wir viel Zeit verloren. Deshalb bin ich dankbar, dass heute mit den Beratungen begonnen wird, um mit dem neuen Staatshaushalt auch neue Projekte auf den Weg zu bringen, die wir sonst nicht hätten verwirklichen können.

Insgesamt trägt der Regierungsentwurf den Erfordernissen der Finanzwirtschaft, das heißt dem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht Rechnung: Rechtlich Gebundenes, faktisch Gebundenes wird in diesem Entwurf dargestellt. Viele Dinge, die in die Zukunft weisen, werden eingebracht. Dinge, die nicht zwingend erforderlich sind, lassen wir bewusst außen vor, weil wir nicht Dinge unter das Volk bringen wollen, die von anderen gefordert werden, aber für unser Land nicht unbedingt einen Mehrwert bringen. Man kann sagen: Der Entwurf ist geglückt. Wir werden ihn positiv begleiten, lieber Finanzminister Albert Füracker. Wir wissen, dass Bayern solide wirtschaftet, und das bei in Bayern noch immer günstigeren wirtschaftlichen Gesamtdaten, als dies bundes- und europaweit der Fall ist.

Im Doppelhaushalt sind die wesentlichen Projekte der Koalitionsvereinbarungen verankert oder zumindest bereits in Ansätzen vorhanden. Wir haben fünf Jahre Zeit, um unsere Projekte umzusetzen, und legen mit diesem Doppelhaushalt gleich einen starken Start hin. Bayern ist das Land der soliden Staatsfinanzen. Die bayerische Finanzpolitik steht für Solidität und Generationengerechtigkeit. Nicht zu Unrecht sind wir in Europa mit unserer Haushalts- und Finanzpolitik Vorbild.

(Beifall bei der CSU)

Das bleibt auch in der neuen Regierungskoalition so. Ich danke unserem Koalitionspartner dafür, dass er diesen Kurs mit uns weiterführt.

Wir machen keine neuen Schulden. Wir bauen seit 2012 die alten Schulden ab und nutzen gleichzeitig die Spielräume für notwendige Investitionen in die Zukunft Bayerns. Diesem Anspruch wird der Doppelhaushalt mehr als gerecht; Schuldentilgung: 1 Milliarde insgesamt. Wir bauen damit unseren Vorsprung aus. Die – wenn auch zurzeit niedrige – Zinslast wird noch weiter verringert.

Nicht umsonst erhält der Freistaat Bayern 2019 von Standard & Poor's erneut ein Spitzenrating. Gerade die Schuldentilgung wurde und wird uns auch in der Gegenwart hoch angerechnet. Das sagen nicht Politiker, das sagen nicht wir selbst, sondern das sagen international anerkannte Experten. Diese sind von unserer Haushaltspolitik überzeugt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ein ausgeglichener Haushalt, die Rückzahlung alter Schulden und natürlich die hohen Investitionen sind die Grundlinien unserer Politik. Wir betrachten die Staatsfinanzen nicht als Eigentum der Politik und nicht als Eigentum des Landtags, sondern wir verwalten sie im Auftrag der Bürger, um für die Menschen mit Verlässlichkeit, mit Ehrlichkeit und mit Besonnenheit das Beste zu erreichen. Wir wollen das uns anvertraute Geld sparsam verwenden, gut investieren, sozial nachhaltig und ertragreich einsetzen.

Deshalb weise ich die Vorwürfe der Vorrednerinnen und Vorredner entschieden zurück, insbesondere von Ihnen, Frau Kollegin Köhler; denn dort, wo GRÜNE mitregieren oder lange Zeit mitregiert haben, sind die Finanzen in aller Regel desolat.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Nicht nur die Finanzen!)

Schuldentilgung und hohe Rücklagen sind dort Wunschdenken, aber bei Weitem nicht vorhanden. Das gilt vor allem dort, wo GRÜNE und Rote regieren. Von Adolph Kolping gibt es das Zitat: "Schön reden tut's nicht, die Tat ziert den Mann!" – Heute gegendert, liebe Frau Kollegin: [...] ziert die Frau, die Partei, die GRÜNEN oder die SPD. Beweisen Sie doch mal dort, wo Sie regieren, dass Sie es wirklich besser können. Das haben Sie bisher nicht getan.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Wir haben in politisch stürmischen Zeiten, in Zeiten internationaler Unsicherheiten und in sich vermutlich eintrübenden Zeiten einen Rekordhaushalt. Deshalb konzentrieren wir uns auf diejenigen, die in unserem Land Werte schaffen: auf die Familien, die Arbeitnehmer und die Unternehmer.

Wir haben hohe Investitionsausgaben. Diese steigen auf rund 17 Milliarden Euro, also auf ein neues Rekordniveau. Die Quote erhöht sich von 12,1 % auf 13,7 %. Auch dort sind wir Spitze. Wir fördern Kinder und Familien, die unsere Zukunft bedeuten. Wir investieren Geld in die Bildung, in die Vermittlung der Voraussetzungen für die digitale Arbeitswelt und in die vielfältige Hochschullandschaft mit Forschung und Entwicklung. Die Personalausgabenquote sinkt im Vergleich zum Vorjahr von 38,4 % auf 37,2 %. Wir machen zum 15. Mal keine neuen Schulden. Auch setzen wir rechtzeitig Impulse, um einem möglichen Abschwung entgegenzutreten.

Ich habe Familien und Kinder genannt. Genau hier ist unsere Zukunft, wie es in der Bayerischen Verfassung formuliert ist. In der Koalition mit den FREIEN WÄHLERN haben wir unseren Schwerpunkt der vergangenen Jahre mit weiterem Gewicht verse-

hen. Der Zuschuss für die Kindergartenbeiträge wird für das erste und zweite Kindergartenjahr ausgeweitet. Damit ist der Elternbeitrag keine Hürde mehr. Dann wird der Kindergarten in vielen Fällen kostenfrei sein. Für die Kinderkrippe kommt dieser Zuschuss im Folgejahr.

Auch das Familiengeld der CSU wird fortgeführt. Empfänger sind alle Familien im Freistaat – entgegen den Wünschen des SPD-Bundesministers auch die Hartz-IV-Empfänger. Dafür sind im Doppelhaushalt allein 1,5 Milliarden Euro vorgesehen. Damit setzt der Freistaat bundesweit ein Zeichen für Familien und Kinder – für die Kinder, deren Zahl erfreulicherweise wieder ansteigt. Das heißt, nur für diesen neuen Bereich werden insgesamt 2,4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Hier wird geklotzt und nicht gekleckert.

(Beifall bei der CSU)

Das Spitzenniveau bei Schulen und Hochschulen gilt es zu sichern. Die Bildungsausgaben liegen in den beiden Jahren bei circa 42 Milliarden Euro. Das ist ein Drittel des Haushaltsvolumens. Mit dem Bildungspaket, das wir bereits gestartet haben, werden die Weichen für die Zukunft an Bayerns Schulen gestellt. Auch die Förderprogramme für digitale Bildung werden fortgesetzt. Hierfür sind 212 Millionen Euro vorgesehen. Der Ausbau der Angebote an Ganztagschulen und an Mittagsbetreuung an den Schulen wird mit 630 Millionen Euro dotiert. Insgesamt werden 2.000 neue Lehrerstellen ausgebracht. Die Befristungen – ein langjähriger Kritikpunkt – werden weiter abgebaut. Auch das ist uns wichtig. Ganz ohne Befristungen wird es nicht gehen, weil wir kurzfristige Ausfälle, etwa wegen Krankheiten oder Schwangerschaften, kompensieren müssen. Aber wir müssen es auf das Notwendige reduzieren.

(Horst Arnold (SPD): Da schau her!)

Das Wissenschaftsland Bayern blüht. Wir haben eine Vielfalt in allen Regionen des Freistaats. Auch das ist übrigens ein Markenzeichen. Schauen Sie in andere Bundes-

länder, ob sich der ländliche Raum so entwickelt wie in Bayern. Sie werden keine besseren Beispiele finden.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Wir haben Qualität in der Breite, Exzellenz in der Spitze und einen hohen Grad an Internationalisierung.

Wir geben uns mit dem Erreichten nicht zufrieden. Weitere regionale Schwerpunkte sind der Aufbau einer medizinischen Fakultät in Augsburg, also die Errichtung des sechsten bayerischen Universitätsklinikums, und die neue Fakultät für Luft- und Raumfahrt an der TU München am Standort Ottobrunn. Ein weiteres Beispiel ist die Errichtung einer zehnten staatlichen Uni in Nürnberg, die derzeit konzipiert wird. Auch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. die technischen Hochschulen werden als regionale Innovationsmotoren weiter gestärkt. Forschungsaußenstellen und Technologietransferzentren geben gerade dem regionalen Mittelstand wichtige zusätzliche Impulse. Auch das ist ein Markenzeichen Bayerns. Schauen Sie mal, ob Sie anderswo im ländlichen Raum derart viele Außenstellen von Hochschulen finden wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Vorbildlich, vorbildlich!)

Bei uns in Bayern ist es auch dort vorbildlich, wo anderswo Fehlanzeige ist.

(Beifall bei der CSU)

Wissenschaft und Forschung spielen sich in Bayern nicht nur in den Ballungsräumen ab, sondern auch im ländlichen Raum. Diese regionalen Investitionen sind zum Teil hoch. Sie sind es uns aber wert; denn die Kraft Bayerns liegt auch im ländlichen Raum. Nicht nur unsere Mittelständler, sondern auch die Menschen vor Ort schätzen diese unsere Politik.

Im Übrigen noch einige wenige Sätze zur Erwachsenenbildung, weil ich gerade bei der Bildung bin. Auch auf diesem Gebiet investieren wir im Jahr 2019 3,7 Millionen Euro. Damit erreichen wir nahezu das Niveau, das wir in der gemeinsamen Entscheidung des Vorjahres anstreben. Ich gebe zu: Im Jahr 2020 ist der Ansatz nicht befriedigend. Darüber werden wir im Nachtragshaushalt reden. Das können wir so nicht belassen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Aber für das laufende Jahr sind die Mittel sichergestellt. Im kommenden Jahr werden wir, wie bereits gesagt, im Nachtragshaushalt nachsteuern.

Zum Wohnungsbau: Der vor allem in den Ballungsräumen vorhandene Wohnraum-mangel stellt uns alle vor große Herausforderungen. Neben dem Freistaat sind natürlich die Städte dort gefordert, wo die Probleme am größten sind. Das gehört zu ihrer kommunalen Selbstverwaltung und zum Planungsrecht. Sie müssen geeignete Lösungen finden. Wir müssen sie unterstützen und stärken. Auch hier der Hinweis: Die Städte sind sehr oft von rot-grünen Koalitionen regiert. Dort müsste mehr passieren. Nur fordern, reicht nicht. Es gilt, dort zu handeln, wo Sie regieren. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Lieber Kollege Arnold, die Staatsregierung führt den Wohnungspakt Bayern fort und baut ihn weiter aus. Dort werden über 2 Milliarden Euro investiert. Für die Wohnraumförderung stehen im Doppelhaushalt 1,5 Milliarden Euro und für die Eigenheimzulage 300 Millionen Euro zur Verfügung. Mit dem Baukindergeld Plus gibt es 300 Euro zusätzlich für bayerische Familien mit Kindern. Mir ist besonders wichtig, dass wir die Wohnraumförderung in den Städten betreiben. Das Baukindergeld Plus wirkt im ländlichen Raum, weil dort die Baumaßnahmen noch bezahlbar sind. Dort müssen wir tätig werden und vor allem der Eigenheimbildung auf die Sprünge helfen. Das ist der richtige Weg für einen Ausgleich zwischen Stadt und Land.

Wir investieren landauf, landab; denn das Ende der guten Zeiten könnte uns bevorstehen. Vieles deutet darauf hin. Die Konjunktur sinkt ab. Selbst die Bundesregierung geht davon aus, dass das Wachstum deutlich niedriger ausfallen wird, als das in den letzten Jahren der Fall war. Das Stimmungsbarometer bei den Unternehmen hat sich abgekühlt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat Bayern gehörte auch im Jahr 2018 zu den drei wachstumsstärksten Ländern in Deutschland. Wir haben das höchste Bruttoinlandsprodukt aller Flächenstaaten und damit die stärkste Wirtschaft. Gleichzeitig setzt sich die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt erfreulicherweise fort. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg zum 13. Mal in Folge gegenüber dem Vorjahr an. Die Arbeitslosenquote lag Ende 2018 bei 2,7 %. Das ist der niedrigste Stand seit Dezember 1980. Das sind Verhältnisse wie zu Zeiten des Wirtschaftswunders. Der große Finanzpolitiker und deutsche Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß wäre stolz auf die Daten, die wir heute vorweisen können.

(Horst Arnold (SPD): Der hat gesagt: "Freiheit oder Sozialismus"! Da waren wir dran!)

– Das Wirtschaftswunder lag in der Adenauerzeit und nicht in der Zeit der sozialliberalen Koalition. Aber über Geschichtsunterricht können wir später reden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Wirtschaftswachstum wird so nicht bleiben. Deshalb müssen wir vorbauen. Das tun wir. Dank langjähriger zukunftsweisender und innovativer Politik werden wir in Bayern unsere guten Daten gegenüber dem Bundeschnitt weiter aufrechterhalten. Davon bin ich überzeugt. Wir haben heute viel über die Investitionsausgaben und die Investitionsquote gehört. Allein für Baumaßnahmen stellen wir 260 Millionen Euro bereit. Wir investieren aber auch in das Personal. Wir übernehmen den Tarifabschluss. Das ist ein ordentlicher Abschluss. Die Menschen sollen Geld verdienen, wenn es einem Land gut geht. Wir setzen den Abschluss für die Angestellten auch bei der Beamtenschaft um. Ich nenne als Stichworte die Anhebung der

Eingangsbesoldung, die Anerkennung für unsere Beschäftigten und Anreize für den Nachwuchs, in einem attraktiven öffentlichen Dienst, dem attraktivsten in Deutschland, zu arbeiten.

Wir investieren in Soziales. Ich habe die Familien genannt. Ich nenne aber auch das bayerische Pflegegeld und die neue Investitionsförderung für Pflegeplätze, sowohl für den Bau als auch die Sanierung. Die ersten Mittel dafür sind im Haushalt eingestellt. Auch das ist ein Erfolg dieser Koalition. Ich nenne außerdem den Bereich Sicherheit und Umwelt, zu dem ich aber keine weiteren Ausführungen machen möchte, da mir die Zeit langsam ausgeht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines sei aber schon noch gesagt: Es gibt diejenigen, die immer Wasser predigen und Wein trinken. Ich meine damit die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN. Sie empfehlen den Menschen in Bayern, viel mit Zug und Bus zu fahren, gehören aber gleichzeitig zu den Vielfliegern unter den Abgeordneten. Ihnen sei gesagt: Wer etwas fordert, muss das auch selbst einhalten! Der ehemalige Landesvorsitzende und jetzige Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN, Dieter Janecek, fordert heute im "Pressespiegel", gegen die "Lust-Vielfliegerei" der Bürgerinnen und Bürger vorzugehen. Er fordert, die Fliegerei pro Bürger auf dreimal pro Jahr zu beschränken, ansonsten sollte es Konsequenzen geben. Das ist sicherlich nicht der richtige Weg.

Meine Damen und Herren, hier zeigt sich wieder die alte Verbotspartei der GRÜNEN. Diesem Vorschlag treten wir nicht näher. Wir bauen den ÖPNV aus. Das ist richtig und wichtig. Wir wollen den Menschen aber nichts verbieten. Das ist nicht unsere Politik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Ende. Wir haben über alle Fraktionen hinweg vereinbart, dass wir die Beratungszeit im Haushaltsausschuss für den Doppelhaushalt auf insgesamt drei Wochen eindampfen. Wir wollen vor Ostern fertig werden. Wir beginnen also am 26. März. Das ist eine Info-Woche, die eigentlich sit-

zungsfrei wäre. Ich danke allen Fraktionen ausdrücklich, dass sie diesen Weg mitgegangen sind, und freue mich schon jetzt auf die Beratungen im Haushaltsausschuss. Gleichzeitig appelliere ich an die Opposition, keine Mehrforderungen zu stellen, die nicht gegenfinanziert sind. Wir von der CSU werden ergänzende Vorschläge einbringen, die finanziert und für Bayern wichtig sind. Wir bringen keine populistischen Vorschläge ein, die nur der Show dienen.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die Beratungen im Haushaltsausschuss und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich möchte noch einmal sagen: Der erste Haushalt der neuen Regierungsfaktionen ist mehr als gelungen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter Dr. Müller hat sich zu einer Intervention gemeldet. Herr Dr. Müller, Sie haben zwei Minuten.

Dr. Ralph Müller (AfD): Herr Zellmeier, das war ja nun eine schöne Märchenstunde, die Sie uns hier serviert haben. Mein geschätzter Vater, ein großer Schulmeister und Pädagoge, hätte nur gesagt: Themaverfehlung, setzen, sechs.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Gut, dass Ihr Vater nicht auch im Landtag sitzt!)

Ich greife nur einen Punkt heraus und würde mir eine Antwort darauf erwarten: Ein Vertreter Ihrer Fraktion bzw. Ihrer politischen Richtung, ein prominenter Mann, hat gesagt, die Migration wäre die Mutter aller Probleme. Ich würde es anders formulieren: Die kriminelle Masseninvasion ist die Mutter aller Probleme.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Rechtsradikalismus!)

Ein hochverdienter Mann, der vor Kurzem geschasst wurde, hat in einem denkwürdigen Interview gesagt, täglich überschritten immer noch 500 bis 700 Personen illegal die Grenze. Das sind nur die offiziell erfassten Zahlen. Diese Leute, die Sie und Ihre

Regierungsvertreter, auch im Bund, durch ein ideologisches Konzept in unser Land locken und holen, verschärfen alle Probleme im Land.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Schieben Sie dieses Problem nicht auf die Kommunen. Diese Leute, die Sie ins Land holen, verschärfen zu Hunderttausenden die Problematik am Wohnungsmarkt. Das sind die wahren Probleme. Gerade bei der Wohnungssuche findet im mittleren und unteren Bereich ein Verdrängungswettbewerb statt.

Die Leute, die Sie zu Hunderttausenden illegal und unter Verstoß gegen das Grundgesetz ins Land holen, verschärfen unsere Probleme in den sozialen Sicherungssystemen, zum Beispiel in der Krankenversicherung. Diese Leute sprengen unsere sozialen Systeme. Was tut die Staatsregierung, um diese Probleme zu beseitigen? Nötig wäre eine rigorose Grenzsicherung. Nehmen Sie dazu Stellung!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Dr. Müller, Ihre Redezeit ist beendet. – Herr Zellmeier, bitte.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Kollege Dr. Müller: Themaverfehlung!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wir beraten über den bayerischen Staatshaushalt.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Um den geht es hier!)

Sie haben über den Schwenk der Wohnungspolitik gerade noch die Kurve gekriegt, um überhaupt etwas zum Staatshaushalt zu sagen. Ich sage Ihnen: Die CSU und die Staatsregierung haben in den vergangenen Jahren alles getan, um die illegale Zuwanderung einzuschränken. Die Hauptzuständigkeit dafür liegt im Bund und nicht in Bayern.

(Dr. Ralph Müller (AfD): § 1 des Aufenthaltsgesetzes! Wirtschaftliche Interessen!

– Alexander König (CSU): Führen Sie sich nicht so auf!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Zellmeier hat das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Jetzt habe ich das Wort. – Wir haben alles getan, was wir in Bayern tun konnten. Sie versuchen krampfhaft, davon abzulenken, dass wir in Bayern beste Daten haben.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Sie versuchen krampfhaft abzulenken!)

Sie versuchen, uns ein bundespolitisches Thema ans Bein zu binden.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Das ist ein landespolitisches Thema!)

– Sie haben jetzt nicht das Wort. – Herr Kollege, Themaverfehlung, mehr kann ich dazu nicht sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Ritter.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eine einzige Anmerkung zu diesem Schlagabtausch machen: Wer der Meinung ist, dass man Wohnungsnot über Bevölkerungspolitik lösen könnte, der müsste es den Leuten erst einmal verbieten, Kinder zu kriegen.

(Alexander König (CSU): Das ist jetzt aber auch abenteuerlich!)

Ein Großteil der wohnungspolitischen Erfordernisse, die wir in München haben, hat seinen Grund darin, dass die Leute schlicht und ergreifend Kinder bekommen und daher auch mehr Wohnraum nötig ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber nun zurück zur Sache: Man merkt bei den Haushaltsdebatten, dass die Redebeiträge einer gewissen Choreographie folgen. Die CSU gestaltet ihre Redebeiträge wie ein klassisches katholisches Hochamt: Te Deum, Hosianna und Jubilate – alles ist dabei. Meiner Erfahrung nach unterscheiden sich die Redebeiträge von der CSU, angefangen bei Kurt Faltlhauser über Herrn Huber und Herrn Söder bis zum derzeitigen Finanzminister und den Kolleginnen und Kollegen hier in den Reihen, nicht. Unbestritten ist: Der aktuelle Haushalt ist der größte, den wir in Bayern bisher hatten. Im Haushaltplan steckt eine ausgesprochen hohe Gesamtsumme.

Im Haushaltplan und in den Redebeiträgen der Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER wird jedoch nicht die Frage beantwortet, ob die Schwerpunkte im Haushalt richtig gesetzt worden sind. Der Kollege Güller hat bereits darauf hingewiesen, dass wir das mit Nein beantworten. Es ist auch von mehreren anderen Rednern bestätigt worden. Der Haushalt ist ein "Gießkannenhaushalt", der die zentralen politischen Herausforderungen, die wir für das Land und die Menschen bewältigen müssen, nicht aufgreift und letztlich keine politischen Konzepte aufstellt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben zwei Jahre intensivster landespolitischer Debatten hinter uns. Kolleginnen und Kollegen, wir kennen doch die Themen, die zentrale Herausforderungen für uns darstellen. Das sind bezahlbarer Wohnraum – das ist heute schon ein paar Mal erwähnt worden –, mit der wirtschaftlichen Entwicklung einhergehend die Verdichtung, der zunehmende Verkehr in den Wachstumszentren, die Sicherstellung der Mobilität in der Fläche, der CO₂-Ausstoß sowie die Feinstaubbelastung. Diese zentralen Themen brauchen mehr als nur einen Schluck aus der Gießkanne und mehr als nur eine moderate Erhöhung einiger Haushaltstitel. Diese zentralen Themen müssen mit politischen Konzepten angegangen werden. Diese müssen sich natürlich auch in einem Haushaltplan niederschlagen. Hinter diesem Haushaltplan steht aber kein wohnungspolitisches Konzept, um nur ein Thema aufzugreifen.

(Horst Arnold (SPD): Sehr richtig!)

Hinter diesem Haushaltsplan steht keine Vorstellung davon, wie man mittelfristig die Not der Menschen auf dem Wohnungsmarkt angehen will und Lösungen finden will. Hinsichtlich der Wohnungspolitik ist dieser Haushalt nichts anderes als ein Manifest der Ideenlosigkeit und der Konzeptionslosigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Nicht weniger konzeptionslos ist der Haushaltsplan im Bereich des ÖPNV. Die Debatten der letzten Monate sollten eigentlich die zentrale Rolle des ÖPNV in der Fläche und in den Ballungsräumen im Hinblick auf CO₂ und Feinstaub gezeigt haben.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, denken Sie an die Redezeit.

(Horst Arnold (SPD): Die Regierung hat um 1 Minute und 55 Sekunden überzogen!)

– Ich habe hier keine Zeitanzeige.

(Tobias Reiß (CSU): Da ist die Uhr!)

– Okay, danke schön.

Florian Ritter (SPD): Auch diese Themen brauchen mehr als einen Schluck aus der Gießkanne. Das ÖPNV-Angebot muss deutlich ausgebaut werden, und wir brauchen verkehrspolitische Konzepte für ganz Bayern. Der Kollege Zellmeier hat vorhin erwähnt, dass man den Menschen das Busfahren "zumuten" will. Hierzu muss ich schlicht und ergreifend sagen: Man muss eine solche Verkehrspolitik betreiben, dass die Menschen am Ende das Busfahren nicht mehr als Zumutung empfinden, weil die Netze ausgebaut sind und ein entsprechendes Angebot vorhanden ist.

(Beifall bei der SPD)

Man könnte meinen, der Ministerpräsident hätte die Wichtigkeit dieser Themen begriffen, zumal er in den letzten Tagen des Wahlkampfs mit Themen wie 365-Euro-Ticket und S-Bahn-Ring um München dahergekommen ist. Jedoch spiegelt sich davon im Haushaltsplan nichts wider. Dieser Haushalt hätte angesichts der Herausforderungen im Land ein Haushalt des mutigen Voranschreitens und Umsteuerns sein können. Darauf haben Sie verzichtet. Sie machen daraus einen Haushalt des Weiter-so. Dieser Haushalt tut so, als gäbe es in Bayern keine großen Herausforderungen. Unserer Meinung nach haben das die Menschen in Bayern nicht verdient.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Abgeordnete Alexander König von der CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir ein paar Anmerkungen zu den Vorrednern. Frau Claudia Köhler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderte mehr Investitionen für Klima, Verkehr und andere Dinge und kritisierte unsere Ausgaben. Sie kritisierte explizit das Familiengeld, den beitragsfreien Kindergarten und das Pflegegeld. – Meine Damen und Herren, wir machen beides: Wir erhöhen die Investitionen – wir haben mit 13,7 % eine so hohe Investitionsquote wie seit Jahren nicht mehr – und wir führen zusätzlich ein Familiengeld, ein Pflegegeld und ein beitragsfreies Kindergartenjahr ein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Frau Köhler behauptete, dass unsere Rechnung nicht aufgehen wird. Ich sage Ihnen: Unsere Rechnung wird nicht nur ganz genau aufgehen. Wenn ich die Ausführungen unseres Finanzministers Albert Füracker richtig verstanden habe, werden sich am Ende der zwei Jahre viele Mitglieder dieses Hohen Hauses noch wundern, wie hoch die Rücklage dann sein wird. Das bleibt abzuwarten.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Eben!)

Der Kollege Harald Güller sprach von einem Haushalt des Durchwurstelns. Herr Kollege Güller, das ist kein Haushalt des Durchwurstelns. Das ist ein Haushalt mit Einnahmen auf der einen Seite – Geld, welches von den Bürgerinnen und Bürgern kommt – und Ausgaben – Geld, welches für die Bürgerinnen und Bürger ausgegeben wird – auf der anderen Seite. Im Haushaltsplan ist Wahrheit und Klarheit. Es ist kein Haushalt des Durchwurstelns.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Güller, Sie haben die teuren Wahlversprechen kritisiert. Sie haben uns aber leider nicht verraten, welche teuren Wahlversprechen Sie ablehnen. Während der Haushaltsberatung haben Sie noch die Gelegenheit, Änderungsanträge einzubringen und die teuren Wahlversprechen in Wegfall zu bringen. Seien Sie mutig, und sagen Sie uns, welche teuren Wahlversprechen Sie ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Güller, besonders drollig wird es, wenn die SPD kritisiert, dass es sich nicht um einen Haushalt ohne Schulden handeln würde. Wissen Sie, woran ich da denken muss? – Ich muss zurückdenken an die Zeit, als die Regierung unter Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber erstmals in Deutschland angekündigt hat, einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufzulegen. Da war das Gelächter auf dieser Seite des Plenarsaals unglaublich groß. Am lautesten hat die SPD gelacht. Seinerzeit hat die SPD gesagt, dass alle Welt Schulden mache und die CSU das nicht kapiere und keine Schulden mehr machen wolle. – Das waren Ihre Worte seinerzeit. Lesen Sie das bitte im Protokoll nach. Tatsache ist, dass die CSU der Erfinder eines Haushalts ohne Neuverschuldung ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind der Schrittmacher für die Haushalte in Deutschland ohne Neuverschuldung.

(Horst Arnold (SPD): Landesbankdesaster!)

Herr Dr. Kaltenhauser, nun komme ich zu Ihren Ausführungen. Auch Sie haben die Wahlgeschenke kritisiert. Sie haben hierzu konstruktive Änderungsanträge der FDP angekündigt. Auch Sie haben die Möglichkeit, die von Ihnen kritisierten Wahlversprechen mit so vielen Änderungsanträgen, wie Sie wollen, in Wegfall zu bringen. Sie können Änderungsanträge stellen. Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen voraus, was passieren wird: Es wird das passieren, was bisher jedes Jahr passiert ist: Die Opposition wird Änderungsanträge mit noch höheren Ausgaben stellen, aber keine Änderungsanträge, bei denen Ausgaben gestrichen werden. Wenn Herr Dr. Kaltenhauser sagt, die im Ministerium wüssten schon, wo etwas eingespart werden könne: Da haben Sie wahrscheinlich recht.

(Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Die fragt man ja nicht!)

Es ist aber Ihre Aufgabe, wenn Sie einsparen wollen, hier als Opposition Anträge zu stellen, und nicht die Aufgabe der Ministerien. Bitte kommen Sie dieser Aufgabe nach!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der FDP)

In diesem Sinne danke ich unserem Finanzminister herzlich für einen hervorragenden, für einen großartigen Haushaltsentwurf, der Wahrheit und Klarheit sowie auf der einen Seite Investitionen in einem Maß wie noch nie zuvor und auf der anderen Seite Leistungen für die Menschen vorsieht. – Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun der Herr Staatsminister der Finanzen und für Heimat das Wort. – Bitte schön.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe jetzt drei Stunden zugehört, mir jedes Argument angehört und mir überlegt: Ist es wirklich so, wie es manche beschrieben haben? Stehen wir kurz davor, dass dieses Land dem Ende entgegengeht, dass wir

Angst haben müssen um die nächste Generation, Herr Kaltenhauser? – Ich bin nach wie vor der Meinung: Das müssen wir nicht. Und wissen Sie, warum nicht?

(Zuruf von der FDP)

Wenn Sie Ihren Kindern gegenüber nicht verantworten können, was wir hier tun, dann müssen Sie Ihren Kindern ehrlicherweise raten, irgendwohin auszuwandern. Das Problem ist nur: Sie werden nirgendwo ein Land finden, in dem auch nur annähernd diese finanzpolitische Solidität gewährleistet ist wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Bitte sagen Sie Ihren Kindern, dass sie das Glück haben, in einem Land leben zu dürfen, in dem die Bildungschancen so gut sind wie noch nie und im weltweiten Vergleich bestimmt nicht so, dass es irgendwo anders wesentlich besser wäre. Sagen Sie Ihren Kindern, dass die Situation, bei uns zu leben, in sozialer Hinsicht grandios ist

(Alexander König (CSU): So ist es!)

und dieses Land in der Geschichte nie so gut war wie jetzt.

Sagen Sie Ihren Kindern, wenn sie eine Zukunft für wiederum ihre Kinder haben möchten, sollen sie versuchen, die bayerischen Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen, die wir bieten: das Baukindergeld nehmen, ein Haus bauen, sich niederlassen, den tollen Arbeitsmarkt, den wir in Bayern haben, nutzen, hier einen Beruf lernen, im Land bleiben und – –

(Alexander König (CSU): CSU wählen! – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Oder FREIE WÄHLER!)

– Alexander König sagt: "CSU wählen!"; das ist auch noch eine Möglichkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will das aber gar nicht lächerlich machen; ich verstehe Ihre Bedenken. Es ist auch richtig als Opposition und auch sonst zu hinterfragen: "Was tut man?", und alle Bedenken bei einer Haushaltsdebatte auf den Tisch zu legen. Wir sollten uns aber auch nicht gegenseitig in etwas hineintreiben, bei dem wir dann zum Schluss die Meinung haben: Warum haben wir jetzt eigentlich eineinhalb oder drei Stunden lang diskutiert und gestritten? – Zum Schluss meinen wir das Gleiche.

Ich zitiere Herrn Kaltenhauser, der sagt, er finde, Schulden machen sei nicht per se schlecht. Herr Kaltenhauser, die Gegenfrage lautet: Warum ist nicht zu tilgen per se schlecht? – Wir können auch mehr tilgen und trotzdem Schulden machen. Also, Ihre Darlegungen hier waren in dieser Frage jetzt nicht besonders konsistent.

(Zuruf von der FDP)

Ich könnte natürlich aus der Rücklage auch noch einmal 2 Milliarden Euro nehmen und Schulden tilgen. Das stimmt alles, aber es geht doch um eine Ausgewogenheit, um Investitionen, Soziales, das Funktionieren des Staates, um Schuldentilgung und um die nächste Generation.

(Zuruf von der FDP)

In Bayern hat die nächste Generation zurzeit eine Schuldenlast von ungefähr 27 Milliarden Euro. Momentan bemühen wir uns, diese Schuldenlast zu reduzieren. 6,6 Milliarden Euro werden wir nach diesem Haushalt abgezahlt haben.

Sie haben dann zum Beispiel noch gesagt: Für die Kommunen müssten wir auch etwas tun. Die Kommunen haben große Schwierigkeiten. – Wissen Sie was? – Wir tilgen nicht nur die Schulden des Freistaates Bayern, sondern wir haben in den letzten Jahren über unsere Stabi-Hilfen sogar noch mal 685 Millionen Euro Schulden für die Kommunen getilgt

(Alexander König (CSU): So ist es!)

und noch mal 110 Millionen Euro Bedarfszuweisungen an die Kommunen ausgereicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Qualitätspolitik für die Kommunen!)

Wir tilgen auch noch die Schulden anderer!

Ich sage Ihnen noch etwas: Der Berliner Finanzsenator hat mir einmal gesagt, auch er tilge Schulden. Ich habe ihm erklärt, dass er überhaupt keine Schulden tilgt. Ich tilge auch noch die Schulden anderer Bundesländer, weil wir wieder 6,9 Milliarden Euro für den Länderfinanzausgleich brauchen, und ich bin froh, dass wir diesen 2020 nicht mehr brauchen.

Es stimmt: Die avisierten 1,3 Milliarden Euro – diesen Betrag nannte Seehofer damals als Ergebnis – bleiben nicht bei mir im Landeshaushalt. Aber eines stimmt:

(Alexander König (CSU): Sie bleiben in Bayern!)

Wir brauchen das Geld nicht mehr aus Bayern hinaus überweisen. Das Geld bleibt in Bayern, und lieber bleibt es bei den bayerischen Kommunen, als dass ich es weiter nach Berlin überweise.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen denke ich, dass wir hier durchaus abrüsten können, Herr Kaltenhauser. Ich sage das auch all denen, die der Meinung sind, wir würden unsere Rücklage ruinieren. Ich sage es noch einmal: Die Rücklage ist wie ein laufendes Konto, und diese Rücklage ist vor allen Dingen deswegen so gefüllt – das sage ich der lieben Dame, die am Anfang sprach; ich habe es genau aufgeschrieben – ich weiß jetzt nicht, wo Frau Köhler gerade sitzt – –

(Claudia Köhler (GRÜNE): Da!)

– Da sind Sie. Ich grüße Sie. Sie sind noch nicht so lange dabei, Sie haben die Gnade der späteren Ankunft hier. Aber glauben Sie mir eines: Wir hätten überhaupt keine Rücklage, wären wir stets den Vorschlägen von SPD und GRÜNEN gefolgt, noch mehr Geld auszugeben, als wir schon ausgeben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Wir haben nur deswegen eine Rücklage, weil wir mit Geld sorgsam umgegangen sind und überlegen, wann wir das Geld einsetzen.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Wenn wir das Geld schon vor drei oder vor zwei Jahren für aus unserer Sicht notwendige Dinge eingesetzt hätten, dann hätten wir jetzt keine Rücklagen. Wir haben Rücklagen gebildet und sind der Meinung: Im Moment sind sie klug eingesetzt, wenn wir neben all den Investitionen – und, Herr Güller, wir haben einen Rekordhaushalt auch im Bereich der Investitionen – im Sozialen ebenso etwas tun.

(Alexander König (CSU): Eigentlich alles ganz einfach, man muss es nur verstehen wollen!)

Ich möchte Ihnen noch etwas zur Ausbildung junger Menschen sagen: Noch nie wurden so viele junge Menschen beim Staat, unter anderem in der Finanzverwaltung, ausgebildet. Allein bei den Anwärtern haben wir jetzt 6.000 Personen mehr als noch im Jahr 2008. Noch nie wurden junge Beamte so, wie jetzt auch im Haushalt geplant, beim Einstieg entlohnt; wir haben nämlich vor – und das liegt auch im Haushalt an –, die Eingangsbesoldung ab 2020 für 14.000 Neueinsteiger beim Staat um eine Stufe zu erhöhen. Das ist ein attraktives Angebot. Darüber hinaus übernehmen wir auch die Tarifabschlüsse; das habe ich in meiner Rede gesagt. Hier gehen wir also mit jungen Menschen, die zum Staat gehen, äußerst anständig um, und wir haben Gott sei Dank nach wie vor einen Zulauf zu uns.

Frau Köhler, Sie haben wieder erklärt, weil es halt in Ihrer Rede stand, dass wir mehr für den Naturschutz und für den Ökolandbau tun müssten.

(Alexander König (CSU): Öko ist neu bei der SPD! Das ist eine neue Strategie!)

Ich habe Ihnen die Zahlen genannt: 292 Millionen Euro für KULAP, fast 180 Millionen Euro unter anderem für das Vertragsnaturschutzprogramm – VNP. Steigerungen um 30 % beim KULAP in den letzten sechs Jahren – wenn das kein Beleg ist? Nirgendwo gibt es so viel Geld für den Ökolandbau wie in Bayern. Glaubt es, und merkt es euch doch einmal!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dann muss ich noch eines ansprechen, weil es mich zutiefst betroffen gemacht hat – das sage ich ganz ehrlich –, wie teilweise darüber gesprochen wurde: Das sogenannte Pflegegeld wäre eine Gießkanne, ein Pipifax, es würde bei den Menschen nicht ankommen und überhaupt.

(Zuruf von der CSU: Das waren die GRÜNEN!)

Für jemanden, der in Bayern pflegebedürftig ist und zum Beispiel 1.000 Euro Rente im Monat erhält – da gibt es viele –, ist ein Landespflegegeld von 1.000 Euro im Jahr eine Rentenerhöhung von 8 %.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Jetzt möchte ich bloß einmal wissen, wann und durch wen auch immer es das letzte Mal für so jemanden eine Rentenerhöhung um 8 % gab.

Ich sage Ihnen jetzt noch etwas: Mehrere haben gesagt – ich glaube, auch Sie, Herr Güller –, dass damit noch lange keine Pflegeheimplätze geschaffen würden. Stimmt alles. Jetzt sage ich Ihnen einmal etwas. Sie reden immer nur über Pflegeheimplätze. Wir auch. Wir werden im Übrigen auch im Bereich der Pflegeheimplätze im Haushalt einiges tun: 50 Millionen Euro sind vorgesehen. 70 Millionen Euro an Verpflichtungser-

mächtigungen für jährlich 1.000 Pflegeplätze, 14,5 Millionen Euro für jährlich zusätzlich 500 Kurzzeitpflegeplätze. Das wird alles gemacht, das muss man lesen.

Eines ärgert mich aber zutiefst: 66 % der Pflegebedürftigen in Bayern werden nicht in Pflegeheimen gepflegt, sondern wo? – Daheim im eigenen Familienkreis, und in diesem Fall tun 1.000 Euro verdammt gut!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb kann man nicht ständig so tun,

(Zurufe von der SPD)

als hätte man hier das Ziel verfehlt. Ich bin froh und dankbar, dass wir diese Leistung ausreichen können.

Sie, Herr Güller, sagen zum Beispiel, wir hätten keine Investitionen drin. Herr Zellmeier hat es dankenswerterweise dargestellt: Rekordinvestitionsquote. – Bei der Ökologie sagen Sie: Ökologieschwerpunkt, Fehlanzeige. – Ich habe KULAP und alles damit Zusammenhängende wieder erklärt. Klima: Ich kann die Zahlen alle noch einmal vorlesen. Förderung des ÖPNV: eine Milliarde Euro. Allein für den Klimaschutz sind 111 Millionen Euro an Mitteln vorgesehen, und dazu kommen die ganzen Verpflichtungsermächtigungen über 130 Millionen Euro. Also, ich bitte schon einmal anzuerkennen, was hier geschieht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Ich glaube, da gibt es noch mehr solche Länder, nicht nur die, in denen die SPD regiert!)

Ich meine deswegen, wir können uns im Ton ruhig wieder ein bisschen zurücknehmen. Wir können jetzt in aller Sachlichkeit das, was vorliegt, besprechen. Ich habe ein reines Gewissen, diesen Haushalt vorzulegen. Ja, das stimmt, er steigt tatsächlich. Der Staatshaushalt steigt um 6,3 %.

Herr Dr. Kaltenhauser, aber dass gleichzeitig die Zuweisungen an die Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich hinaus steigen – das haben Sie verschwiegen. Alles, was wir in diesem Haushalt den Kommunen zukommen lassen, steigt um 7,4 % – und das, obwohl die kommunalen Steuereinnahmen in den letzten Jahren stets stärker stiegen als die des Staates.

Ich freue mich deswegen auf die Diskussionen im Haushaltsausschuss, die demnächst geführt werden. Ich möchte natürlich auch allen Rednern heute Danke sagen, die das Thema diskutiert haben. Ich danke dem Haushaltsausschuss. Ich danke dem Haushaltsausschussvorsitzenden. Ich danke der Geschäftsstelle und dem Büro des Haushaltsausschusses hier im Landtag für die Arbeit, die damit zusammenhängt. Ich danke dem Landtagsamt; jetzt kommen dann die ganzen Änderungsanträge, die gelesen werden müssen. Ich danke natürlich auch meinem Haus und meiner Beamten-schaft, die diesen Haushaltsentwurf in meinem Namen ausgearbeitet und hier aufgelegt hat.

Ich wünsche uns in den nächsten Monaten gute Beratungen. Die Schlussbefassung im Mai steht ja schon fest. Ich bin mir ganz sicher, wir werden dann in höchst friedvoller Weise alle miteinander erkannt haben, dass das ein wunderbarer Haushaltsentwurf ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU):
Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Sie können das Pult verlassen.

(Der Abgeordnete Raimund Swoboda (AfD) wartet am Mikrofon auf eine Worterteilung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die zusammenfassende Stellungnahme ist nicht Teil der Aussprache. Daher sind keine Zwischenbemerkungen mehr möglich.

(Raimund Swoboda (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ach so!)

Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe das allgemeine Einverständnis. Dann ist das so beschlossen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 18/345, 18/1955

zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/1432, 18/1955

**zum Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019)
(Drs. 18/345)**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter zu 1:	Hans Herold
Berichterstatter zu 2:	Tim Pargent
Mitberichterstatter zu 1:	Dr. Helmut Kaltenhauser
Mitberichterstatter zu 2:	Hans Herold

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport und der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration haben den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 18/1432 in seiner 23. Sitzung am 11. April 2019 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimm-
ergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
SPD: Ablehnung
FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/1432 hat der Ausschuss mit folgen-
dem Stimmerngebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den
Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 18/1432 in seiner 6. Sitzung am
7. Mai 2019 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimm-
ergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/1432 hat der Ausschuss mit folgen-
dem Stimmerngebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat
den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 18/1432 in seiner 12. Sit-
zung am 9. Mai 2019 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimm-
ergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
SPD: Ablehnung
FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass in § 2 Nr. 3 im neuen § 15
Abs. 2 Satz 1 der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsge-
setz (FAGDV) nach den Wörtern „bis spätestens zum Ablauf des“ das Datum
„19. Juli 2019“ eingefügt wird.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/1432 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 18/345, 18/1955

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019)

§ 1

Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes

Das Bayerische Finanzausgleichsgesetz (BayFAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 2013 (GVBl. S. 210, BayRS 605-1-F), das zuletzt durch Art. 38b Abs. 2 des Gesetzes vom 24. Juli 2018 (GVBl. S. 583) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Art. 6 Satz 2 werden die Wörter „ , für Landesentwicklung und Heimat und des Innern, für Bau und Verkehr“ durch die Wörter „und für Heimat und des Innern, für Sport und Integration“ ersetzt.
2. Art. 7 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 2 wird die Angabe „17,85 €“ durch die Angabe „18,42 €“ ersetzt.
 - b) Nr. 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In dem Satzteil vor Satz 2 wird die Angabe „17,85 €“ durch die Angabe „18,42 €“ ersetzt.
 - bb) In Satz 3 werden die Wörter „ , für Landesentwicklung und Heimat und des Innern, für Bau und Verkehr“ durch die Wörter „und für Heimat und des Innern, für Sport und Integration“ ersetzt.
 - c) In Nr. 4 wird die Angabe „35,70 €“ durch die Angabe „36,84 €“ ersetzt.
3. Art. 9 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „2,76 €“ durch die Angabe „3,04 €“ ersetzt.
 - b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird die Angabe „7,60 €“ durch die Angabe „8,36 €“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird die Angabe „2,25 €“ durch die Angabe „2,51 €“ ersetzt.
 - c) Abs. 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird die Angabe „0,13 €“ durch die Angabe „0,14 €“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird die Angabe „0,26 €“ durch die Angabe „0,28 €“ ersetzt.

4. In Art. 10b Abs. 1 Satz 2 wird der Punkt am Ende durch die Wörter „ , und in den Jahren 2019 bis 2028 für die Finanzierung der nach Überführung in ein Universitätsklinikum fortgeführten Generalsanierung des Klinikums Augsburg.“ ersetzt.
5. In Art. 11 Abs. 3 Satz 1 werden die Wörter „ , für Landesentwicklung und Heimat im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr“ durch die Wörter „und für Heimat im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration“ ersetzt.
6. Art. 13 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird die Angabe „52,5“ durch die Angabe „54,5“ ersetzt.
 - bb) In Satz 4 werden die Wörter „ , für Landesentwicklung und“ durch die Wörter „und für“ ersetzt.
 - cc) In Satz 5 wird die Angabe „Art. 13e bis 13g“ durch die Angabe „Art. 13e bis 13h“ ersetzt.
 - b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird die Angabe „Art. 13a bis 13g“ durch die Angabe „Art. 13a bis 13h“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird die Angabe „200 000 000 €“ durch die Angabe „145 000 000 €“ ersetzt.
7. In Art. 13c Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „112 500 000 €“ durch die Angabe „133 400 000 €“ ersetzt.
8. In Art. 13d wird die Angabe „74 300 000 €“ durch die Angabe „94 300 000 €“ ersetzt.
9. In Art. 13e Satz 2 wird die Angabe „2015 bis 2018“ durch die Angabe „2019 bis 2021“ ersetzt.
10. In Art. 13g wird die Angabe „30 000 000 €“ durch die Angabe „40 000 000 €“ ersetzt.
11. Nach Art. 13g wird folgender Art. 13h eingefügt:

„Art. 13h

Straßenausbaupauschalen

(1) ¹Die Gemeinden erhalten nach Maßgabe der Bewilligung im Staatshaushalt zu Straßenausbaubeitragsmaßnahmen im Sinn des Art. 5 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 1 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) pauschale Zuweisungen (Straßenausbaupauschalen). ²Gemeinden dürfen die Straßenausbaupauschalen auch für investive Maßnahmen an Erschließungsanlagen verwenden, bei denen am 1. April 2021 seit dem Beginn der erstmaligen technischen Herstellung mindestens 25 Jahre vergangen sind.

(2) Die für die Straßenausbaupauschalen zur Verfügung stehende Finanzmasse wird nach dem Verhältnis der Siedlungsflächen verteilt.

(3) Abweichend von Abs. 1 Satz 1 erhalten im Jahr 2019 nur Gemeinden Straßenausbaupauschalen, die

1. spätestens bis zum 11. April 2018 eine Satzung nach Art. 5 Abs. 1 Satz 3 KAG oder Art. 5b Abs. 1 KAG jeweils in der bis zum 31. Dezember 2017 geltenden Fassung erlassen und diese bis dahin nicht wieder aufgehoben hatten und
2. für eine danach beitragsfähige Maßnahme Straßenausbaubeiträge oder Vorauszahlungen hierauf
 - a) entweder in den Jahren 2008 bis 2017 erhoben oder
 - b) im der Rechtsaufsichtsbehörde nach Art. 65 Abs. 2 der Gemeindeordnung spätestens am 11. April 2018 zuletzt vorgelegten Haushaltsplan einschließlich zugehöriger mittelfristiger Finanzplanung veranschlagt hatten.

(4) ¹Abweichend von Abs. 2 wird die für die Straßenausbaupauschalen zur Verfügung stehende Finanzmasse

1. im Jahr 2019 zu einem Anteil von 35 Prozent,
2. im Jahr 2020 zu einem Anteil von 25 Prozent und
3. im Jahr 2021 zu einem Anteil von 15 Prozent

nach dem Verhältnis der in den Jahren 2008 bis 2017 von den Gemeinden durchschnittlich erhobenen Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen einschließlich Vorauszahlungen hierauf, bereinigt um Rückzahlungen, und im Übrigen nach dem Verhältnis der Siedlungsflächen verteilt. ²In die Verteilung des Anteils nach Satz 1 Nr. 1 bis 3 und in die Berechnung der durchschnittlich erhobenen Einnahmen werden nur Gemeinden einbezogen, die die Voraussetzungen nach Abs. 3 Nr. 1 erfüllen.

(5) Soweit die nach Abs. 2 oder Abs. 4 berechneten Straßenausbaupauschalen einen Mindestbetrag von 10 000 € unterschreiten, werden sie auf diesen Mindestbetrag erhöht; die hierfür benötigten Mittel werden der für die Straßenausbaupauschalen zur Verfügung stehenden Finanzmasse vorweg entnommen.“

12. Art. 23 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „ , für Landesentwicklung und Heimat im Beisein des Staatsministers des Innern, für Bau und Verkehr“ durch die Wörter „und für Heimat im Beisein des Staatsministers des Innern, für Sport und Integration“ ersetzt.
- b) In Satz 3 werden die Wörter „ , für Landesentwicklung und“ durch die Wörter „und für“ ersetzt.

13. Art. 24 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aaa) In dem Satzteil vor Nr. 1 werden die Wörter „ , für Landesentwicklung und Heimat und des Innern, für Bau und Verkehr“ durch die Wörter „und für Heimat und des Innern, für Sport und Integration“ ersetzt.
 - bbb) Nach Nr. 7 wird folgende Nr. 7a eingefügt:

„7a. wie die pauschalen Zuweisungen nach Art. 13h berechnet werden und welche Berechnungsgrundlagen hierfür maßgebend sind,“.
 - ccc) In den Nrn. 10 und 11 wird jeweils die Angabe „13b Abs. 1 und 2 Satz 1 und Art. 15“ durch die Angabe „13b, 13h und 15“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden die Wörter „Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Wörter „Unterricht und Kultus“ und die Wörter „Arbeit und Soziales, Familie und Integration“ durch die Wörter „Familie, Arbeit und Soziales“ ersetzt.
- b) In Abs. 2 werden die Wörter „ , für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr“ durch die Wörter „und für Heimat wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration“ ersetzt.
- c) In Abs. 3 werden die Wörter „ , für Landesentwicklung und“ durch die Wörter „und für“ ersetzt.

§ 2

Änderung der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz

Die Bayerische Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (FAGDV) vom 19. Juli 2002 (GVBl. S. 418, BayRS 605-10-F), die zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 22. März 2018 (GVBl. S. 156) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 11 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„²In die Berechnung der Krankenhausumlage einbezogen wird die Hälfte der Haushaltsmittel, die für Vorhaben zur Verbesserung von Versorgungsstrukturen, soweit sie nicht durch Fördermittel aus dem Strukturfonds gedeckt werden, sowie für die Finanzierung der nach Überführung in ein Universitätsklinikum fortgeführten Generalsanierung des Klinikums Augsburg zur Verfügung gestellt werden.“
 - b) In Abs. 3 Satz 2 werden nach der Angabe „Abs. 1 Satz 1“ die Wörter „einschließlich der Beträge nach Abs. 1 Satz 2“ eingefügt.
2. Der bisherige § 15 wird § 14.
3. Nach § 14 wird folgender § 15 eingefügt:

„§ 15

Straßenausbaupauschalen

(1) ¹Für die Berechnung der Straßenausbaupauschalen nach Art. 13h Abs. 2 oder Abs. 4 BayFAG sind die Siedlungsflächen nach dem Stand vom 31. Dezember des vorvorhergehenden Jahres maßgebend. ²Nachträgliche Berichtigungen werden in dem auf die Berichtigung folgenden Jahr durch Zu- oder Abrechnung von den in diesem Jahr maßgebenden Siedlungsflächen berücksichtigt.

(2) ¹Die Angaben über das Vorliegen der im Jahr 2019 maßgebenden Voraussetzungen für die Gewährung der Straßenausbaupauschalen nach Art. 13h Abs. 3 BayFAG sowie über die Höhe der in den Jahren 2008 bis 2017 zugeflossenen Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen einschließlich Vorauszahlungen hierauf und der in diesem Zeitraum geleisteten Rückzahlungen entsprechender Einnahmen sind von den Gemeinden bis spätestens zum Ablauf des 19. Juli 2019 vollständig an die jeweils örtlich zuständige Regierung zu übermitteln. ²Wird für die nach Satz 1 benötigten Angaben ein Formblatt zur Verfügung gestellt, ist dieses von den Gemeinden zu verwenden. ³Nach Ablauf der Frist eingehende Angaben der Gemeinden werden nur noch bei der Festsetzung der Straßenausbaupauschalen der jeweiligen Folgejahre in dem in diesen Jahren maßgebenden Umfang berücksichtigt. ⁴Die jeweils örtlich zuständige Regierung prüft die Angaben auf Plausibilität und fordert bei Bedarf sowie stichprobenweise weitergehende Unterlagen zum Nachweis an. ⁵Die Gemeinden haben die angeforderten weitergehenden Unterlagen innerhalb der im Einzelfall gesetzten Frist bei der jeweils örtlich zuständigen Regierung einzureichen. ⁶Satz 3 gilt entsprechend. ⁷Die Regierungen leiten der nach § 22 Abs. 1 Satz 1 zuständigen Festsetzungsbehörde für die Gemeinden ihres Zuständigkeitsbereichs eine zusammengefasste Bestätigung über das Vorliegen der im Jahr 2019 maßgebenden Voraussetzungen nach Art. 13h Abs. 3 BayFAG und über die für die Verteilung der pauschalen Zuweisungen maßgebende Höhe der Einnahmen nach Art. 13h Abs. 4 BayFAG bis zum Ablauf des 10. Oktober 2019 zu.

(3) ¹Werden die nach Art. 13h Abs. 4 BayFAG maßgebenden Einnahmen oder Rückzahlungen nachträglich berichtigt, wird fiktiv berechnet, welche Straßenausbaupauschale die betroffene Gemeinde für die jeweiligen Jahre bei Verwendung der zutreffenden Werte erhalten hätte. ²Der sich danach ergebende zusammengerechnete Korrekturbetrag wird bei der betroffenen Gemeinde durch Hinzurechnung zu oder Abzug von der Straßenausbaupauschale des auf die Berichtigung folgenden Jahres ausgeglichen. ³Hinzurechnungen werden der für die Straßenausbaupauschalen zur Verfügung stehenden Finanzmasse vorweg entnommen, Abzüge werden ihr hinzugefügt.

(4) ¹Die Straßenausbaupauschalen werden jeweils zum 1. Juli ausbezahlt. ²Abweichend von Satz 1 werden die Straßenausbaupauschalen im Jahr 2019 zum 15. Dezember ausbezahlt.“

4. § 16 Abs. 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Die Zuweisungen nach Art. 15 BayFAG werden jeweils zum 15. März, 15. Juni, 15. September und 15. Dezember in vierteljährlichen Teilbeträgen ausbezahlt.“

5. In § 18 Satz 2 Halbsatz 1 und § 20 Abs. 1 Satz 1 werden jeweils die Wörter „ , für Landesentwicklung und“ durch die Wörter „und für“ ersetzt.

6. In § 22 Abs. 1 Satz 1 wird nach der Angabe „Art. 9, 10a, 12“ die Angabe „ , 13h“ eingefügt.

§ 3

Inkrafttreten

¹Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2019 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 tritt § 2 Nr. 4 am 1. Januar 2020 in Kraft.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Hans Herold

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Martin Böhm

Abg. Claudia Köhler

Abg. Michaela Kaniber

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Ruth Müller

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Florian Ritter

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Johannes Becher

Abg. Harald Güller

Abg. Martin Hagen

Abg. Tim Pargent

Abg. Ralf Stadler

Abg. Johann Häusler

Abg. Dr. Ralph Müller

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Albert Füracker

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe jetzt zur gemeinsamen Behandlung die **Tagesordnungspunkte 19 bis 21** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung

Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019) (Drs. 18/345)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 18/1432)

und

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 13

Allgemeine Finanzverwaltung

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1387, 18/1388),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/1370 mit 18/1380),

Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 18/1389),

Änderungsantrag von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drs. 18/1431),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/1359 mit 18/1369, 18/1393, 18/1394)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die
Haushaltsjahre 2019 und 2020 (Haushaltsgesetz 2019/2020 - HG 2019/2020)**

(Drs. 18/346)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1476, 18/1477, 18/1479),

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1478, 18/1552),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/1473 mit 18/1475),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/1465 mit 18/1472)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von drei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 39 Minuten, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 25 Minuten, auf die Fraktion FREIE WÄHLER 21 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 20 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 16 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 39 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Die Redezeit der fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk beträgt 6 Minuten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zum Änderungsantrag betreffend "Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes, Erhöhung des Grundbetrags, des Anwärtergrundbetrags oder Dienstanfängergrundbetrags und des Kinderzuschlags bei der Ballungsraumzulage und Aufhebung des Anwärtergrenzbetrags" auf Drucksache 18/1468 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als erstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Herold von der CSU-Fraktion das Wort.

Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Kommunalpolitiker stelle ich fest, dass wir momentan ein ganz wichtiges Gesetz diskutieren, nämlich das sogenannte Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019.

Ich sage auch gleich zu Beginn meiner Rede noch: Wir haben starke bayerische Kommunen. Unseren bayerischen Städten und Gemeinden geht es im Großen und Ganzen gut. Das sage ich aufgrund meiner politischen Erfahrungen insbesondere im kommunalen Bereich als ehemaliger Bürgermeister und auch als stellvertretender Landrat. Ich sehe doch, welche Situation es derzeit bei manchen Kommunen in meinem Stimmkreis gibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, wir beraten einen guten und seriösen Doppelhaushalt 2019/2020, und wir beraten heute einen coolen – ich benutze ganz bewusst die Worte von Herrn Dr. Markus Söder – kommunalen Finanzausgleich der Superlative.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nennen Sie mir ein Bundesland in Deutschland, das nur annähernd einen solch zukunftsorientierten und soliden Staatshaushalt vorweisen kann, ein Bundesland, das seine Kommunen so gut unterstützt wie der Freistaat Bayern! – Da gebe ich gleich die Antwort: Es gibt keines.

Im Gegenteil, Berlin hat Schulden ohne Ende. Die rot-grüne-Regierung in Nordrhein-Westfalen hat seit über zwei Jahren Schulden in Höhe von 170 Millionen Euro angesammelt. Das ist acht Mal so viel, wie es im Freistaat Bayern der Fall ist. Und nun frage ich Sie, was die Gründe für die gute Finanzsituation unserer Kommunen und unseres Freistaates Bayern sind. In erster Linie sind es die fleißigen Bürgerinnen und Bürger, die heute auch anwesend sind, aber auch erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer, die eine zukunftsorientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik der baye-

rischen Staatsregierungen seit Jahrzehnten als Hintergrund hatten. Das möchte ich ausdrücklich betonen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb sage ich ein herzliches Dankeschön an unseren erfolgreichen Finanzminister Albert Füracker und ein besonderes Dankeschön allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des bayerischen Finanzministeriums sowie ein Dankeschön an die Mitarbeiter der jeweiligen zuständigen Häuser. Auf deren Arbeit können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Sie wissen alle, dass wir bestimmte Leitlinien in der Staatsregierung, aber auch in der CSU-Fraktion und in der Regierungskoalition haben. Ich meine die Unterstützung unserer bayerischen Städte und Gemeinden. 9,97 Milliarden Euro geben wir im Jahr 2019 dafür aus, das ist eine einmalige Leistung in Deutschland.

Wir haben eine weitere wichtige Leitlinie, nämlich einen ausgeglichenen Haushalt im Freistaat Bayern, aber nach Möglichkeit natürlich auch immer wieder ausgeglichene Haushalte in unseren Kommunen.

Wir können stolz sein, dass wir es als einziges Bundesland in Deutschland zum 14. und 15. Mal geschafft haben, einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen. Darauf können wir ebenfalls sehr stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Aufgrund der Finanzaufweisungen an unsere Städte und Gemeinden können auch unsere Kommunen eine Schuldenreduktion betreiben. Wir werden als Freistaat Bayern in den Jahren 2019/2020 eine weitere Schuldenrückführung in Höhe von 1 Milliarde Euro vornehmen, und – das muss man immer auch nennen – wir haben seit dem Jahre 2012 6,6 Milliarden Euro an Schulden zurückbezahlt. Das ist eine einmalige

Zahl. Und wie Sie sicherlich auch wissen, haben wir eine Zinsausgabenquote in Höhe von 0,9 %. Auch das ist einmalig in Deutschland.

Wir werden auch 150 Millionen Euro quasi als Stabilisierungshilfen und Bedarfszuweisungen an unsere Kommunen weiterleiten können. Ich sehe es am Beispiel meines Stimmkreises, wie wichtig diese Unterstützung gerade für unsere Kommunen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir könnten unseren Städten und Gemeinden noch viel mehr Geld geben, wenn der Freistaat Bayern nicht oftmals eine unsolide und aus meiner Sicht teilweise unseriöse Finanzpolitik insbesondere der rot-rot-grünen oder der grün-roten Bundesländer über diesen Länderfinanzausgleich wieder ausgleichen würde. Allein im Jahr 2019 waren 6,9 Milliarden Euro für den Länderfinanzausgleich zu zahlen. Das sind über 10 % des Haushalts des Freistaates Bayern. Mit diesen 6,9 Milliarden Euro müssen unsere fleißigen bayerischen Bürgerinnen und Bürger die oftmals nicht gute Wirtschafts- und Finanzpolitik von überwiegend rot-grünen bzw. rot-rot-grünen Landesregierungen ausgleichen. Es heißt immer: Berlin ist arm, aber sexy. – Berlin ist aber nur deshalb sexy, weil die Berliner Landesregierung jährlich über drei Milliarden Euro an Finanzmitteln aus dem Freistaat Bayern bekommt. Das darf man auch mal sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Margit Wild (SPD): Jetzt wieder zum Thema!)

Da stelle ich mir wirklich die Frage, was wir mit diesen 6,9 Milliarden Euro im Freistaat Bayern alles machen könnten.

Wir haben eine starke Investitionsquote von 13,7 %, eine ganz wichtige Leitlinie unserer Politik. Mit dieser Quote sind wir Spitzenreiter unter den westdeutschen Flächenländern. Ich sage auch mit Stolz: Wir haben auch eine sehr starke Investitionsquote unserer Städte und Gemeinden, nämlich von über 20 %. Dies ist durch unseren kommunalen Finanzausgleich machbar.

Im Jahr 2019 geht insgesamt jeder vierte Euro des Staatshaushalts an die Kommunen. Das Förderspektrum reicht von der Kinderbetreuung bis zur Städtebauförderung, von Breitbandausbau bis zu den Erstattungen und Pauschalen für den Wegfall der Straßenausbaubeiträge.

Das Thema Kinderbetreuung ist die letzten Tage intensiv diskutiert worden. Es gab Vorwürfe der Opposition an uns, warum wir dafür nicht mehr Geld geben. Meine Damen und Herren, man muss wissen: Das sind freiwillige Leistungen des Freistaates Bayern. Wenn nicht genügend Kinderbetreuungsplätze vorhanden sind, zum Beispiel in München, muss sich mal die SPD-Regierung der Stadt München an die eigene Nase fassen. Das möchte ich ausdrücklich betonen.

(Beifall bei der CSU)

Wir ermöglichen unseren Kommunen Investitionsspielräume in Rekordhöhe. Diese Quote ist sehr hoch, wie ich soeben angesprochen habe. Mit dem höchsten kommunalen Finanzausgleich aller Zeiten – ich betone: aller Zeiten! – sorgen wir für solide Gemeindefinanzen in ganz Bayern; unsere Gemeinden, Landkreise und auch Bezirke, die ich ausdrücklich erwähnen möchte, erhalten dieses Jahr 9,97 Milliarden Euro, so viel wie nie zuvor.

Der kommunale Finanzausgleich macht rund 60 % der Leistungen an die Kommunen aus. Ich will aber noch darauf hinweisen, dass wir noch weitere Mittel in den jeweiligen Einzelplänen vorgesehen haben. Das sind weitere 7 Milliarden Euro, wie Sie wissen. Ich möchte nur den Ausbau der digitalen Infrastruktur erwähnen, wofür den Kommunen seit 2014 rund eine Milliarde Euro Förderung durch den Freistaat Bayern zugesagt wurde.

Mit dem kommunalen Finanzausgleich leistet der Freistaat Bayern einen maßgeblichen Beitrag zur guten Finanzausstattung der bayerischen Kommunen. Ganz, ganz wichtig – das sage ich auch als Vertreter des ländlichen Raumes –: Damit schaffen wir

eine Grundlage für gleichwertige Lebensbedingungen und auch Zukunftschancen in ganz Bayern. Ich denke, das ist eine ganz wichtige Aussage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der kommunale Finanzausgleich des Jahres 2019 übertrifft die in den Vorjahren erzielten Rekordwerte nochmals. Da möchte ich mich auch noch mal ganz herzlich bei unserem ehemaligen Finanzminister und jetzigen Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder bedanken, aber auch bei unserem Innenminister Joachim Herrmann und unserem Finanzminister Albert Füracker. Mit diesen Leistungen haben Sie ganz wichtige Zeichen gesetzt für die Kommunen im Freistaat Bayern. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der kommunale Finanzausgleich in Höhe von 9,7 Milliarden Euro bedeutet eine Steigerung gegenüber 2018 um insgesamt 4,6 %. Dieser kommunale Finanzausgleich stärkt natürlich – wie Sie alle wissen, ich denke, dass die meisten oder fast alle von uns auch in der Kommunalpolitik tätig sind – auch die Verwaltungshaushalte, vor allem durch die Anhebung der Finanzausweisungen, und er verbessert die Investitionsfähigkeit der Kommunen durch eine massive Anhebung der Fördermittel für den kommunalen Hochbau.

Es gab eine Einigung am 10. Januar 2019 zwischen der Staatsregierung und den kommunalen Spitzenverbänden. Ich schaue hinüber zur Opposition. Wenn Sie heute diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen, üben Sie nach meiner Ansicht heftige Kritik an unseren kommunalen Spitzenverbänden.

(Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Wir machen es noch besser!)

– Okay, gut! Alles klar!

Die größte Einzelleistung im kommunalen Finanzausgleich sind natürlich die Schlüsselzuweisungen. Die Schlüsselzuweisungen wachsen 2019 um 240 Millionen Euro auf rund 3,9 Milliarden Euro an. Das ist eine Steigerung von 6,6 %. Von diesen Schlüssel-

zuweisungen – das wissen vor allem die Kommunalpolitiker – profitieren vor allem die etwas schwächeren Gemeinden und Landkreise. Das heißt, sie können frei und eigenverantwortlich verwendet werden. Eine deutliche Anhebung stärkt natürlich vor allem auch die kommunale Selbstverwaltung in Bayern. Ich bin sehr viel in meinem Stimmkreis unterwegs. Ich denke, mit diesen – in Anführungszeichen – "freien Mitteln" kann man natürlich alles Mögliche unterstützen, zum Beispiel auch Vereine. Bei bestimmten Anlässen haben die Bürgermeister oder auch Landräte im Unterschied zu uns meistens ein entsprechendes Kuvert dabei.

Die Mittel für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen können auf dem hohen Niveau von 150 Millionen Euro gehalten werden. Damit können konsolidierungsfällige Gemeinden und auch Landkreise mit Strukturschwäche oder einer besonders starken negativen Bevölkerungsentwicklung gezielt unterstützt werden. Das sage ich auch als jemand, der in seinem Stimmkreis entsprechend betroffen ist.

Ein Schwerpunkt im FAG sind natürlich die kommunalen Investitionen, zum Beispiel die Mittel für die Krankenhausfinanzierung. Das wurde heute von unserer Ministerin Melanie Huml schon angesprochen. Die Mittel für die Krankenhausfinanzierung werden auf dem erreichten hohen Niveau von 643 Millionen Euro fortgeführt. Sie hat heute darauf hingewiesen, dass 1,8 Milliarden Euro quasi für den ländlichen Raum in den nächsten Jahren vorgesehen sind.

Im letzten Jahr sprach mein geschätzter Kollege Martin Bachhuber von der Fortführung des hohen Niveaus beim kommunalen Hochbau mit 500 Millionen Euro. Dieses Jahr werden die Mittel um weitere 50 Millionen auf 550 Millionen Euro erhöht. Das ist eine Erhöhung von 10 %. Das hilft auch den Kommunen bei ihren Investitionen in Schulen und Kindertageseinrichtungen. Für die Investitionspauschalen sind insgesamt 446 Millionen Euro vorgesehen. Diese Mittel können die Gemeinden und Landkreise eigenverantwortlich verwenden.

Ein Schwerpunkt ist natürlich immer wieder der Verkehr. Ich bin der Meinung, dass wir auch weiterhin insbesondere im ländlichen Raum ordentliche Staatsstraßen brauchen. Zum anderen werden die Mittel für die Betriebskostenförderung des ÖPNV um 27 % auf 94 Millionen Euro erhöht.

(Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Genau in diese Richtung gehen die Anträge der SPD!)

– Wunderbar, Herr Kollege Güller.

Natürlich werden wir auch in Bezug auf die Straßenausbaubeiträge entsprechend reagieren: im Jahr 2019 100 Millionen und ab dem Jahr 2020 250 Millionen Euro.

Ein wichtiger Punkt für unsere Bezirke – Artikel 15 FAG –: Sie bekommen eine Summe von 691 Millionen Euro.

Abschließend noch ein Hinweis: Auch 2019 hat der Freistaat Bayern für seine Haushaltspolitik wieder die Bestnote der Rating-Agenturen für eine beständige, nachhaltige und solide Finanzpolitik bekommen. Ich betone das. Die Fachleute dieser Agenturen verstehen von Haushaltspolitik – davon gehe ich einfach einmal aus – wahrscheinlich mehr, als mancher andere, der sich im Laufe dieser Woche zu Wort gemeldet hat.

(Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Das ist aber nicht nett, dass Sie so zu uns reden!)

Lieber Harald Güller, ich schaue immer auf die linke Seite. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, der kommunale Finanzausgleich 2019 beweist die faire Partnerschaft zwischen Freistaat und Kommunen. Er gibt den bayerischen Kommunen eine sehr gute finanzielle Grundlage, um ihren Zukunftsaufgaben gerecht zu werden. Ich gehe davon aus, dass Sie heute diesem Änderungsgesetz zustimmen werden. Eines möchte ich nämlich betonen: Bei Spatenstichen, Richtfesten oder Eröffnungen bei mir daheim, bei denen die Presse anwesend ist, muss ich aufpassen, dass mir von meinen Kolleginnen und Kollegen von der Opposition nicht auf die Füße getreten wird,

weil sie unbedingt auch auf dem Pressebild sein wollen, obwohl sie den Haushalt meistens ablehnen.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): Das ist doch gar nicht wahr!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein starkes Land. Bayern ist ein Land mit starken Kommunen. Bayern ist außerdem ein cooles Land. Deshalb bitte ich Sie mit größter Überzeugung um Zustimmung zum FAG 2019. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Herold, kommen Sie bitte zurück zum Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Böhm. Bitte schön.

Martin Böhm (AfD): Lieber Herr Kollege Herold, eine kleine Zwischenbemerkung dazu: Wir beschließen mit diesem Finanzausgleichsgesetz auch Mittel für die Landeshauptstadt München, eine Stadt, die mit diesen Mitteln öffentliche Räume finanziert, für eine Stadt, deren Bürgermeister Entscheidungen gegen gewählte Mitglieder dieses Hohen Hauses trifft. Der Bürgermeister dieser Stadt wagt es, Mitglieder dieses Hohen Hauses in seinen Räumen nicht auftreten zu lassen. Mir ist wichtig, dass das im Protokoll über die Sitzung des heutigen Tages vermerkt ist.

(Beifall bei der AfD)

Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Ist das eine Frage? Sollte das eine Frage sein, dann wenden Sie sich bitte an die Rechtsaufsichtsbehörde. Ich kann diese Frage von hier aus nicht beantworten und will das auch nicht tun.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Herold. – Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Claudia Köhler vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Zuerst gilt es heute, Danke zu sagen. Ich danke dem Büro des Haushaltsausschusses unter der Leitung von Frau Wichtermann-Robl sowie Herrn Treitner und Frau Bergbauer-Schlenzger. Ich danke Herrn Stuhlmüller und seinen Kolleginnen und Kollegen im Plenarreferat. Ich danke dem Haushaltsreferenten der GRÜNEN Christoph Hau sowie den Fraktionsreferenten und -referentinnen, die uns Abgeordnete mit so viel Know-how und Überstunden unterstützt und in einem zeitlich äußerst eng gesteckten Rahmen Änderungsanträge und Vorlagen für die Haushaltsberatungen erstellt haben.

Wir haben im Haushaltsausschuss insgesamt 641 Änderungsanträge beraten. Ich bedanke mich außerdem beim Ausschussvorsitzenden, dem werten Herrn Kollegen Zellmeier, und allen Kolleginnen und Kollegen, die an der Sache orientiert und respektvoll über diese Anträge diskutiert haben. Ich danke den Ministerinnen und Ministern, den Beauftragten der Ministerien sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Ministerien, die jederzeit für Fragen zur Verfügung standen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So, genug des Lobes. Jetzt reden wir über 125 Milliarden Euro im bayerischen Doppelhaushalt. Als kommunal Aktive bin ich fest davon ausgegangen, dass wir in den Haushaltsverhandlungen und in den Sitzungen die beste Lösung suchen und auf den Weg bringen, und zwar gemeinsam. Es hätte uns allen gut getan, unvoreingenommen an die Herausforderungen heranzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So aber habe ich gleich was gelernt: Grundsätzlich wird im Ausschuss alles abgelehnt, was nicht von der Koalition kommt. Wir tagen mehrere Wochen lang, und Sie lehnen mit teils hanebüchenen Begründungen alles ab, was Ihnen nicht eingefallen ist.

(Wolfgang Fackler (CSU): Weil Sie nichts gegenfinanzieren!)

Das gilt für alle Bereiche, den öffentlichen Nahverkehr, Gesundheit, Kinderbetreuung, Wohnen, Artenschutz und Energie. Ja, das ist Ihr gutes Recht. Aber der Sache, nämlich einen guten Haushalt für Bayern zu erstellen, hilft das nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So warte ich geduldig, bis unsere Anträge erneut als Koalitionsanträge eingebracht werden. Kurz vor den Beratungen erschien der neue Bericht des Obersten Rechnungshofs. Er offenbarte, was wir GRÜNE schon nach der Vorlage des Entwurfs zum Doppelhaushalt kritisierten. Sie scheinen keine Vorstellung davon zu haben, was es heißt, für die Zukunft vorzusorgen. Stattdessen verteilen Sie wild und planlos Steuergeld und wälzen die Verantwortung auf die kommenden Generationen ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Oberste Rechnungshof kritisiert zu Recht, dass bei Ihnen Millionen, ja Milliarden Euro Haushaltsreste einfach liegen bleiben. Am Geld lag es also nicht. Sie hätten mit den bereits für Investitionen freigegebenen Mitteln einen Großteil der sozialen Herausforderungen unserer Zeit angehen können, also Wohnen, Gesundheit und Mobilität in der Stadt und auf dem Land. Wohlgermerkt, das sind keine Einsparungen. Das sind schlicht und ergreifend nicht erledigte Hausaufgaben, meine Damen und Herren. Im Jahr 2017 waren das 6 Milliarden Euro.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie sagen über den Ihre Versäumnisse entlarvenden ORH-Bericht: The same procedure as every year. – Mit Verlaub, das ist eine Unverschämtheit. Schließlich geht es hier um Steuergelder und hoheitliche Aufgaben, die Sie nicht erfüllt haben. Und Sie tun das als Silvesterschmerz ab!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie alle sprechen gerne von unseren Familien und von Kindern, die so wichtig für die Zukunft seien. Dann investieren Sie doch in die Kinderbetreuung!

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Das tun wir! Was tut die Stadt München?)

Investieren Sie in die Sicherung, der Qualität und das Personal der Kinderbetreuung! Was machen Sie? – Sie missbrauchen mehr als die Hälfte der Bundesmittel aus dem Gute-KiTa-Gesetz für Ihre im Wahlkampf versprochene Beitragsfreiheit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Wolfgang Fackler (CSU): Kommunale Hoheit!)

Damit stopfen Sie ein Loch, das Sie selber aufgerissen haben.

(Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Nicht lernfähig!)

Diese Finanzmittel waren ausdrücklich für die Qualitätsverbesserung und die Personalentwicklung vorgesehen. Sie haben Ihre Maßnahmen im Ausschuss mit den Worten relativiert: Wir investieren doch schon jahrelang genug in die Qualität, da können wir einen Teil der Mittel des Bundes auch anderweitig verwenden. Nein, das können Sie eben nicht. Fragen Sie doch einmal bei Ihren Kommunen nach, die dauernd Geld zuschießen müssen, um Personal zu gewinnen, zu halten und zu schulen. Das ist eine Sisyphusaufgabe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch etwas: Haben Sie überhaupt schon daran gedacht, dass der veränderte Einschulungskorridor noch weitere Kindergartenplätze nötig machen wird? Wo schon jetzt Erzieherinnen und Erzieher fehlen, werden wir im September dringend weiteres Personal brauchen. Aber die Personalgewinnung, die ist Ihnen wurscht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Familiengeld. Freilich ist dieses Geld willkommen. Wer lehnt schon ein Geschenk ab? Aber das ist keine in die Zukunft gerichtete Maßnahme, weil sie keine Strukturen schafft, die wir dringend bräuchten. Auch hier wird nur Geld ausgegeben, 1,5 Milliarden Euro in zwei Jahren. Ja, dieser Haushalt ist ein Meisterwerk,

(Klatschen des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

ein Meisterwerk der Verschwendung.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Oh mein Gott!

– Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Da muss sie selber lachen!)

– Herr Herold, ich danke für Ihren Applaus.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Er hat bei "Meisterwerk" geklatscht!)

– Mit Verlaub, Ihre Sozialpolitik ist nicht sozial, sondern damit wird Geld unabhängig vom Bedarf verteilt, also auch an die Familien, die es gar nicht brauchen. Zu diesem Einwand von uns meinte die Ministerin im Ausschuss allen Ernstes: Wir zahlen jetzt einmal aus. Wer das Geld nicht braucht, darf es gerne spenden, zum Beispiel an "Sternstunden". – Was ist das für eine Politik? Geld wird großzügig verteilt, und die Leute sollen dann selber entscheiden, ob sie es brauchen oder nicht. Ist das eine Sozialpolitik, die die Schere zwischen Reich und Arm verkleinern wird? – Nein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch den Pflegenden drücken Sie bloß Geld in die Hand. Davon gibt es aber keinen einzigen zusätzlichen Pflegeplatz und schon gar keine neue Pflegekraft.

Sie geben 748 Millionen Euro in zwei Jahren für das Landespflegegeld aus;

(Zuruf von der CSU)

auch noch mit dem Vermerk: Bedarf unklar. – Vielleicht wird es am Ende auch noch mehr kosten? Klar, da bleibt dann nichts mehr übrig. Sie garantieren demnächst den Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz und geizen dann am falschen Ort. Ob Pflegestützpunkte, Pflegeeinrichtungen für junge Menschen, den Meisterbonus in der Pflege oder die Umsetzung der Demenzstrategie und, und, und – alle Anträge von uns wurden abgelehnt.

Stattdessen schlagen Sie Lean Management für Krankenhäuser vor. Lean Management! Hier geht es um Menschen! Da ist kein neues Sparkonzept gefragt, sondern praktische Hilfe.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Weil Sie die völlige Schulgeldfreiheit für Heilmittelberufe noch immer ablehnen,

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Das stimmt doch überhaupt nicht!)

haben sich heuer gleich einmal weniger Schülerinnen und Schüler

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) – Weitere Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

als bisher angemeldet – das Gegenteil von dem, was wir dringend brauchen.

Ich sage Ihnen etwas: Natürlich mag das Thema Pflege für uns alle unangenehm sein, aber hier sind wir als Politikerinnen und Politiker schon aus demografischen Gründen gefragt. Hier wären Sie gefragt, Strukturen zu schaffen und eine ambulante und stationäre Versorgung zu gewährleisten. Brauchen Sie denn schon wieder ein Volksbegehren – das Pflegevolksbegehren –, bei dem Sie andere die Vorarbeit machen lassen und dann einfach die Lösungsvorschläge übernehmen? Chapeau! Auf diese Art für Bürgerbeteiligung zu sorgen, könnte ein fester Bestandteil Ihres Politikstils werden.

Apropos: Als während der Haushaltsverhandlungen die Nachricht kam, dass das Volksbegehren Artenvielfalt übernommen wird, haben wir gleich gefragt: Stimmen Sie jetzt den passenden Haushaltsanträgen von uns zu – neue Stellen, mehr Stellen für die Unteren Naturschutzbehörden und Geld für unsere Bäuerinnen und Bauern für die spätere Mahd? Auch hier: Die Anträge waren alle da, sie lagen alle auf dem Tisch – abgelehnt, weil Sie wieder erst einmal schauen wollten, was passiert.

(Zurufe der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER) und Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Und jetzt? Sie scheinen wirklich zu glauben, unendlich viel Zeit zur Verfügung zu haben. Der Artenschwund wartet aber nicht. Wie viele Expertenberichte wollen Sie noch abwarten?

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Unsere vorgesehene höhere Bedarfszuweisung für Kommunen brauche es nicht, meinten Sie. Wie bitte? Es sind doch die Kommunen, die für Ihre Schnellschüsse jetzt die Zeche zahlen müssen.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Oh mein Gott!)

Schulbauten sanieren, kommunale Gebäude energetisch sanieren – das ist nachhaltig.

(Weitere Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Das würde CO₂ einsparen. Aber das kostet was.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir haben das mit Anträgen berücksichtigt. Sie haben das abgelehnt.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sind wir jetzt zu langsam oder zu schnell für Sie?)

Wir wollten die Schwimmbäder in die Hochbauförderung aufnehmen. Es gab Anträge für mehr Unterstützung der Kommunen bei der Renovierung von Schwimmbädern.

(Zuruf von der CSU)

Sie, Herr Finanzminister, meinten, man könne doch auch Schwimmbäder mehrerer Gemeinden zusammenlegen und außerdem sei es Sache der Eltern, ihren Kindern das Schwimmen beizubringen. – Aber, Herr Minister, da müssen auch die Eltern erst einmal ein Schwimmbad in der Nähe finden, oder sollen die in der Badewanne üben?

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Schwimmbäder sind übrigens nicht nur für Familien und Jugendliche eine wichtige Freizeiteinrichtung, sondern gerade auch für unsere Seniorinnen und Senioren. Gesundheit, Fitness und die soziale Komponente sollten uns das wert sein.

Haben wir wenigstens schon ein ausreichendes Angebot im öffentlichen Personennahverkehr? – Nein. Wir erleben es täglich. Ich bin heute auch wieder mit einer Dreiviertelstunde Verspätung gekommen, weil keine S-Bahn gefahren ist. Der ÖPNV ist eine Katastrophe. Das System ist an der Belastungsgrenze, weil Sie nicht rechtzeitig vorgesorgt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Auch hier hätten Sie mit sprudelnden Steuereinnahmen alles schon viel früher auf den Weg bringen müssen. Anträge zu weiteren Zügen, zu mehr Linien, mehr Bestellentgelten, Außenästen: Das lag alles auf dem Tisch – alles abgelehnt.

Reden Sie nicht nur von günstigen Tarifen. Reden Sie nicht nur von Taktverdichtung, von Verkehrsverbänden. Fangen Sie an, und zwar nicht nur in München! Aber es ist ja noch nicht einmal Ihr 365-Euro-Ticket-Versprechen explizit im Haushalt zu finden.

Haben Sie eine Idee, wie Sie das bezahlen wollen, oder war das wieder einmal ein PR-Gag?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Haushaltsanträge sind allesamt gegenfinanziert, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das haben wir auch offengelegt; darüber waren wir uns einig. Wir haben ein Programm vorgelegt, das auf Nachhaltigkeit achtet, das für die Zukunft trägt und das den ländlichen Raum sowohl bei der Digitalisierung als auch bei der Versorgung und beim öffentlichen Nahverkehr stärkt. Wir haben Vorschläge zur Inklusion gebracht. Wir wollten endlich das Gehörlosengeld einführen. Wir haben Anträge zum Artenschutz, zum Flächenmanagement, zu Nahwärmenetzen, zu regionalen Planungsverbänden und zu den unsinnigen Stellenwiederbesetzungssperren gestellt. Wir haben uns um eine Verbesserung der Chancengerechtigkeit in unserem Land bemüht. Die Liste unserer Anträge ist lang.

Natürlich werden wir jetzt gleich von Ihnen zu hören bekommen: Mit unseren Anträgen müssten wir auch Mittel aus der Rücklage entnehmen.

(Zuruf: Genau!)

Kein Mensch will oben draufsatteln. Das, meine Damen und Herren, liegt daran, dass Sie Ihre Wahlgeschenke bereits gesetzlich festgezurt haben und wir sie durch keinen Haushaltsantrag mehr kürzen oder stoppen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie werden auch nicht müde, Herr Minister, bei jeder Gelegenheit zu betonen: Bayern ist spitze, uns geht es so gut wie nie.

(Zurufe)

Trotzdem stehen die Menschen Schlange, um abgelaufenes Essen zu erhalten. Alles, was Ihnen zur Lösung dieser Armutsfrage einfällt, ist, einen Wettbewerb unter den Ehrenamtlichen der Tafeln auszuloben.

(Staatsministerin Michaela Kaniber: Das stimmt schlichtweg nicht!)

– Ich bitte Sie: Diese Auslobung ist weder ein Versehen noch ein Missverständnis und leider auch kein Fake.

(Zuruf)

Es zeigt Ihre Einstellung. Die Ehrenamtlichen sollen sich noch mehr anstrengen, damit Sie eine Aufgabe weniger haben. Meine Güte, Sie sollten sich anstrengen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie soll das jetzt weitergehen?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Claudia Köhler (GRÜNE): Am Schluss, bitte.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Gut.

Claudia Köhler (GRÜNE): Wie soll das jetzt weitergehen? In der Rücklage waren Ende 2017 noch 8,3 Milliarden Euro. Dann haben Sie kräftig für die Wahlkampfschulden zugegriffen. Mit viel Glück und sprudelnden Steuereinnahmen haben Sie nun aufgrund der guten Konjunktur einen guten Jahresabschluss 2018 zu vermelden – anscheinend völlig überraschend 4,2 Milliarden Euro aus 2018 gefunden. Das Ganze zeigt doch nur, dass Sie unterm Jahr den Überblick über Ihre liquiden Mittel nicht verloren haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Strafzahlung von Audi von 800 Millionen Euro ist da übrigens auch mit drin. – Trotz dieses guten Ergebnisses und trotz der guten wirtschaftlichen Lage sinkt Bayerns Rücklage von diesen 8,3 Milliarden Euro noch 2017 am Ende auf 6,5 Milliarden 2020. Das müssen Sie den Menschen einmal erklären!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Per Saldo nehmen Sie seit Jahren deutlich mehr raus, als Sie zuführen. Wie lange wollen Sie das noch machen?

(Zurufe der Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) und Hans Herold (CSU))

Ich frage Sie jetzt allen Ernstes:

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Wie hoch sind die Rücklagen in Berlin?)

Wie wollen Sie die Wahlgeschenke die nächsten Jahre finanzieren? Das läuft ja weiter; es gibt Gesetze dazu.

(Unruhe)

Die Rücklage ist vielleicht einmal aufgebraucht, wenn die Steuern laut Prognosen in zwei Jahren nicht mehr so sprudeln, die Sie im Übrigen am liebsten gleich noch senken wollen, wenn Risiken vor uns liegen, deren finanzielle Auswirkungen wir heute noch gar nicht ermessen können, der Klimawandel, Wohnen, der Verkehrskollaps, die medizinische Versorgung. Und was erwartet uns alles im Nachtragshaushalt?

Oder wollen Sie die Schuldentilgung aussetzen? Darüber waren Sie sich in einer Ausschusssitzung mit dem Koalitionspartner auch schon mal nicht ganz einig. Sie verschieben nämlich heuer schon die Tilgung und tilgen in diesem Jahr nur eine Viertelmilliarde Euro und dafür nächstes Jahr eine Dreiviertelmilliarde Euro.

(Zuruf: Genau!)

In den Pensionsfonds zahlen Sie 2019 auch nur 100 Millionen Euro statt 600 Millionen Euro ein. Auch das geht auf Kosten der nächsten Generationen. Riskant und fahrlässig ist das.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch nach den Haushaltsberatungen bleibe ich dabei: Dieser Doppelhaushalt ist nicht nachhaltig, er ist nicht vorausschauend, und er ist nicht generationengerecht. Fatal ist, dass die Steuern seit Jahren sprudeln. Sie hatten sogar die absolute Mehrheit. Sie hätten alles auf den Weg bringen können. Tun Sie endlich Ihre Pflicht! Es geht um die Menschen in Bayern, es geht um die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde. Überlegen Sie sich strukturelle Konzepte, und schaffen Sie tragfähige Lösungen!

Nehmen Sie mich bitte jetzt beim Wort. Schauen Sie sich jeden einzelnen Antrag von uns noch einmal haargenau an. Ich verspreche Ihnen, es gibt genügend Material für die nächsten Monate, um eigene Anträge zu formulieren. Kopieren Sie, verbessern Sie, das könnte zu wirklich guten und nachhaltigen, wirksamen und fundierten Entscheidungen führen, eben zu einer Politik mit Augenmaß.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Frau Köhler. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Abgeordnete Michaela Kaniber gemeldet.

Michaela Kaniber (CSU): Sehr geehrte Frau Kollegin, ich bin doch etwas darüber verwundert, dass Sie die Tafeln immer wieder so hochkochen lassen. Vielleicht ist es angemessen, einmal aufzuklären, welche Bedeutung die Tafeln für das Sozialministerium, aber auch für das Landwirtschaftsministerium haben. Meine Kollegin, Frau Schreyer, ist dafür zuständig, dass wir Menschen, die nicht mit Geld gesegnet sind, helfen und ihnen entgegenkommen. Meine Aufgabe ist es vor allem, Lebensmittelver-

schwendung zu vermeiden. Wir in Bayern setzen sehr viel daran. Es war nie meine Absicht, einen Konkurrenzgedanken aufzubringen. Das war eine Botschaft, die die Medien leider daraus gemacht haben. Es ging um die Tafeln alleine. Es ging immer um die caritativen Einrichtungen in summa. Schön wäre es, wenn man sich darüber Gedanken macht, ob Politik immer so einfach dargestellt werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Ich halte es nicht für in Ordnung, dass Sie positive Gedanken immer nur kritisieren. Die Frage ist: Wem dient diese Kritik, die Sie permanent anbringen?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit. Sie haben eine Minute.

Michaela Kaniber (CSU): Tatsächlich ist es für uns elementar wichtig, darauf zu achten, dass Lebensmittel nicht weggeworfen werden. Ihre Ideen, wie Sie sie formuliert haben, mit dem Verweis auf Frankreich mit einem eigenen Gesetz, zeigen, dass wir es anders machen sollten, nicht mit einem Gesetz, sondern mit Wettbewerb und nicht in der Art, wie Sie es uns in die Schuhe schieben wollen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Wir haben beschlossen, die Zwischenbemerkungen auf 60 Sekunden zu beschränken. Frau Köhler, bitte.

Claudia Köhler (GRÜNE): Frau Ministerin, Sie bestätigen, dass die Tafeln enorm wichtig sind und eine wichtige Aufgabe erfüllen. Genau das kritisiere ich. In einem so reichen Land, in dem dauernd gerühmt wird, dass wir an der Spitze und so toll sind, sollten wir alles daraufhin ausrichten, dass wir die Tafeln gar nicht mehr brauchen. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, unterstützen wir die Tafeln mit 5,4 Millionen. Einen Erhöhungsantrag der SPD haben Sie sogar abgelehnt. Da bin ich mir jetzt nicht mehr ganz sicher. Wenn Sie mit den freiwilligen Helfern der Tafeln reden, hören Sie, dass sich diese am liebsten zurückziehen würden. Sie sagen, wir sind doch nur da,

um der Armut Einhalt zu gebieten. Dahin sollten alle unsere Anstrengungen gehen und nicht in die Richtung, dass sich die Helfer der Tafeln bemühen sollen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN gemeldet. – Bitte schön.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Köhler, Sie haben in dem Haushaltsentwurf der Bayernkoalition zu meinem Erstaunen vermeintliche Deckungslücken im Bereich der Schulgeldfreiheit für die Heilmittelerbringerberufe, bei der Unterstützung der kommunalen Schwimmbäder aus Landesmitteln oder bei der Entlastung der bayerischen Kommunen festgestellt. Für mich ist es unverständlich, wie Ihr Redebeitrag zu dem passt, was im Haushalt steht. Hätten Sie die Güte, auf die erste Seite Ihres Redemanuskriptes zu schauen und zu überprüfen, ob Sie vielleicht die Rede vom letzten Jahr erwischt haben?

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Köhler, bitte schön.

Claudia Köhler (GRÜNE): Nein, Herr Kollege, ich war im letzten Jahr noch gar nicht da. Vielleicht haben auch Sie damals noch darüber geschimpft, dass die Schwimmbäder zu wenig unterstützt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe sehr wohl zur Kenntnis genommen, dass Sie mit einem einzigen vergleichsweise kleinen Antrag heuer die Schwimmbäder fördern wollen. Wir wollen sie dauerhaft fördern. Ich habe es Ihnen gesagt, wir wollen sie in die Hochbauvorlage mit hineinnehmen. Im Protokoll ist nachzulesen, dass der Minister argumentiert hat, warum das nicht notwendig ist und warum wir die Schwimmbäder mehrerer Kommunen zusammenlegen können, weil das nämlich alles nicht so tragisch ist. Dagegen richtet sich meine Kritik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Köhler, bleiben Sie bitte am Pult. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung. Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Ruth Müller von der SPD gemeldet.

Ruth Müller (SPD): Frau Köhler, Sie haben die Tafeln angesprochen. Die Ministerin hat gerade erklärt, dass das ein Missverständnis war und die Medien es falsch dargestellt haben. Vielleicht könnten Sie die Ministerin einmal fragen, ob es denn im Bereich des Möglichen liegt, dass die Homepage des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten geknackt worden ist und dass jemand von den Medien den Wettbewerb da draufgeschrieben hat, wo die Kriterien für diesen Wettbewerb genau definiert sind.

(Beifall bei der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie hätten weiterlesen müssen!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Köhler, bitte schön.

Claudia Köhler (GRÜNE): Frau Ministerin, ich habe es heute aktuell nicht verfolgt. Sollte es aber tatsächlich noch draufstehen, wäre es natürlich anständig, das noch zu ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einem Dank beginnen, an allererster Stelle an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier, an die Mitarbeiter im Haus und in den Fraktionen und auch an die Oppositionsfraktionen für eine schnelle, gründliche und kollegiale Arbeit in den letzten Wochen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mein Dank gilt auch dem Finanzminister und der Bayerischen Staatsregierung, denn aufgrund der Landtagswahl sind wir mit diesem Doppelhaushalt reichlich spät dran. Dennoch haben wir es geschafft, ihn zumindest Mitte Mai fertigzustellen. Das ist schon eine Rekordzeit. Das ist aber auch wichtig, damit das Geld, das wir in den Haushalt einstellen, auch ausgegeben werden kann.

Ich darf mich noch einmal an die Oppositionsfraktionen wenden. Vorhin gab es Kritik, dass die vielen Anträge, die Sie gestellt haben, bei den Haushaltsberatungen nur unzureichend berücksichtigt worden seien. Ich sage Ihnen: Ich kenne es aus zehn Jahren Oppositionsarbeit. Ich weiß, dass es manchmal unbefriedigend ist, wenn man feststellen muss, dass die Regierungsfractionen andere Schwerpunkte gesetzt haben. Ich sage Ihnen aber auch: Natürlich sind die Anträge, die Sie gestellt haben – Frau Kollegin Köhler, darin stimme ich Ihnen zu –, Anregungen für die weitere Arbeit in diesem Haus; nicht alle Anträge, weil es doch grundlegende Unterschiede im Politikverständnis gibt. Und das werden Sie auch sehen, wenn Sie die Rede von Frau Köhler mit dem vergleichen, was ich jetzt zu sagen habe. Viele Anregungen, über die wir in den nächsten Monaten zu diskutieren und die wir zu berücksichtigen haben, sind in Ihren Anträgen enthalten.

Wenn ich jetzt aber auf Ihre Rede, Frau Kollegin Köhler, näher eingehe, dann gestatten Sie mir schon die Bemerkung: So konstruktiv, wie es im Ausschuss war, so wenig habe ich Verständnis für die Konfusion, die hier zum Teil zutage getreten ist. Ich sehe hier oben Claudia Stamm. Wir hatten harte Auseinandersetzungen auch inhaltlicher Art, aber in seinem Gehalt war das schon eine andere Hausnummer; das muss ich ganz ehrlich sagen. Sie reden zum Beispiel davon, dass Schwimmbäder in die Hochbauvorlage gehören. Etwas verstehe ich überhaupt nicht, nämlich dass Sie ständig von Wahlgeschenken und Geschenken an die Bürger reden. Das ist ein Staatsverständnis, das wir beide überhaupt nicht miteinander teilen. Es ist mitnichten so, dass das, was die Menschen in diesem Land erarbeiten, an den Staat abgeliefert werden

muss und der Staat darüber entscheidet, wer was braucht, und dann Geld an den Bürger zurückgibt. Das ist nicht unser Staatsverständnis.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich weiß gar nicht, warum Sie dauernd sagen, unsere Politik sei nicht nachhaltig und nicht in die Zukunft gerichtet. Ich sage es jetzt und habe es auch als Oppositionspolitiker jedes Jahr gesagt: Wenn man der Bayerischen Staatsregierung eines nicht vorwerfen kann, dann ist es eine unsolide Haushaltspolitik. Der Freistaat Bayern hat in den letzten zehn Jahren – eine Ausnahme ist die Landesbank; das muss man der Ehrlichkeit halber sagen, weil der Landesbankskandal ein tiefes Loch gerissen hat – und in den letzten Jahrzehnten eine vorbildliche Haushalts- und Wirtschaftspolitik betrieben. Das muss man anerkennen, egal, auf welcher Seite des Hauses man sitzt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dieser Doppelhaushalt führt die solide und vorausschauende Haushalts- und Wirtschaftspolitik weiter. Herr Kollege Herold hat heute davon gesprochen, das sei der beste Haushalt in der Geschichte des Freistaats. Ich kann sagen: Ja, Kollege Herold, das ist richtig; das ist auch der erste Haushalt, an dem die FREIEN WÄHLER als Regierungsfraktion beteiligt sind. Deswegen, Herr Kollege Herold, ist der Haushalt noch ein bisschen besser als die Haushalte, die bisher vorgelegt wurden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Da musst du selber lachen!)

Es ist selbstverständlich nicht mit Glück zu erklären, Frau Kollegin Köhler, dass die Rücklage steigt. Natürlich kann es sein, dass in einem Jahr steuerliche Effekte zusammenkommen, aber Sie müssen die Haushaltspolitik in Bayern schon langfristig betrachten. Die Rücklage steigt kontinuierlich an. Gute Rücklagen zu bilden, das ist vorausschauende Haushaltspolitik, das ist nachhaltig, das heißt, für Krisen gerüstet zu

sein. Damit ist man vorbereitet, wenn man mehr Geld in die Hand nehmen muss, weil zum Beispiel die Konjunktur lahmt.

Das zeigt dieser Haushalt aber auch. Ich sage es noch einmal: Wenn Sie von Wahlgeschenken sprechen, weil wir die Familien fördern, dann haben wir in der Tat ein völlig anderes Gesellschaftsverständnis. Sie sagen, Sie wollten nur die Familien fördern, die die Förderung brauchen. Sie wollen also entscheiden, wer Förderung braucht und wer nicht. Das ist ein merkwürdiges Staatsverständnis.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen die Mitte der Gesellschaft stärken und fördern. Natürlich sind wir für die Schwachen da. Das ist ganz klar, und das ist unsere Aufgabe. Aber wir müssen auch der Mitte der Gesellschaft etwas zurückgeben. In dieser Hinsicht ist die Familienförderung ein wesentliches Markenzeichen dieser Koalition, und das ist gut so.

Ich komme zu unseren Kommunen. Sie wissen, dass starke Kommunen ein Herzensanliegen der FREIEN WÄHLER sind, seit es die FREIEN WÄHLER gibt. Wir waren noch gar nicht im Landtag und haben überhaupt noch nicht über Landtagskandidaturen nachgedacht, als wir bayernweit gefordert haben, dass die Kommunen finanziell gestärkt werden müssen. Das hat auch einen tieferen Sinn; denn gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen wir nur durch starke Kommunen. Starke Kommunen sind auch die Voraussetzung dafür, dass das, was wir uns hier im Bayerischen Landtag in München ausdenken, was sich der Deutsche Bundestag ausdenkt oder was sich Europa ausdenkt, umgesetzt wird. Wir können die tollsten Programme erfinden und die tollsten Gesetze verabschieden. Wenn diese vor Ort nicht umgesetzt werden, ist alles Makulatur, auch wenn sie noch so gut gemeint sind.

Deswegen müssen wir unsere Kommunen ausreichend finanziell unterstützen. Ich habe immer gesagt: Der Staat ist der Treuhänder für die Kommunalfinanzen. Was im kommunalen Finanzausgleich verhandelt wird, ist ein gutes Ergebnis für unsere Kommunen.

Jetzt werden Sie mit Sicherheit sagen: Es steht wieder nur ein Anteil von 12,74 % am allgemeinen Steuerverbund im Haushalt. Liebe FREIE WÄHLER, was ist denn aus euch geworden? Ihr habt doch immer 15 % gefordert. – Die Antwort kann ich Ihnen geben: Für das Jahr 2019 mögen Sie recht haben, aber im Jahr 2020, wenn der Länderfinanzausgleich wegfällt, fällt gleichzeitig die Gewerbesteuerumlage für die Kommunen weg. Das bedeutet 800 Millionen Euro mehr für die Kommunen. Das sind 8 % mehr. Wenn Sie die 800 Millionen Euro anrechnen, dann liegen Sie interessanterweise ziemlich genau bei den 15 %, die wir immer gefordert haben.

Deswegen: Herzlichen Dank, Herr Finanzminister. Es ist gut, dass die Entscheidung so kommunalfreundlich getroffen wurde. Damit haben die Kommunen langfristig, mittelfristig und kurzfristig Planungssicherheit und auskömmliche Finanzen auch für die Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Für gleichwertige Lebensverhältnisse brauchen wir auch eine Verteilung dieser Gelder nach der Leistungsfähigkeit. Deswegen ist es gut, Herr Finanzminister, dass die Stabilisierungshilfen in Höhe von 150 Millionen Euro für diejenigen weiter gewährt werden, die momentan gewisse Probleme haben, seien sie struktureller, finanzieller oder demografischer Art. Es ist gut, dass wir diesen Topf hernehmen, um diejenigen gezielt zu fördern, die es brauchen. 150 Millionen Euro noch zusätzlich bereitzustellen, heißt, dass wir mittel- und langfristig allen Kommunen die Chance geben, gut in die Zukunft zu investieren und dauerhaft leistungsfähig zu sein.

Wir denken nicht nur an die Kommunen, wir denken auch an die Bürger. Die FREIEN WÄHLER haben im letzten Jahr aus der Opposition heraus etwas auf den Weg gebracht, was aus meiner Sicht ein ganz wichtiges Zeichen war: die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Nicht nur, dass wir damit Eigentümer entlastet haben, nein, das ist auch ein generelles politisches Signal, dass wir als Politiker Bürger entlasten und nicht, wie es der Bund tut, durch jährliche versteckte Steuererhöhungen – ich

habe es heute Vormittag schon gesagt; ich meine die kalte Progression – jedes Jahr die Bürger mehr belasten. Nein, wir setzen das Signal, dass Bürger auch entlastet werden. Deswegen haben wir die Straßenausbaubeiträge gemeinsam mit unserem Koalitionspartner abgeschafft. Die CSU war am Anfang noch nicht so begeistert davon, aber ich möchte ausdrücklich anerkennen, dass die CSU diesen Weg gemeinsam mit uns geht. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben auch einige Begleitprobleme in den Blick genommen, die sich durch die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ergeben haben. Wir haben einen Härtefallfonds in Höhe von 50 Millionen Euro aufgelegt, um die Fälle der Jahre 2013 bis 2017 in den Blick zu nehmen, die noch unbefriedigend sind und wo wir gezielt unterstützen und helfen können. Wenn Sie sich das Gesetz anschauen, dann sehen Sie, dass dieses Gesetz unbürokratisch ist. Das wird schnell erledigt. Innerhalb des nächsten halben Jahres kann man Anträge stellen, und dann wird entschieden und ausbezahlt. So muss Politik sein, so muss Politik funktionieren. Wir räumen solche Dinge schneller ab, als in Berlin Koalitionen gebildet werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben, lieber Kollege Adelt, auch das Problem der Strebs gelöst.

(Klaus Adelt (SPD): "Gelöst"!)

– Ja, wir haben das Problem der Strebs gelöst.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Abgeordneter Klaus Adelt (SPD) erhebt sich und begibt sich vorübergehend in die hinteren Reihen)

– Ich weiß, dass dabei Ihr Blut besonders in Wallung kommt. Aber dieses Problem war höchst unbefriedigend. Denn der Innenminister Joachim Herrmann hat Briefe an die Städte und Gemeinden geschrieben und darin mitgeteilt: Alte Straßen müsst ihr nicht

mehr bis 2021 fertigbauen, wenn ihr das nicht wollt. – Aber die Kommunen haben es zum Teil nicht geglaubt. Sie haben gesagt: Um Gottes Willen, wir haben Angst, dass wir uns strafbar machen, wenn wir das nicht noch bis 2021 erledigen. – Wir haben das klargestellt: Keine Kommune muss mehr eine alte Straße fertigbauen; keine Kommune muss mehr gegenüber dem Anlieger eine alte Straße abrechnen.

Dann war ich schon etwas überrascht, dass die kommunalen Spitzenverbände, der Gemeindetag und der Städtetag, sich hier auf den Schlipps getreten fühlen. Aber da muss man schon sagen: Wer hat denn das Problem verursacht?

(Klaus Adelt (SPD): Die FREIEN WÄHLER! – Heiterkeit bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Wer hat denn die Straßen 25 Jahre liegen gelassen? – Lieber Herr Adelt, beruhigen Sie sich. Die Bürgermeister haben diese Probleme, sie haben die alten Straßen. Nachdem es sich um einen Zeitraum von 25 Jahren handelt, Herr Kollege Adelt, ist es sehr wahrscheinlich, dass daran nicht nur SPD-Bürgermeister schuld waren; denn ich glaube, es gibt nicht so viele Kommunen in Bayern, in denen die SPD 25 Jahre am Stück regiert hat.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir lösen Probleme.

Frau Kollegin Köhler, Sie sagen: Wohnen, Gesundheit, Mobilität. Darauf sage ich Ihnen: Ja, das sind wichtige Schwerpunkte; aber wir greifen diese Schwerpunkte auch auf. Der Kollege Herold hat vorhin völlig zu Recht gesagt, dass wir den kommunalen Straßenbau unterstützen, dass wir den Staatsstraßenbau unterstützen, wenn auch nicht im Einzelplan 13. Da hat er recht. Als wir gestern über den Haushalt des Bauministers diskutiert haben, hat Ihr Kollege gesagt, die Förderung des Staatsstraßenbaus sei Satire. Darauf kann ich nur sagen: Wenn das Satire ist, dann ist die Förderung des

ÖPNV ebenfalls Satire. Denn wir können die Gesetze der Schwerkraft noch nicht außer Kraft setzen; die Busse fahren eben auch auf Straßen.

Und verdammt noch mal, ich wiederhole: Wenn man die Sache nur aus der Großstadt-perspektive betrachtet, dann sollte man doch auch akzeptieren, dass es ländliche Räume gibt, in denen man ein leistungsfähiges Straßennetz braucht, um das, was Sie völlig zu Recht ansprechen, nämlich die Mobilität, dauerhaft und gut herzustellen. Denn Mobilität, Frau Kollegin, heißt auch Stärkung des ländlichen Raums, heißt auch gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern. Dort, wo Sie gute Straßen, gute Schienen und auch sonstige gute Infrastruktur haben, dort haben Sie vielleicht auch die Chance, einmal ein Unternehmen anzusiedeln, nicht nur in München und im Speckgürtel der großen Städte, sondern auch im ländlichen Raum. Das ist unsere Politik, und diese verfolgen wir ganz konsequent.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie sagen, wir würden Steuergeld verschwenden. Na ja, gut, "verschwenden" ist ein Totschlagargument. Aber ich kann nur sagen: Wenn wir Steuergeld verschwenden, dann verlangen Sie doch von uns, dass wir radikal die Steuern senken; dann verlangen Sie von uns, dass wir Länderöffnungsklauseln für alle Steuerarten verlangen; denn dann könnten wir das, was wir angeblich verschwenden, dem Bürger zurückgeben. Nein, umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wir geben das Geld nicht planlos, sondern sehr zielgerichtet aus. Wir haben einen Plan. Wir haben allerdings ein anderes Verständnis des Zusammenlebens der Menschen. Unser Verständnis des Zusammenlebens der Menschen basiert darauf, dass wir die örtlichen Gemeinschaften stärken wollen, Heimat im besten Sinne erhalten und stärken wollen. Zum Zusammenleben der Menschen gehört natürlich auch das Thema Integration. Ich meine die Integration von Menschen in Orten, aus denen sie nicht herkommen, egal, ob sie aus dem Ausland oder aus dem Inland kommen. Wichtig sind die Stärkung des Ehrenamts, die Stärkung der Vereine, die Stärkung der Gruppen und die Förderung der Verhältnisse, die die Menschen in den Orten halten.

Niemand hat etwas davon, wenn Zehntausende Menschen weiter nach München ziehen. Ich hatte Ihnen gestern die Zahl genannt: Die Statistik sagt, bis 2040 liegt die Einwohnerzahl in München bei 1.850.000. Wollen wir dann die dritte Stammstrecke bauen und wieder Milliarden in München investieren, anstatt das Geld in den Regionen Bayerns auszugeben, wo mit weniger Geld mehr erreicht werden kann? Wollen wir tatsächlich durch eine immer größer werdende Landeshauptstadt das Mietproblem dort auf die Spitze treiben, die Preise immer mehr steigen lassen? – Wenn Sie mit irgendwelchen ideologischen Vorstellungen daherkommen, dass man die Mietpreise oben einfrieren kann, dann sage ich Ihnen: Wir haben doch nicht das Problem, dass die Mietpreise in ganz Bayern zu hoch wären; wir haben das Problem, dass es in Bayern Regionen gibt, aus denen die Menschen wegziehen, während in den Ballungszentren, insbesondere in München, viel zu wenige Wohnungen entstehen, um die Zuzüge der Menschen aufzufangen, die aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland in die Landeshauptstadt und in die Umgebung von München kommen.

Das ist doch unser Problem. Dieses können wir mittel- und langfristig nur durch eine Strategie lösen, indem wir gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen, sodass wir starke Regionen in ganz Bayern haben, sodass auch Nordostoberfranken Zuzugsgebiet wird, sodass die Menschen wieder stärker in die Rhön und in andere Teile Bayerns ziehen, aus denen Menschen momentan wegziehen und wo es demografische Negativtendenzen gibt. Das muss unsere Aufgabe sein. Das leistet dieser Haushalt.

Ich darf mich abschließend noch mal beim Herrn Finanzminister bedanken. Es ist der erste Haushalt, den er als Finanzminister aufstellt. Ich sage: Dieser Haushalt ist hervorragend gelungen. Meine persönliche Prognose lautet: Die zu Recht geplante Entnahme aus der Rücklage – Sie müssen vorsichtig haushalten – wird mit Sicherheit nicht so hoch ausfallen, wie sie geplant ist. Wahrscheinlich wird eine Entnahme aus den Rücklagen gar nicht notwendig sein. Diesem Haushalt muss man einfach zustimmen.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Ebner-Steiner von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Wir nähern uns dem Ende der Zweiten Lesung des vorliegenden Entwurfs zum Haushaltsgesetz. Wir haben in den vergangenen zwei Tagen intensiv die Einzelpläne verschiedener Staatsministerien diskutiert und befassen uns nun zum Abschluss mit dem Großen und Ganzen des Haushalts.

Kommen wir direkt zur Sache. Einer der größten Makel dieses Entwurfs ist die Plünderung der Rücklagen bei gleichzeitig fehlender Schuldentilgung, und das alles, um konsumtive Ausgaben zu finanzieren.

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Wie hoch ist die Plünderung? –
Tanja Schorer-Dremel (CSU): Haben Sie zugehört?)

Gestern hat der Ministerpräsident die neuesten Zahlen zu den Rücklagen erstmals öffentlich bekannt gemacht. Die Rücklagen sollen demnach bis Ende 2020 6,5 Milliarden Euro betragen. Und das soll uns nun als frohe Botschaft verkauft werden! Die Wahrheit ist, dass sich die Rücklagen Ende 2017 noch auf 8,3 Milliarden Euro beliefen und dass sich die Rücklagen ohne die geplante Entnahme sogar auf über 10 Milliarden Euro Ende 2020 belaufen könnten.

Aber abseits dieses Zahlenwerks ist doch am Schlimmsten, dass angesichts einer abflauenden Konjunktur diese Rücklagen nun für den Konsum verwendet werden. Damit nicht genug! Gleichzeitig verlangsamten Sie auch grundlos die Schuldentilgung. Es genügt nicht, einfach nur irgendeinen Schuldendienst zu leisten. Als ehemaliger Finanzminister müsste das der Herr Ministerpräsident doch eigentlich wissen. Als Finanzminister hat er den Schuldenabbau doch schon vor Jahren gesetzlich verankert. Doch in diesem Haushalt sollen zunächst nur 250 Millionen Euro und nächstes Jahr 750 Millio-

nen Euro getilgt werden. Das bleibt weit hinter der mittelfristigen Finanzplanung zurück. War es nicht ursprünglich vorgesehen, dass bis Ende 2021 jedes Jahr mindestens eine Milliarde Euro getilgt wird? Wenn wir die Rückzahlung der Schulden nur im Schnecken tempo leisten, dann wird Bayern doch erst in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts schuldenfrei.

Doch diese Kritik ist nicht neu. Auf Unwissenheit kann sich hier niemand berufen. Denn neben der AfD moniert ja auch der Oberste Rechnungshof die fehlende Nachhaltigkeit des Haushaltsentwurfs. Ja, selbst die FDP, die es sicherlich gut mit der Regierung meint, hat vor knapp zwei Monaten im Haushaltsausschuss einen Dringlichkeitsantrag zur Rücknahme und umfassenden Überarbeitung des vorliegenden Gesetzentwurfs eingereicht. Die AfD hat selbstverständlich zugestimmt.

Meine verehrten Damen und Herren, doch jetzt so in der Rückschau frage ich mich, ob das wirklich sinnvoll war. Denn ich glaube nach der Erklärung des Ministerpräsidenten gestern nicht mehr daran, dass diese Regierung einen brauchbaren und überarbeiteten Entwurf vorlegen könnte. Völlig selbstgefällig wird der Trend der letzten Jahre, die ständige Ausgabensteigerung, fortgeschrieben. Natürlich findet sich auch in diesem Doppelhaushalt ein ordentliches Ausgabenplus wieder. Im Jahre 2014 war die erklärte Absicht der Staatsregierung noch, dass keine Steigerung der Ausgaben jenseits der 3 % pro Jahr stattfinden darf. Mittlerweile sind wir bei weit über 4 %.

Wahrscheinlich werden Sie mit der Ausgabenerhöhung, also mit der Verschleuderung unseres sauer verdienten Steuergelds, erst dann aufhören, wenn Sie von der nächsten Rezession dazu gezwungen werden. Dann, leider erst dann, werden die Bürger sehen, dass in den guten Jahren seit der letzten Finanzkrise keine ausreichenden Rücklagen aufgebaut wurden, dass alles verkonsumiert wurde, dass die Schuldenlast drückt, und hoffentlich auch, dass die CSU nicht weiter mit der Zukunft Bayerns betraut werden darf.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

Im Übrigen sind wir als AfD der Meinung, dass Steuergeldverschwendung bestraft werden muss.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Auf Initiative der SPD wurde im Jahr 2013 durch Volksentscheid der Passus in die Verfassung aufgenommen: Der Staat gewährleistet den Kommunen im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit eine angemessene Finanzausstattung. – Wer anschafft, der soll auch zahlen. Das ist das Grundprinzip, das damit in der Verfassung steht. Tatsache ist aber auch, dass es neben den Gesetzen, die hier beschlossen worden sind und für die es einen Ausgleich gab, bei den Kommunen tatsächlich einen beständigen Aufgabenzuwachs gab, der nicht ausgeglichen worden ist. Die Finanzausstattung hinkt den Aufgaben hinterher.

Wir als SPD haben hier in diesem Haus deshalb schon immer die Forderung der kommunalen Spitzenverbände mitgetragen, den kommunalen Anteil am allgemeinen Steuerverbund schrittweise von 12,75 auf 15 % anzuheben, den kommunalen Anteil am Kfz-Steuerersatzverbund schrittweise auf 65 % zu erhöhen, wo er 2002 schon mal war, und den Kommunalanteil an der Grunderwerbsteuer zu erhöhen. Die war auch schon mal deutlich höher, und die Erhöhung des Aufkommens während der letzten Jahre eröffnet hier Spielraum.

Wenn der Kollege Herold jetzt hergeht und sagt, wer die Positionen der kommunalen Spitzenverbände vertritt, fällt den kommunalen Spitzenverbänden in den Rücken, dann ist das verhältnismäßig billig.

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Ich habe gesagt, wer sie ablehnt, und habe nicht gesagt: wer sie vertritt!)

Selbstverständlich sind die kommunalen Spitzenverbände mit der Einigung über das FAG einen Kompromiss eingegangen. Die kommunalen Spitzenverbände wissen das auch – sie haben ja schon mehrere Kompromisse gemacht – und sind in den letzten Jahren nie von den Forderungen, die ich hier vorgetragen habe, abgewichen.

(Beifall bei der SPD)

Wir unterstützen diese Forderungen deshalb in diesem Hause auch weiterhin.

Die Ausstattung der Kommunen muss in vielen Bereichen dringend verbessert werden. Hierzu haben wir bei den Beratungen im Haushaltsausschuss eine Reihe von Anträgen eingebracht, die ich nur ganz kurz noch mal vorstellen will.

Eine solide Investitionsförderung für bayerische Krankenhäuser. Sonstige Leistungen nach dem Krankenhausgesetz müssen tatsächlich noch mal deutlich erhöht werden. Wir haben gerade in der Fläche ein Problem in der Gesundheitsversorgung. Die Finanzierung der Krankenhäuser ist in den letzten Jahren massiv unter Druck geraten.

Wir haben uns in den letzten Haushalten, gerade im Bau- und im Wirtschaftshaushalt, intensiv mit dem Thema Mobilität auseinandergesetzt. Auch hier müssen dringend mehr Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für Zwecke des ÖPNV erfolgen, und zwar als grundsätzliche Finanzierung, die nicht projektgebunden ist.

(Beifall bei der SPD)

Ebenfalls ein wichtiger Punkt ist die Sanierung kommunaler Gebäude. Hier ist enormes Sparpotenzial sowohl auf der finanziellen Seite als natürlich auch beim CO₂-Ausstoß und beim Energieverbrauch vorhanden. Das können viele Kommunen nicht alleine tragen. Deshalb haben wir hier die Initiative ergriffen, der aber von der Staatsregierung nicht gefolgt worden ist.

Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer wichtiger Punkt, bei dem die Kommunen im Freistaat eine ganz zentrale Rolle spielen, ist die Schaffung von bezahlbarem Wohn-

raum. Sie könnten hier tatsächlich Gutes tun, auch ohne einen Pfennig auszugeben, indem Sie unserem Antrag, hier eine Klarstellung in der Landkreisordnung über die Aufgaben der Landkreise herbeizuführen, zustimmen würden. Die Landkreise könnten nämlich auch Aufgaben des sozialen Wohnungsbaus übernehmen. Hier gibt es noch viel zu viele Unklarheiten, die am Ende auch dazu führen, dass Landkreise schlicht und ergreifend untätig bleiben. Hier brauchen wir diese Klarstellung. Geben Sie sich einen Ruck, stimmen Sie dem zu! Das würde den Haushalt an keinem Punkt belasten.

Ein weiterer Punkt, den wir in diesem Zusammenhang eingebracht haben, ist eine Änderung der Haushaltsordnung. Ein Kollege von der CSU hat in der Beratung des Wirtschaftsausschusses schon mal signalisiert, dass er es persönlich für richtig hält, dass die Kommunen für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum vergünstigte Konditionen bei der Übernahme von staatlichen Grundstücken erhalten. Wir haben hier einen Antrag eingebracht, durch den die Haushaltsordnung dahin gehend geändert würde, dass im Falle eines Erwerbs eines staatseigenen Grundstücks durch die Kommune der Verkehrswert für bezahlbaren Wohnraum unterschritten werden darf; nicht muss, aber darf. Diese Option sollten wir tatsächlich geben, um hier zu besseren Ergebnissen bei der Wohnraumschaffung zu kommen.

Kolleginnen und Kollegen, ein anderer Bereich, der uns hier noch mal beschäftigt, ist die Situation der Angestellten und der Beamtinnen und Beamten beim Freistaat Bayern. Sie ist nicht einfach. Auch hier gab es eine ständige Zunahme von Aufgaben, wobei der Personalstamm dieser Zunahme an Aufgaben nicht hinterhergekommen ist. Exemplarisch für den Personalbedarf in der Staatsverwaltung möchte ich die Steuerverwaltung nennen. Zum 1. Januar 2019 standen den bayerischen Finanzämtern insgesamt 16.367 Stellen für planmäßige Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Verfügung. Das Personal beträgt zum Stichtag 1. Januar 2019 aber nur 14.972 Vollzeitkräfte. Das heißt, 1.395 Stellen waren nicht mit Arbeitskräften besetzt, obwohl hier ein immenser Personalbedarf vorhanden ist. Hier muss sich tatsächlich etwas ändern. Unter Staatsminister Prof. Falthäuser gab es 2006 mehr Stellen und

mehr Vollzeitkräfte in der Steuerverwaltung als heute. Gegenüber 2018 ist die Zahl der Arbeitskräfte gesunken, obwohl gleichzeitig die Fallzahlen gestiegen sind.

(Beifall bei der SPD – Harald Güller (SPD): Deutlich gestiegen sind! – Zuruf von der CSU: Das haben wir doch schon besprochen! – Harald Güller (SPD): Vielleicht verstehen Sie es beim dritten Mal!)

Man kann es nicht oft genug sagen.

Kolleginnen und Kollegen, geradezu widersinnig ist die Wiederbesetzungssperre in der eh schon unterbesetzten Steuerverwaltung, zumal jeder Steuerbeamte das X-Fache an Steuereinnahmen bringt im Vergleich zu dem, was er den Staat kostet. Wir sehen jedenfalls dringenden Handlungsbedarf, was das Personal in den Finanzämtern angeht.

Wir treten beim neuen Doppelhaushalt für eine generelle Streichung der dreimonatigen Wiederbesetzungssperre ein, da insbesondere in kleinen Dienststellen der Ausfall eben nicht kompensiert werden kann und fällige Einstellungen und Beförderungen verzögert werden; also für eine Abschaffung der pauschalen Stellensperre nach Artikel 6b des Haushaltsgesetzes. Unsere Linie anstelle der pauschalen Sperren lautet: Da, wo Aufgaben sind, müssen auch die Stellen bleiben. Wo neue Aufgaben dazukommen, müssen neue Stellen geschaffen werden. Nur da, wo tatsächlich Aufgaben wegfallen, können auch die Stellen wegfallen.

Weiter fordern wir die Schaffung verbesserter Beförderungsmöglichkeiten nach Artikel 6i des Haushaltsgesetzes in allen Ressorts. In Fortführung des neuen Dienstrechts und aufgrund der starken Leistungsanforderungen an die Beschäftigten ist die Schaffung weiterer Beförderungsmöglichkeiten geboten. Tatsächlich ist die Beförderungssituation in vielen Bereichen sehr angespannt und für die Bediensteten unbefriedigend.

Schließlich treten wir für eine weitere Verbesserung der Ballungsraumzulage ein. Die ursprünglichen Zahlungsbeträge wurden zwar um 50 % angehoben. Wir halten aber eine Verdoppelung der ursprünglichen Beträge für dringend erforderlich.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, hier geht die Landeshauptstadt München mit gutem Beispiel voran. Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München und die SPD-Fraktion im Münchner Stadtrat streben eine Verdoppelung der München-Zulage für die städtischen Beschäftigten an. Die München-Zulage beträgt rund 134 Euro monatlich und soll damit auf 268 Euro erhöht werden. Der Grundbetrag der Ballungsraumzulage beträgt im Vergleich dazu nur 123 Euro.

Kolleginnen und Kollegen, alles in allem stellen wir fest, dass es sowohl im Bereich der Situation der Beschäftigten noch einiges zu tun gibt, als auch im Finanzausgleich noch einiges zu schaffen wäre. Was die Bayerische Staatsregierung hier vorgelegt hat, ist unseres Erachtens völlig unzureichend. Daher werden wir dem nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP. Bitte schön.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mit einem Dank anfangen, und zwar nicht mit einem Dank an Ministerien und Beamte, sondern mit einem Dank an Frau Kollegin Köhler. Die hat mir bei dem Thema Nachhaltigkeit, Schulden etc. völlig aus dem Herzen gesprochen. Vielleicht kann ich deshalb meine Rede kürzer halten.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Um keinen falschen Eindruck zu erwecken: Bei den Dingen, für die Sie Geld ausgeben wollen, kommen wir nicht zusammen. Das wissen Sie auch.

Punkt eins, FAG. Da habe ich mich schon mal entsprechend positioniert. Ich halte die ganze Konstruktion für ausgesprochen gut in dem Sinne, dass sie sehr gerecht ist und versucht, jedem Fall konkret gerecht zu werden. Aber dadurch ist sie auch so komplex geworden, dass sie eigentlich keine Steuerungsfunktion mehr hat. Das ist meine Schwierigkeit dabei. Wenn ich mit Kämmerern rede, bekomme ich immer zu hören: Wir können das ungefähr schätzen, aber ganz genau wissen wir es nicht. Das betrifft die Schlüsselzuweisungen wie auch die normalen FAG-Mittel.

Ich glaube, wir müssen hier etwas tun. Ich habe auch schon angekündigt, dass wir uns das mal vornehmen. Grundsätzlich muss man natürlich auch sagen, dass die Gemeinden damit immer wieder mehr Geld bekommen. Dass sie das dann nicht infrage stellen, ist auch klar. Ich glaube aber trotzdem, dass sie auch die strukturellen Probleme dabei sehen und man durchaus noch den einen oder anderen überzeugen würde. Insofern werden wir dem FAG auf jeden Fall zustimmen.

Ich wollte noch ein paar einzelne Punkte aus dem Haushaltsgesetz herausgreifen: Der Strabs-Härtefallfonds wurde vorhin schon angesprochen. Abgesehen davon, dass ich den vorgesehenen Betrag für viel zu niedrig halte, finde ich auch die Konstruktion alles andere als flexibel und bürgernah.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, dass das insofern ziemlich ungerecht ist, weil die Gemeinden und Kommunen sehr unterschiedlich gehandelt haben. Die einen haben gesagt: Ich mache schnell noch was fertig. Die anderen haben gesagt: Ich mache es mal fertig, rechne aber noch nicht ab. Der Dritte hat gesagt: Ich schiebe erst mal alles nach hinten.

Am erstaunlichsten finde ich ja, wie dieser Beirat, der die Mittel aus dem Härtefallfonds künftig verteilen soll, zusammengesetzt ist: Innen- und Wirtschaftsministerium berufen

Mitglieder, Finanz- und Sozialministerium nicht. Ich habe das im Haushaltsausschuss mal vorgeschlagen. Herr Füracker hat das weit von sich gewiesen. Er wollte damit auch nichts zu tun haben. Das wird noch ein Spaß. Man kann es auch anders sagen: Ich glaube, dass die Diskussion, die daraus entstehen wird, zu ziemlicher Politikverdrossenheit führen wird. Ich bin jedenfalls auch heilfroh, dass ich selbst nicht dabei sein muss.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir reden in ein, zwei Jahren darüber, was daraus geworden ist.

Zur Schuldenpolitik. Zu den Rücklagen wurde heute Morgen schon genug gesagt. Darauf will ich nicht noch mal eingehen. Das Thema Nachhaltigkeit scheint mir wirklich ein Problem zu sein, wie Frau Köhler das auch angesprochen hat. Es schaut so aus, als ob wir wieder genug Geld hätten. Aber was ist ein nachhaltiger Haushalt? – Wenn ich in dem Jahr nicht mehr ausbebe, als ich einnehme. Jetzt ist die Kalkulation ja so, dass ich wahrscheinlich doch was rausnehmen muss. Wenn es tatsächlich anders kommt, frage ich mich immer, warum ich einen Plan mache, wenn ich von vornherein weiß, dass ich doch nicht so viel ausgeben will.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Das kommt mir immer wieder so bekannt vor, natürlich auch von den Kommunen. Ich versuche, einen Plan zu machen, der möglichst nahe an der Wirklichkeit sein wird, und sage nicht: Ich reserviere mir mal Gelder, die ich wahrscheinlich eh nicht brauche.

Zum Thema Schuldentilgung: Wir haben immer noch das Ziel, bis 2030 unsere Schulden zu tilgen. Wenn wir so weitermachen, reicht es hinten und vorne nicht. Das haben wir schon oft genug gesagt. Ich kann nur immer wieder den Tilgungsplan zitieren, den ich auch gefordert hatte. Die Aussagen, die ich bekommen habe, waren wirklich klasse: "fast etwas unseriös" von der CSU. Die FREIEN WÄHLER haben gesagt: Kein Mensch kann sagen, wer 2030 regiert. Wir können da nicht vorgreifen.

Wie kann man Geld aufnehmen, ohne zu wissen, wie man es hinterher zurückzahlt? – Als Banker kann ich das nach wie vor nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der FDP)

Vielleicht noch ein Satz zur SPD.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir zahlen doch alle Schulden zurück, die wir aufnehmen!)

– Wir brauchen nur hochzurechnen: Wenn wir das zurückzahlen, was wir jetzt im Moment zurückzahlen, dann reicht das nie bis 2030. Das wissen Sie selbst auch.

Ein Satz an die SPD: Ich bekomme von meinem Nachbarn im Haushaltsausschuss immer zu hören, dass das mit der Schuldentilgung nicht ganz so wichtig wäre und man eher in Investitionen, in Ausgaben gehen müsste. Das kann man so denken. Ich sehe es anders. Aber dann würde ich sagen: Haben Sie den Mut, bringen Sie einen Antrag ein, dass wir die Schuldenrückzahlung bis 2030 aufheben. Die Diskussion will ich sehen, die wir dann haben. Aber zu sagen, ich habe zwar ein Ziel, eine gesetzliche Vorgabe, aber ich nehme sie nicht so ernst, weil mir andere Sachen wichtiger sind, das geht nicht.

(Beifall bei der FDP)

Vielleicht noch ein Wort zum Thema "Wachstum des Haushalts". Vom Ministerpräsidenten wurden früher einmal zugesagt, dass der Haushalt nicht mehr als 3 % wachsen soll. Tatsächlich haben wir ein Wachstum von über 6 %. Ich kann nur immer wieder sagen: Das ist kein Schönheitsproblem. Das bedeutet, das Haushaltswachstum ist höher als das Wirtschaftswachstum. Faktisch heißt das nichts anderes, als dass der Staatsanteil steigt. Sie nehmen den Leuten mehr weg. So muss man das volkswirtschaftlich interpretieren. Das finde ich überhaupt nicht in Ordnung. Die 3 % waren noch akzeptabel. Sie stellen sich jedoch hin und sagen: Wir haben einen besonderen

Rekordhaushalt. Dafür klopfen Sie sich selber auf die Schulter. Das ist für mich nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der FDP)

Ich will jetzt jedoch keine Argumente wiederholen, die wir bereits in den Ausschüssen diskutiert haben. Ich habe ein halbes Jahr Haushaltsberatungen durchgemacht. Ich möchte jetzt ein paar ganz grundsätzliche Anmerkungen machen. Frau Köhler hat das bereits angedeutet. Die ganzen Verfahren zur Haushaltsberatung sind extrem ritualisiert, nicht formalisiert, sondern ritualisiert. Ich nenne Ihnen einfach einmal ein paar Beispiele. Der einmal von der Regierung vorgelegte Haushaltsentwurf wird praktisch nicht mehr verändert. Ich habe deshalb einen Kollegen aus der Regierungsfraktion angesprochen. Was habe ich als Antwort erhalten? – Er sagte: Wenn Ihnen wirklich etwas wichtig ist, müssen Sie uns fragen, bevor der Entwurf raus ist. Dann können wir vielleicht noch etwas machen. Ich frage Sie: Was soll dann das ganze Verfahren?

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Ich nenne ein weiteres schönes Beispiel. Kam ein Antrag aus der Opposition, wurde er im Rahmen der Ausschlussdiskussion von der Koalitionsseite abgelehnt. Sie sagen: Unser Vorschlag ist besser. Auf die Nachfrage, ob Sie dies begründen könnten, erklären Sie: Nein, unser Vorschlag ist einfach besser. Mit diesen Worten ist der Oppositionsantrag abgelehnt worden – wörtlich.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Welcher Antrag?)

– Das geht quer durch alle Parteien. Das verteilt sich schön gleichmäßig weiter. Ehemalige Anträge der FREIEN WÄHLER werden von der SPD mit Genuss recycelt und in der Regel von den FREIEN WÄHLERN abgelehnt.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Falscher Zeitpunkt!)

Anträge werden alle Jahre wieder gestellt, obwohl sie mit denselben Argumenten abgelehnt werden. Wir haben uns im Haushaltsausschuss immerhin darauf geeinigt, Anträge entweder wohlwollend abzulehnen oder ihnen widerwillig zuzustimmen. Das ist das Maximum, das wir hinbekommen haben. Anträge werden durchgezogen trotz fachlicher Fehler. Ich verweise auf das Beispiel von heute Morgen mit der Verzinsung des BayernLB-Darlehens. Die Konstruktion mit dem Fraktionstopf finde ich wirklich einmalig. Das muss man gelernt haben.

Meine Erfahrung in der kommunalen Arbeit war einfach eine andere. In einem Stadtrat hört man sich zu. Ich habe festgestellt, dass man dies in einem Kreistag schon weniger tut, aber man dennoch aufeinander eingeht. Ich habe hier gelernt, wie ich es machen soll, wenn ich etwas durchbringen will. Ich frage mich jedoch wirklich, ob wir uns damit einen Gefallen tun. Sollte das jemand draußen wirklich eins zu eins verfolgen, produzieren wir Politikverdrossenheit, über die wir uns immer wieder aufregen.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN, der AfD und der SPD)

Ich warte noch auf einen Satz.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

– Das war genau dieser Satz – sehr schön. Er lautet: Das ist halt so in der Opposition. Das zeigt, dass das Problem nicht verstanden worden ist.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN, der AfD und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Josef Zellmeier von der CSU das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Äußerungen von Herrn Kollegen Dr. Kaltenhauser veranlassen mich zu einer kurzen Bemerkung, bevor ich zu meiner Rede komme. Als die FDP im Landtag Koalitionspartner und damit Teil der Staatsregierung war, lieber Herr Kollege Dr. Kaltenhauser, hat Ihre

Fraktion das noch etwas anders gesehen. Es ist doch erstaunlich, wie sich der Blickwinkel ändert, wenn man auf der anderen Seite des Tisches sitzt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zuerst mit einem Dank beginnen, wie es die Vorredner bereits gemacht haben. Der Doppelhaushalt 2019/2020 war ein hartes Stück Arbeit. Ich glaube, wir haben ihn noch nie in so kurzer Zeit verabschiedet. Herr Kollege Halbleib, du warst oft genug dabei. Der Haushaltsausschuss hat drei intensive Arbeitswochen lang getagt. Wir haben eine Infowoche geopfert und durchgetagt von morgens bis in den Abend. Wir haben das Haushaltsgesetz, das FAG und 16 Einzelpläne beraten. So viele waren es früher nicht. Das ist natürlich auch dem neuen Ministerium geschuldet. Wir haben das in kürzester Zeit geschafft. Das wurde von allen Fraktionen mitgetragen. Ich möchte ausdrücklich allen Danke sagen, die mitgemacht und sich der kurzen Beratungszeit unterworfen haben. Ich danke Ihnen, dass Sie sich in Ihren Wortmeldungen kurz und prägnant gefasst haben, wie das im Haushaltsausschuss üblich ist. Wir haben in der Summe – das darf ich sagen – bei sechs Fraktionen nicht länger gebraucht als vorher mit vier Fraktionen. Das ist erfreulich und zeigt, dass wir uns auf das Wesentliche konzentriert haben.

Deshalb danke ich insbesondere meiner Stellvertreterin Claudia Köhler und allen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss. Ich danke natürlich auch den beiden Regierungsfractionen von CSU und FREIEN WÄHLERN. Stellvertretend danke ich Bernhard Pohl für die FREIEN WÄHLER und Hans Herold als meinem Vize im CSU-Arbeitskreis. Ein besonderer Dank gilt aber auch unserem bayerischen Finanzminister Albert Füracker und allen Kabinettsmitgliedern, die im Ausschuss präsent waren. Lieber Albert, auch dir danke ich herzlich für die hervorragende Vorarbeit für diesen gelungenen Haushalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das gilt auch für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussbüros, die Mitarbeiter meiner Fraktion, vor allem Herrn Dr. Raeder, für die Mitarbeiter der Ministerien, des Stenografischen Dienstes und die Offizianten sowie alle andern, die dazu beigetragen haben, dass das gelingen konnte.

Meine Damen und Herren, ich schließe aber auch den bayerischen Steuerzahler ein. Eigentlich ist es der bayerische Steuerzahler, der uns dieses finanzielle Fundament besorgt, auf dem eine solide Finanzpolitik aufsetzt; denn beides gehört zusammen, Einnahmen und Ausgaben müssen im Lot sein.

Ich möchte ein Zitat aufgreifen, das Herr Kollege Hartmann geliefert hat. Das war die Überschrift eines Artikels im "Münchner Merkur": Ein dicker Geldbeutel garantiert keine gute Politik. Ich möchte das einmal ins Gegenteil verkehren: Bei einem schmalen Geldbeutel war garantiert Rot-Grün am Werk. Das zeigen die Erfahrungen aus anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Das Geld muss man auch verdienen!)

– Ja, natürlich. Ich habe dem bayerischen Steuerzahler auch gedankt. Das Geld muss verdient werden. Die Rahmenbedingungen müssen jedoch richtig gesetzt werden. Außerdem muss die Ausgabenpolitik stimmen. Das bedeutet, in der Summe kommt vieles zusammen. Lieber Herr Kollege Müller, in der Vergangenheit stand Bayern nicht an erster Stelle. Ich zitiere gerne aus einem LfA-Bericht. Im Jahr 1957 hat die CSU die Regierung nach drei Jahren Intermezzo wieder übernommen. Von den 34 ärmsten Landkreisen Deutschlands lagen damals 32 in Bayern. Heute ist es umgekehrt. Heute liegen die reichsten Landkreise und Städte Deutschlands in Bayern.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Bayern ist Automobil- und Technologieland, und das macht ihr kaputt!)

Das ist deshalb der Fall, weil wir immer gute Politik gemacht haben und die Menschen fleißig waren.

Meine Damen und Herren, unser Ministerpräsident Markus Söder hat das so formuliert: Kein Dusel, sondern harte Arbeit ist der Grund dafür. Dazu gehört, dass wir keine neuen Schulden machen und alte Schulden abbauen. Das sind in diesem Doppelhaushalt 1 Milliarde Euro. Insgesamt haben wir seit dem Jahr 2012 6,6 Milliarden Euro an Schulden abgebaut. Das ist ein Fünftel der Altschulden. Das ist eine reife Leistung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum 14. und 15. Mal in Folge kommt der allgemeine Haushalt ohne neue Schulden aus. Das war harte Arbeit, das haben wir hart erkämpft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wurde im Jahr 2003 wie so viele in den Bayerischen Landtag gewählt. Damals war die Sanierung des Haushalts eine harte Zeit. Ich erinnere mich gut an jene Nachtsitzung im Jahr 2004. Ich glaube, dass es März war, als wir um circa 3:00 Uhr in der Früh die letzten namentlichen Abstimmungen unter wütenden Protesten der Opposition durchgeführt haben. Es war damals nur Rot-grün. Einige sind heute noch im Parlament, die damals protestiert haben und uns alles Mögliche geheißt haben, nur weil wir konsequent und hart gespart haben. Das hat uns nicht nur Lob eingebracht, aber es hat Früchte getragen. Die Erfolge, die wir heute haben, basieren auf dieser harten Arbeit und diesen harten Entscheidungen der Jahre 2004, 2005 fortfolgende. Hart erarbeitet, hart erkämpft. Das lassen wir uns von niemandem nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Daher kommt auch die Zinsausgabenquote von unter 1 %, die Kollege Hans Herold bereits genannt hat. Die westlichen Flächenländer haben eine Quote von über 3 %. Auch in Niedrigzinszeiten ist das wichtig. Wir sparen uns in diesen Niedrigzinszeiten alleine 84 Millionen Euro jährlich durch die Tilgungen, die wir durchführen. Wir sorgen auch für ein solides Polster, das heißt, die Rücklagen schrumpfen nicht. Sie steigen

sogar. Das ist richtig und wichtig. Damit ist Bayern weiter spitze bei den Staatsfinanzen in ganz Deutschland.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Aber nicht mehr lange! Das ist die warme Münchner Abendsonne! Die geht unter, eure Sonne!)

Wir halten auch die Vorgabe der Schuldenbremse locker ein, die im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung steht. Wir haben die Schuldenbremse mit vorangetrieben.

Das war unser Werk, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir waren immer dafür, klare Leitplanken zu setzen und Kosten nicht auf die nächste Generation zu verschieben. Wenn heutzutage einige Forschungsinstitute, die politische Linke sowie Organisationen und Verbände sagen, die Schuldenbremse sei falsch, dann frage ich: Wann kann sie denn am besten wirken, wenn nicht jetzt, wo wir die besten Zeiten und die höchsten Einnahmen gehabt haben? Wir müssen nachhaltig und generationengerecht arbeiten. Das tun wir auch. Kein Konsum auf Pump und keine Stellen auf Vorrat, wie es die Opposition gerne fordert.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, vorher wurde das Thema Ideenklau angesprochen. Es war die Kollegin Köhler. Wenn man die Anträge der Opposition sortiert, dann kommt man auf drei Kategorien. Ein Teil der Anträge ist unsinnig oder überflüssig. Ein weiterer Teil ist gut gemeint, aber nicht gut gemacht. Dann bleibt ein Teil über, der nicht schlecht ist – das gebe ich zu – und auch uns gefallen würde, den wir aber aus der Gesamtverantwortung für den Haushalt heraus jetzt nicht finanzieren können. Das haben wir auch in den Ausschussberatungen gesagt, wenn wir "eine wohlwollende Ablehnung" vorgenommen haben. Dann hat das geheißen, wir finden die Idee nicht schlecht, können sie aber jetzt nicht bezahlen. Wir müssen aus Gründen der Nachhaltigkeit aus der Gesamtsicht heraus sagen, es geht jetzt nicht, aber es geht vielleicht später. – Dann ist das kein Ideenklau. Dann sind das Dinge, die in unseren Reihen bei CSU und FREIEN WÄHLERN auch schon länger diskutiert wer-

den, die man sich aber verkneift, weil man in der Verantwortung steht. In der Opposition kann man immer leicht reden. Man muss es ja nicht umsetzen und kommt nicht in die Gefahr, weil man keine Mehrheit dafür hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das gilt auch für das Thema "Schaffung von Stellen". Wir tun das dort, wo die höchste Wirkung erzielt wird. Da gehört natürlich die Bildung dazu, da gehört die innere Sicherheit dazu, aber auch einige andere Dinge.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich kann es mir nicht anhören!)

Aber wir wollen den Haushalt nicht mit dauernden Lasten überfrachten. Deshalb ist in diesem Bereich durchaus Vorsicht geboten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeiten könnten jetzt schlechter werden. Die Prognosen sind nicht mehr so, wie sie waren.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Hört, hört!)

Die Steuerschätzung ist zwar für Bayern erfreulicherweise immer noch positiv, aber nur noch leicht positiv, während der Bund und andere Länder bereits negative Zahlen haben. Übrigens ist auch das ein Erfolg unserer Politik, dass wir immer noch gute Zahlen haben.

(Tobias Reiß (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sonderkonjunktur Bayern!)

Aber wir müssen zur Vorsicht raten und teure Vorhaben in Zukunft genau prüfen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Konjunkturverlauf, Handelskonflikte, Brexit etc. – all das müssen wir berücksichtigen. Das gilt auch für das Thema "Wie entwickelt sich die Automobilindustrie?". Wir sind ein exportorientierter Standort. Wir leben auch davon, dass wir gerade im Automobilbereich, bei den Zulieferern und was drumherum ist, so stark sind. Deshalb, liebe Kol-

leginnen und Kollegen vor allem auf der linken Seite dieses Hauses: Denken Sie daran, was Sie auch der bayerischen Wirtschaft antun, wenn Sie den Verbrennungsmotor oder den Diesel verteufeln. Denn das macht uns Probleme. Da sollten Sie mit mehr Vorsicht an die Dinge herangehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr richtig!)

Wir müssen mehr investieren und weniger transferieren, das heißt, investieren in Bildung, in die digitale Arbeitswelt und in Forschung und Entwicklung. Das tun wir. Wir haben mit 13,7 % die höchste Investitionsquote der westdeutschen Flächenländer, wie Kollege Herold schon ausgeführt hat, und verdienen damit die Goldmedaille in diesem Bereich.

Auch die bayerischen Kommunen sind deutsche Meister im Investieren. Das ist auch etwas Besonderes. Vorhin wurde das Thema FAG angesprochen. Kollege Herold hat es richtig gesagt; aber dann kam die Kritik aus der Opposition. Natürlich könnte es immer noch mehr sein; aber so gut wie in Bayern geht es den Kommunen in keinem anderen Bundesland, weil wir für eine gute Wirtschaftslage sorgen, was die Einnahmen aus der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer antreibt, und weil wir die Kommunen über das FAG hervorragend finanziell unterstützen. Das sei an dieser Stelle mal gesagt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir können es uns auch nicht leisten, liebe Kolleginnen und Kollegen, so wie manche in anderen Parteien fantasieren, Wohlstandsverzicht zu üben. Wir sind eine alternde Gesellschaft. Das ist bekannt. Genau in einer alternden Gesellschaft brauchen wir ein hohes finanzielles Niveau, um all das finanzieren zu können, was uns die Zukunft bringt. Damit müssen wir dafür sorgen, dass der Anteil der arbeitenden Bevölkerung hoch gehalten wird und die Produktivität gesteigert, nicht gesenkt wird. Wir investieren jetzt in Bildung und die Familie, in die Schulen und die Fachkräfteausbildung. Die

Fachkräfteausbildung ist neben der akademischen und der gymnasialen Bildung ganz wichtig, und natürlich, wie gesagt, die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bedeutet, dass wir bei all den Dingen, die genannt worden sind, aber auch im Sinne der gemeinsamen Koalition dafür sorgen, dass Probleme gelöst werden. Kollege Pohl hat das Thema Strabs und Strebs angesprochen. Ich will es nicht vertiefen. Das war in erster Linie euer Thema, wenn wir es auch – ich sage es jetzt aus meiner Sicht – sogar dankend aufgenommen haben, weil ich dazu immer schon eine eigene Meinung vertreten habe und das Problem schon lange kommen sah. Ihr habt es dann wahlkampftechnisch gut umgesetzt. Das muss man euch lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Tobias Reiß (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Aber nur wahlkampftechnisch! – Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Dieses Thema wird mit hohen Zahlungen vergütet. Die Kommunen bekommen mehr, als sie in dem Bereich nach eigenen Angaben überhaupt eingenommen haben. Das heißt, hier tun wir viel Gutes. Das gilt im Übrigen auch für die Bäder. Da muss ich den Kollegen Pohl jetzt ein bisschen bremsen. Er hat gesagt, das käme von den FREIEN WÄHLERN. Ich kann bestätigen, dass ich schon als Staatssekretär im Bauministerium an der Richtlinie für die Bäderförderung gearbeitet habe. Das kam schon auch aus den CSU-Reihen. Das Geld war vorgesehen.

(Harald Güller (SPD): Zu der Zeit, wo Sie unsere Anträge parallel dazu abgelehnt haben! Wohlwollende Ablehnung! – Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das war die dritte Kategorie von Anträgen!)

– Kollege Güller, ich habe das vorher schon erwähnt. Dafür haben wir die richtige Zeit abgewartet. Denn das, was die Opposition beantragt, ist in der Summe sehr viel, gerade bei der SPD, und die Gegenfinanzierungen sind so pauschal wie nur denkbar. Wenn wir das alles machen würden, dann würde uns das Geld hinten und vorne nicht

reichen. Deshalb haben wir es zur rechten Zeit gemacht, und die war eben jetzt. Da sind die Mittel in den Haushalt eingestellt, und zwar nicht nur für ein Jahr, liebe Kollegin Köhler, sondern auch insgesamt für die Zukunft.

Ich darf vielleicht noch ein paar Themen ansprechen, die die Vorredner genannt haben, zum Beispiel das Thema Kitas. Beim "Gute-KiTa-Gesetz" wurde von der Kollegin Köhler tatsächlich behauptet, das Geld würde von der Regierungskoalition missbraucht, weil man damit nicht nur Qualität, sondern auch Entlastung schafft. Liebe Kollegin Köhler, wer lesen kann, ist klar im Vorteil. Das Gesetz auf Bundesebene sieht die Entlastung vor und regelt die Entlastung. Qualität und Entlastung sind beides Dinge, die in Berlin beschlossen worden sind, und genau daran halten wir uns. Wenn es Meister im Missbrauch von Bundesmitteln, die zweckentfremdet werden und nicht da eingesetzt werden, wo sie hinsollen, gibt, dann ist das in rot-grün regierten Ländern der Fall, wo man Bundesmittel für ganz andere Dinge hernimmt und nicht weitergibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich denke da nur an das Thema Asylkosten, wo der Bund auf unsere Forderungen hin erfreulicherweise eingestiegen ist und das jetzt fortführt, obwohl die Mittel nach dem Willen der SPD gekürzt werden sollten. Das ist in anderen Bundesländern der Fall gewesen, wo man diese Mittel, die für die Kommunen gedacht waren, nicht oder nur zu einem Bruchteil weitergegeben hat. Das war in Bayern nie der Fall.

Im Übrigen darf ich noch an eines erinnern: Liebe Kolleginnen und Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wenn Sie mal Ihr Wahlprogramm zur Hand nehmen, Seite 36 ungefähr in der Mitte, dann finden Sie dort Gebührenfreiheit als Ziel des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Johannes Becher (GRÜNE): Langfristig! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir sind halt schneller!)

Kennen Sie Ihr Wahlprogramm? – Für das erste Jahr sofort, für das andere später. Das heißt, das Thema Gebührenfreiheit ist auch bei Ihnen verankert. Sie haben eine andere Zeitschiene, das muss man zugeben. Aber auch bei Ihnen wäre zumindest ein Jahr vorgesehen gewesen. Ich bin erfreut, dass zumindest einige das eigene Wahlprogramm kennen. Wir haben Ihnen geholfen, es schnellstmöglich umzusetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das CSU-Wahlprogramm ist auch bekannt!)

Die Tafeln wurden angesprochen. Wir unterstützen die Tafeln, und wir haben die Beiträge dafür auch erhöht, weil wir sie für wichtig halten. Aber auch hierzu sei gesagt, Probleme mit den Tafeln, eine Überlastung der Ehrenamtlichen haben wir alles erlebt, aber das war in anderen Bundesländern, das war nicht in Bayern. Diese Überlastungen gab es bei uns so nicht, weil die soziale Lage insgesamt, weil die wirtschaftliche Lage in Bayern besser ist und der Freistaat den Menschen in Not besser zur Seite steht.

Im Übrigen sei noch eines erwähnt, und zwar vor allem im Hinblick auf die linke Seite dieses Hauses. Wir haben 3,5 Milliarden Euro für Asylkosten im Doppelhaushalt eingestellt. Das ist nahezu identisch mit der Rücklagenentnahme, die wir haben. Das sei insbesondere denen gesagt, die sich auf Bundesebene gegen die Ausweitung der Zahl der sicheren Drittstaaten wenden. Liebe Kolleginnen und Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das seid ihr. Ihr verursacht diese Kosten mit, über deren Finanzierung aus der Rücklage ihr euch beklagt, indem ihr euch weigert, Nordafrika, die Maghreb-Staaten und Georgien als sichere Drittstaaten anzuerkennen. Auch das muss an dieser Stelle einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Man muss für alles Verantwortung übernehmen, was man tut, und darf nicht nur den bayerischen Blick haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will noch auf die Anträge, die wir als Regierungskoalition bzw. wir, die CSU, eingebracht haben, eingehen. Herr Kollege Dr. Kaltenhauser hat gesagt, der Haushalt sei mehr oder weniger festgezimmert. So stimmt das nicht. Wir haben eine ganze Menge Änderungsanträge eingebracht. Wir können, und das müssen Sie auch verstehen, den Änderungsanträgen der Opposition nicht zustimmen, weil das die Finanzierung unserer Änderungsanträge über den Haufen werfen würde. Das ist übrigens in allen Bundesländern der Fall, nicht nur in Bayern. Das sei an der Stelle gesagt. In einigen wenigen Fällen haben wir durchaus Oppositionsanträge aufgenommen. Das zeigt, dass wir gesprächsbereit sind. Im Übrigen war das Klima im Haushaltsausschuss sehr gut. Das möchte ich an dieser Stelle sagen. Ich bin auch dankbar dafür.

Wir haben zusätzlich Mittel für den Arten- und den Naturschutz eingesetzt, für die Landwirtschaft, wo wir schon immer sehr gut sind, besser als die anderen Bundesländer, vor allem wenn es darum geht, Landwirtschaft und Umweltschutz zu verbinden.

Darüber hinaus haben wir aber auch Akzente bei der Krebsforschung gesetzt. Das Bayerische Krebsforschungszentrum ist ein Großprojekt, das wir als Regierungsfractionen mit 500.000 Euro anstoßen. Da nehmen wir im Übrigen etwas auf, was unser CSU-Spitzenkandidat für den Posten des EU-Kommissionspräsidenten Manfred Weber vorantreibt, nämlich eine europaweite Vernetzung der Krebsforschung. Das ist ein wichtiges Thema, das wir finanziell ausstatten.

Ich darf auch etwas nennen, was mir im Haushalt etwas zu kurz gekommen ist, was ich aber für wichtig halte, denn es zeigt die Priorität für den ländlichen Raum. Manche werden sagen: Ist die Digitalisierung in den Kinos wirklich so wichtig? – Es sei nur als ein Beispiel von vielen genannt. In Bayern haben wir 170 Kinostandorte, so viele und so flächendeckend wie nirgends in Deutschland. Sie sind in kleineren Städten, so wie es das sonst nirgends mehr gibt in Deutschland. In der Vergangenheit gab es das, aber jetzt nicht mehr. Dort haben wir mit der Digitalisierung eine Aufgabe. Es geht darum, die Kinotechnik zu verbessern. Dafür gibt es übrigens auch eine Förderung

des Bundes, die wir natürlich auch aufnehmen und ergänzen. Wir versuchen, gemeinsam die Kinostandorte im ländlichen Raum zu ertüchtigen und zu stärken, sie zu modernisieren. Also es geht nicht nur darum, die Digitalisierung an den Schulen voranzutreiben – das wurde im Rahmen der Einzelberatung schon besprochen –, sondern es geht auch um die Digitalisierung in der Fläche, bei den Kinostandorten. Die Kinos sind Kristallisationszentren des Lebens in den Städten, vor allem im ländlichen Raum, in den Kreisstädten. Dort sind sie ganz wichtig. Deshalb ist die Förderung zielführend. Ich denke, das werden wir in Zukunft weiter vorantreiben müssen. Hier haben wir eine wichtige Aufgabe über mehrere Jahre.

Oder nehmen wir die Technologietransferzentren, die landläufig mit dem Stichwort Technologiecampus bezeichnet werden. Da haben wir gemeinsam mit den Kollegen von den FREIEN WÄHLERN eine ganze Menge angestoßen, beispielsweise in Kaufbeuren, Sonthofen, Donauwörth, Nördlingen, Neustadt und Memmingen, um nur einige zu nennen. Auch dort sorgen wir dafür, dass sich Wissenschaft und Forschung mit der Wirtschaft im ländlichen Raum vernetzen. Das tun wir in einer Art und Weise, wie das sonst nirgends in Deutschland der Fall ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben mit unseren Änderungsanträgen viel bewegt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben viel von dem ergänzt, was die Staatsregierung, lieber Kollege Albert Füracker, so hervorragend vorgelegt hat. Wir haben vieles ergänzt, vieles noch eingebracht, Ideen aus beiden Fraktionen. Wir sorgen dafür, dass alles gut finanziert ist, dass die Rücklagen wachsen, dass keine Schulden gemacht und Altschulden abgebaut werden. Diesen Weg müssen wir im Übrigen auch fortsetzen: Familie, Bildung, Innovation, Digitalisierung, innere Sicherheit und vieles mehr. Eine leistungsfähige Verwaltung gehört mit dazu. Wenn ich das negativ gemeinte Zitat von Herrn Kollegen Hartmann vom Anfang dieser Debatte noch mal aufgreifen darf: Gleichzeitig bleibt unser Geldbeutel weiter dick – muss es heißen –, und zwar durch eine gelungene,

verantwortungsvolle, christlich-soziale und FREIE-WÄHLER-Politik. – Ich danke und bitte um Zustimmung.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, bleiben Sie bitte. – Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Franz Bergmüller das Wort.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Herr Kollege Josef Zellmeier, ich zitiere wörtlich, was Sie in Ihrer Rede erwähnt haben. Das waren zwei Punkte. Sie sagten, einigen Anträgen der Opposition wurde zugestimmt. Sie sprachen davon, "zur richtigen Zeit" einen "konstruktiven Antrag" zu stellen. – Das haben Sie vorhin gerade wortwörtlich gesagt. Jetzt knüpfe ich an Herrn Kaltenhauser an. Nachdem Sie ein alter Hase sind und ich auch das Empfinden habe wie Herr Kaltenhauser, vielleicht können Sie mir dazu etwas sagen. Klar, das ist ein Landesparlament, und da geht es viel politischer zu als in den Kommunalparlamenten. Es würde mich aber schon interessieren, ob Sie uns genau sagen können, wo das gewesen sein soll. Bei diesem Haushalt habe ich nämlich nicht das Gefühl – und ich glaube, da werden mir alle Oppositionspolitiker beipflichten –, dass für Sie auch nur ein einziger Antrag "konstruktiv" war oder "zur richtigen Zeit gestellt" wurde, sodass ihm zugestimmt worden wäre. Es würde mich interessieren, ob das vielleicht bei den Haushaltsberatungen in der letzten Legislaturperiode der Fall war. Vielleicht können Sie uns aufklären.

Übrigens darf ich noch eines zum Besten geben – –

Präsidentin Ilse Aigner: Nein, Herr Kollege Bergmüller, die eine Minute ist vorbei.

Franz Bergmüller (AfD): Passt.

Josef Zellmeier (CSU): Also, wir haben zwei oder drei SPD-Anträgen zugestimmt. Nicht wahr, Herr Kollege Güller? – Das waren keine riesigen Beträge, das gebe ich zu.

(Harald Güller (SPD): So ist es! – Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Für die Gesamtatmosphäre ist es aber schon wichtig, das festzuhalten. Ich habe vorhin schon gesagt, es gibt drei Kategorien von Anträgen: Die unsinnigen und überflüssigen, die Anträge, die gut gemeint sind, aber nicht gut gemacht und schließlich die Anträge, die durchaus einen guten Gehalt haben, momentan aber nicht finanzierbar sind. – Hier haben wir ein Zeichen gegeben, in dem Fall an die SPD-Fraktion. Wir haben gesagt: Die Ideen sind gut, aber das Geld dafür ist momentan nicht da.

Herr Kollege Bergmüller, wir haben doch kein Brett vor dem Hirn. Wir wissen, dass ihr gelegentlich auch gute Gedanken habt. Wir haben zwar mehr gute Gedanken, darum regieren wir, aber auch andere haben gute Gedanken. Wenn es an der Zeit ist, dann nehmen wir sie auf. Aber nur, wenn es an der Zeit ist.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner hat Herr Kollege Johannes Becher vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Zellmeier, allzu viele gute Gedanken von der Fraktion rechts außen habe ich in diesem Bayerischen Landtag bislang nicht erkennen können. Das möchte ich an dieser Stelle schon einmal sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der AfD: Oh, oh!)

Zum anderen finde ich es sehr positiv, dass Sie unser Wahlprogramm lesen. Auf Seite 2 Ihres Wahlprogramms steht: Die CSU setzt sich ein für eine Qualitätsoffensive in den Kindertageseinrichtungen. – Wenn 30 Millionen Euro für Qualität ausgegeben werden und 350 Millionen Euro für die Gebührenfreiheit, dann wünsche ich mir fast, dass diese Forderung aus dem CSU-Wahlprogramm doch noch eines Tages Realität wird. Ich möchte Sie ermutigen, dann wenigstens im nächsten Doppelhaushalt so an der Qualität zu arbeiten, wie Sie es versprochen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt noch ein paar Worte über das Thema kommunaler Finanzausgleich verlieren. Die Mittel steigen um 4,6 % an. Das ist positiv und richtig, es ist aber auch notwendig, weil unsere Kommunen viele Pflichtaufgaben, viele Leistungen erbringen, die für die Lebensqualität der Menschen in Bayern zwingend erforderlich sind. Deswegen sage ich ganz klar: Bei den Kommunen ist das Geld richtig angelegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Keine Einigung haben Sie erzielt – es würde mich wundern, wenn es anders gewesen wäre – bei den pauschalen Kompensationen für die Straßenausbaubeiträge. Deren Abschaffung war dem Wahlkampf geschuldet. Das ist vorhin schon angesprochen worden. Es sind neue Probleme geschaffen worden; davon zeugen auch die zahlreichen Petitionen, die wir gerade im Innenausschuss dazu haben. Ich möchte nur das Thema ansprechen: Bescheid ist Bescheid: Wenn also Vorausleistungsbescheide zu erlassen waren, Herr Kollege Pohl, dann deshalb, weil die Gemeinden dazu verpflichtet waren, aufgrund der finanziellen Situation Vorausleistungsbescheide zu machen mit Abschlagszahlungen.

Da müssen dann im Jahre 2018 und sogar noch im Jahre 2019 Straßenausbaubeiträge gezahlt werden, obwohl sie von Ihnen offiziell eigentlich schon abgeschafft worden sein sollten.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

– Schauen Sie sich die Petitionen im Innenausschuss einmal an. Da waren Sie doch einmal Mitglied. Es wäre nicht schlecht, sich damit noch einmal zu beschäftigen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Insgesamt reichen die Mittel nicht aus, um den Bedarf zu decken. Sie berechnen das immer aus der Vergangenheit heraus.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Ja, ich habe es vernommen, dass Sie das aus der Vergangenheit heraus berechnen, aber das sagt noch nichts aus über den tatsächlichen Bedarf in der Zukunft.

Wir haben bei den Straßen in unseren Kommunen durchaus einen Sanierungsstau. Und es war in der Vergangenheit schon für jeden einzelnen Stadtrat immer eine unpopuläre Entscheidung, Straßenausbaubeiträge erheben zu müssen. Da muss man sich die Diskussionen in der Praxis halt einmal anschauen. Da kommt dann die Bürgerin, und es kommt der Bürger und sagt, meine Straße bitte nicht ausbauen. Man könnte doch lediglich ausbessern.

Heute aber werden die Diskussionen andersherum geführt. Heute sagt man, meine Straße gehört schön längst ausgebaut und der Gehweg gehört darüber hinaus auch ausgebessert. Andere Straßen haben den Gehweg durchaus bekommen. Die Leute haben ihn zwar selbst gezahlt, aber das wird gerne vergessen. Ich meine also, dass da etliche Forderungen auf die Kommunen zukommen. Das möchte ich der Ehrlichkeit halber hinzufügen.

Man kann sich natürlich rühmen, die Beitragszahler entlastet zu haben. In Wirklichkeit aber haben wir die Kommunen *belastet*.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer A sagt wie Abschaffen, muss auch B sagen wie Bezahlen. Das gilt nicht nur für die Strabs, sondern gilt bei den Strebs-Altfällen in gleicher Weise. Sie haben das freie Ermessen ja schon angesprochen. Aber dieses freie Ermessen ist wirklich ein vergiftetes Geschenk, weil es ein Jahr vor der Kommunalwahl gemacht worden ist. Da wird es in der Praxis kaum durchzusetzen sein, in der Stadtratssitzung, in der zahlreiche Bürger zuhören, zu sagen, wir verzichten auf die Reduktion.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist gut so! Oder wollen Sie das kassieren?)

Natürlich werden das die Kommunen machen müssen. Dieses freie Ermessen, das Sie hier durchsetzen möchten oder auch durchsetzen werden, ist der Grund dafür, dass die Kommunen keinen Anspruch auf Entschädigung haben und den Schwarzen Peter haben, wenn Sie dann doch die Beiträge erheben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wollen Sie das alles kassieren?)

Das ist ungerecht gegenüber den Kommunen. Sie tun jetzt so, als wären Sie eine kommunalfreundliche Partei. Ich kann das nicht erkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer A sagt wie Abschaffen, muss auch B sagen wie Bezahlen. Die Kommunen hätten einen anderen Umgang verdient.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenfrage hat der Kollege Dr. Fabian Mehring das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Becher, Sie sagten eben, die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sei so etwas wie – despektierlich formuliert – ein Wahlgeschenk der FREIEN WÄHLER. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge auf ein Volksbegehren mit mehr als 400.000 Unterschriften zurückzuführen ist. Ich frage Sie nun: Sind Sie dafür, dass der Bayerische Landtag den Souverän, das Volk, in seinem Abstimmungsverhalten, wenn es in die Rathäuser geht, ernst nimmt, oder wollen Sie die Menschen in Bayern nur ernst nehmen, wenn es um Themen geht, die den GRÜNEN in den Kram passen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Becher.

Johannes Becher (GRÜNE): Im Jahre 2016 hat das Hohe Haus – da war ich noch nicht Mitglied – einstimmig entschieden, nach zwei Jahren das Thema Straßenausbaubeiträge noch einmal anzusehen. Sie sind dann aus wahlkampftechnischen Gründen vorgeprescht.

(Zurufe)

Sie können das abstreiten, solange Sie wollen. Das wissen alle hier im Hohen Haus.

Die CSU, die FREIEN WÄHLER und die SPD haben im Jahre 2018 die Straßenausbaubeiträge abgeschafft. Die GRÜNEN haben dagegen gestimmt. Dass man ein jahrzehntelang eingeführtes Beitragsrecht einfach so schnell vom Tisch wischt, weil es opportun erscheint – –

(Zurufe von der CSU)

Liebe Kollegen, ich habe Ihnen zugehört. Sie dürfen mir auch zuhören. Ich würde mich freuen. – Bevor man so etwas einfach abschafft, sollte man sich Gedanken darüber machen, was das in der Praxis bedeutet, wer letztendlich zahlt und wie hoch der Bedarf ist. Das haben Sie alles nicht gemacht.

(Zurufe von der CSU: Woher wollen Sie das wissen, Sie waren doch noch gar nicht da!)

Das haben Sie nicht nötig gehabt, weil Sie sich gesagt haben: Wir wollen gewählt werden. Das war der einzige Grund, und jetzt haben wir den Salat.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner hat der Kollege Martin Böhm von der AfD das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ordentliches Haushalten bedeutet, bei allen Entscheidungen das Ende zu bedenken. Eine solche weitsichtige Denkweise fehlt dem vorliegenden Gesamthaushalt insbesondere in der Personalplanung.

Kein guter Kaufmann würde seinen Kindern Lasten durch unumkehrbare Verpflichtungen aufbürden, und kein guter Politiker nutzt fette Jahre, um Geld zu verschwenden. Die Damen und Herren der Staatsregierung sind in diesem Sinne beides, nämlich schlechte Kaufleute und schlechte Politiker.

(Zurufe von der AfD: Bravo! – Beifall bei der AfD)

In Einzelplänen verteilen wir die heute von den Bürgern hart erarbeiteten Steuern, aber deren Kinder knebeln Sie mit erst übermorgen zu erfüllenden Verpflichtungen. Das nennt sich auch Ausweitung der implizierten Staatsverschuldung, liebe Regierung. Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Diese Brüche werden wir in Form enormer Zahlungsverpflichtungen zu Zeiten drastisch sinkender Staatseinnahmen erleben.

Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Das ist für Sie so etwas von vorgestern. Dabei bestätigt Ihnen jeder Ökonom, dass die Heftigkeit der Oszillation, also der Ausschläge, eines Konjunkturzyklusses nur durch massive Investitionen in der Abschwungphase zu dämpfen ist, und zwar vorzugsweise durch Infrastrukturinvestitionen. Die Mittel dazu sollten aus in fetten Zeiten gebildeten Rücklagen stammen.

(Zurufe von der AfD: Bravo!)

Ich denke da zum Beispiel an die etwa drei Milliarden Euro Rücklagen, die im vorliegenden Doppelhaushalt aufzulösen Sie sich gerade erdreisten. Das ist die wahre Diktion Ihres Handelns.

(Zurufe von der AfD: Bravo! – Beifall bei der AfD)

Gestern verkündete der Herr Ministerpräsident urplötzlich und mit blumigen Worten die 4,2 Milliarden hohe Zuführung an die Rücklagen. Das war nicht seine Fortune, sondern es waren die Leistungen fleißiger Bürgerinnen und Bürger unseres Freistaates.

(Beifall bei der AfD)

Zurzeit ist Geld billig, lieber Kollege Pohl. Aber die makroökonomischen Risiken sind sehr vielschichtig, und jede Zinserhöhung wird die Risikotragfähigkeit künftiger Haushalte schwer drücken. Noch schwerer wird die Prüfung durch die implizierte Verschuldung sein. Beispielhaft sind hier die künftigen Verpflichtungen aus den Beamtenpensionen zu nennen. Das ist nun ausdrücklich keine Kritik an den tüchtigen Damen und Herren in den Ministerien. Der Vergleich mag hinken; aber in der Wirtschaft sind für zugesagte Pensionen Rückstellungen in der Bilanz zu bilden. Auch ein Staat sollte Rücklagen sammeln, um künftige Ansprüche aus den Pensionen bedienen zu können.

Ganz platt gesagt: Das Rücklagenkapital X muss genügen, um die Pension Y bis zum Tag Z, dem Tag, an dem die statistische Lebenswahrscheinlichkeit des Pensionärs endet, zu zahlen. Ein Beispiel: Eine 67-jährige Ministerialrätin geht mit B 4 in Ruhestand und verstirbt mit – sagen wir – 88. Die Pension aus B 4 sind 5.750 Euro mal 240 Monate Pensionsleistung, und das alles verzinsen wir mit nach heutigem Maßstab unglaublichen 2,5 % Zins; durch die Sparkassenformel gejagt, und siehe: Es bedarf zum Pensionsbeginn der Dame circa 870.000 Euro Kapital als Rücklage.

Jetzt werden mir manche von Ihnen irgendetwas von einer ungefähren Rechnung oder von Alimentationsprinzipien erzählen wollen. Fakt ist eines: Das Geld muss irgendwann da sein. Fasst man die Personalentwicklungspläne der Einzelhaushalte zusammen, zeigt sich ganz vereinfacht dargestellt, dass die Zahl aller in der Vergütungskategorie A bezahlten Beamten um 1,5 % steigt, die Anzahl der in W 3 und ab B 2 sowie in R 3 Vergüteten aber um fast 20 %. Das sind relative Zahlen; in absoluten Zahlen wären das 153 Spitzenverdiener mehr. Wenn wir oben genannte Werte zu-

grunde legen, sprechen wir von einem Mehrbedarf von circa 130 Millionen Euro an Pensionsrücklagen für die in nur einem einzigen Haushalt zusätzlich eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich der Spitzenbeamten.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Jetzt vergeht Ihnen das Lachen!)

Es ist sehr interessant und schade, dass der Herr Minister Herrmann nicht mehr da ist; denn angeführt wird die Rennliste der personalpolitischen Unwucht vom Ministerium des Innern, für Sport und Integration. Dort wachsen die Stellen für Spitzenbeamte um 24,5 % auf, während das Fußvolk um magere 0,24 % verstärkt wird.

Drei Dinge sind wichtig, damit aus Vetternwirtschaft vernunftgelenkte Personalpolitik wird: Verwaltungshierarchien straffen, Entscheidungskompetenzen auf untere Verwaltungsebenen verlagern und Verantwortungsbereiche im mittleren und gehobenen Dienst durch geeignete Dienstanweisungen ausbauen. Nehmen Sie Ihre Pflicht zum sparsamen Haushalten endlich ernst und konzentrieren Sie sich bitte auf die Dinge, die den Bürgern wirklich nutzen. Genügen Sie der Zukunft unserer Kinder und treten Sie nicht erst 2020 auf die Schuldenbremse, sondern schon heute.

(Beifall bei der AfD – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Bravo! Eine sehr gute Rede!)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Harald Güller von der SPD.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Ministerinnen und Minister! Zunächst darf ich mich für meine Fraktionen ganz herzlich den Dankesworten der Vorredner an das Team von Frau Wichtermann-Robl, an den Stenografischen Dienst, an das gesamte Landtagsamt, aber auch an die Ministerien und die Fraktionsmitarbeiter anschließen; denn ohne sie wäre diese Beratung so schnell und in dieser Qualität nicht möglich gewesen. Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Am Schluss dieses dreitägigen Marathons – ich glaube, in der 33. Stunde der Beratung – ist es Zeit, eine kleine Bilanz zu ziehen. Entgegen dem Eindruck, den Sie von CSU und FREIEN WÄHLERN immer zu vermitteln versuchen, sagen wir, hier liegt natürlich ein stattlicher Haushalt vor – 125 Milliarden Euro –, allein schon von der Größe her. Natürlich ist in diesem Haushalt nicht alles falsch, weil es schon in den letzten Jahren "wohlwollende" Ablehnungen von Anträgen der SPD gegeben hat, zum Beispiel zu Anträgen des Kollegen Adelt zur Förderung von Schwimmhallen. Diese Anträge wurden zunächst abgelehnt, jetzt haben Sie das Anliegen drin. Natürlich ist da in einigen Positionen ein Stück weit unser Herzblut enthalten. Das erkennen wir an.

Kollege Hans Herold, es ist richtig, dass die Vertreter der demokratischen Fraktionen in diesem Haus bei Spatenstichen und Projekteinweihungen natürlich Seite an Seite stehen. Da wird nämlich nicht euer Geld ausgegeben, sondern das Geld der bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, das von der bayerischen Verwaltung eingesetzt wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Hohe Haus tut dies in seiner Gesamtheit.

Mit Verlaub: Wenn wir an der einen oder anderen Stelle sagen, da kann man besser sein, da kann man andere Schwerpunkte setzen, was wir mit 140 Anträgen der SPD-Fraktion auch bewiesen haben, die übrigens alle gegenfinanziert sind – das kann man in den Drucksachen nachlesen –, dann ist es auch unser Recht, zu sagen, dass es nicht unser Haushalt ist, solange Sie diese Schwerpunkte für die nächsten Jahre nur "wohlwollend" in Erwägung ziehen. Wir würden uns einen schnelleren Gang nach vorne wünschen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Was kann dieser Haushalt? – Dieser Haushalt kann sehr wohl ein Landespflegegeld leisten, das ein Stück weit ein Dank und ein Zeichen des Respekts gegenüber Menschen ist, übrigens des Respekts, wie er auch durch eine Grundsicherung auf Bundesebene ausgedrückt würde, und zwar ohne Bedürftigkeitsprüfung, wie ich heute mehrfach unter Beifall der CSU gelernt habe. Machen wir das in Berlin doch auch!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in diesen Haushaltsberatungen viele Gemeinsamkeiten mit den GRÜNEN gehabt und haben Anträge in ähnliche Richtungen gestellt. An einer Stelle haben wir das aber ganz klar nicht getan: bei den Kitagebühren. Der Kollege von den GRÜNEN hat gestern gesagt:

Haben wir in diesem Land wirklich das Problem, dass die Kindergartenbeiträge landauf, landab völlig aus dem Ruder gelaufen und absolut unbezahlbar sind? – Ich glaube das, ganz ehrlich, nicht.

Er hat damit begründet, dass dieses Geld nicht notwendig sei. Wir als Sozialdemokraten haben dazu eine andere Auffassung.

(Beifall bei der SPD)

Nicht für alle ist es unbezahlbar, aber für viele ist es unbezahlbar, und denen muss man helfen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir unterscheiden uns dann aber von der CSU und den FREIEN WÄHLERN an anderer Stelle. Man muss darauf achten, dass die Einnahmen stimmen. Dazu gehört der Vollzug des gegebenen Steuerrechts. Dazu gehört auf der anderen Seite aber auch, dass es bei einem Umbau des Steuerrechts sozial gerecht zugeht. Natürlich muss der Soli umgebaut werden.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Abgeschafft werden!)

Für 90 % der Menschen, die ihn heute zahlen, muss er abgeschafft werden.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Für alle!)

Für die 10 % der Reichsten in dieser Gesellschaft muss er in die heutigen Einkommensteuersätze eingearbeitet werden.

(Beifall bei der SPD)

Das ist Gerechtigkeit, und davon finanzieren wir dann einen gesellschaftlichen Ausgleich, sodass unsere Gesellschaft nicht immer weiter auseinanderdriftet. Unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker ist es, diese Gesellschaft zusammenzuhalten. Wer mehr leistet, der hat natürlich auch etwas mehr Einkommen; aber wer grundlos immer mehr Geld anhäuft, den müssen und den dürfen wir auch einkommensgerecht besteuern, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesem Geld, das wir in diesem Haushalt zur Verfügung stellen, was wir durch Gegenfinanzierungsvorschläge auch klargemacht haben, wäre es neben Pflegegeld und Entlastung von Kitagebühren auch möglich gewesen, die günstigen Tarife im ÖPNV schneller, schon jetzt, anzubieten, ein 365-Euro-Ticket als Einstieg in einen kostenlosen ÖPNV nicht nur für Schüler, Azubis und Studierende, sondern zum Beispiel auch für Seniorinnen und Senioren und für sozial Schwächere, und in einem zweiten Schritt für die gesamte Bevölkerung, und zwar nicht nur in Metropolen und Verbänden, sondern in ganz Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Das hätten wir uns gewünscht.

Wir hätten uns auch moderne und vernetzte Fahrzeuge im ÖPNV gewünscht, sodass man seine Anschlüsse nicht nur sieht, sondern sie auch real erreicht, weil sie aufei-

inander abgestimmt sind, Fahrzeuge, die komfortabel sind, die ökologisch besser sind als die älteren Fahrzeuge, die momentan noch oft auf der Straße unterwegs sind.

Wir hätten uns im Wohnungsbausektor mehr Initiativen gewünscht, zum Beispiel eine Initiative für die Verlängerung von Sozialbindungen von Wohnungen, wenn diese auslaufen.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten uns gewünscht, dass das soziale Bauen und die soziale Bauwirtschaft stärker unterstützt werden. Wir wünschen uns auch, dass die BayernHeim endlich in die Gänge kommt. Sie muss endlich ihrer Aufgabe nachkommen, nämlich Bauen, Bauen, Bauen, und zwar im sozial-geförderten und im bezahlbaren Segment.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen mehr Qualität und längere Öffnungszeiten in den Kitas. Für die Kosten des Besuchs soll es einen Zuschuss geben, wenn dieser Besuch nicht gleich kostenfrei gestellt wird. Das wäre vielleicht nicht in einem Jahr machbar gewesen, aber wir hätten in diesem Jahr kräftig in diese Richtung gehen können. Hier haben Sie die Gebote der Stunde übersehen. Sie hätten unsere Anträge annehmen sollen, dann wären wir jetzt weiter. Jetzt müssen wir warten, bis wieder ein neuer Haushalt kommt.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, es reicht uns nicht, dass Sie 137 von 140 Anträgen "wohlwollend" ablehnen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nein, wir haben nicht alle abgelehnt!)

– Drei Anträge wurden angenommen. Seit ich in diesem Haus bin, ist das tatsächlich das erste Mal, dass SPD-Anträge nicht nur "wohlwollend" begutachtet und im nächsten Jahr abgeschrieben wurden; sie wurden in diesem Jahr auch angenommen. Deshalb können sich die Vertreter der Senioren und die freiberuflichen Musiklehrer da-

rüber freuen, dass sie in einem Jahr insgesamt 70.000 Euro bekommen. Sie können sicher sein, diese Anträge bekommen Sie von uns zum Nachtragshaushalt wieder, sofern Sie die Mittel nicht gleich in den Nachtragshaushalt einstellen. Kolleginnen und Kollegen, wir sagen aber zusammenfassend: Das geht besser. Mit den Änderungsanträgen der SPD wären dieser Doppelhaushalt und das FAG besser geworden.

(Beifall bei der SPD)

Bei aller Wichtigkeit einzelner Punkte in diesem Haushalt werden wir ihn deshalb insgesamt ablehnen, solange Sie die anderen 137 Anträge ablehnen. Ich bin nicht so vermessen, zu sagen: "solange Sie alle ablehnen". Einigen wir uns auf einen Anteil von 50 %. Dann würden wir zustimmen.

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wir sind hier nicht auf dem Basar!)

Ich sage ausdrücklich: Beim Landespflegegeld und den Kitagebühren haben die SPD und die GRÜNEN unterschiedliche Auffassungen. Trotzdem hätten es auch einige Anträge der GRÜNEN verdient, angenommen zu werden, da sie in die gleiche Richtung wie unsere gehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir lehnen diesen Haushalt so, wie er jetzt vorliegt, ab.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat Herr Kollege Martin Hagen das Wort.

Martin Hagen (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beratungen über den Doppelhaushalt biegen jetzt in die Zielgerade ein. Als letzter Redner meiner Fraktion möchte ich die Gelegenheit nutzen, noch einmal allen herzlich zu danken, der Regierung, allen Fraktionen, aber insbesondere auch der Verwaltung für ihre wichtige Arbeit an diesem Doppelhaushalt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Insbesondere möchte ich denjenigen danken, die das Geld, um das es in den letzten Tagen ging, erwirtschaftet haben, also den bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Herzlichen Dank an Sie, vergelts Gott. Sie haben es verdient, dass wir als Vertreter des bayerischen Volkes sorgsam mit dem von Ihnen erwirtschafteten Geld umgehen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich unterstelle allen demokratischen Kräften in diesem Haus, dass sie von dem ehrlichen Bestreben geleitet werden, in ihrer Arbeit und bei der Beratung dieses Haushalts das Beste für unser Land und das Beste für seine Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Ich glaube, bei allem Streit eint uns mehr, als uns trennt, nämlich die Liebe zu Bayern und der Wunsch, es noch besser zu machen und Bayern für die Zukunft zu rüsten. Wir streiten über den richtigen Weg dahin. Über den richtigen Weg zu streiten, Prioritäten zu setzen und dem Bürger Alternativen aufzuzeigen, das ist das Wesen der Demokratie. Das gehört dazu.

Zum Abschluss der Beratungen möchte ich eine Institution des Freistaats zitieren, die über diesem Parteienstreit steht, eine Institution, deren Unabhängigkeit und Überparteilichkeit von der Verfassung garantiert wird, nämlich den Bayerischen Obersten Rechnungshof. Der Oberste Rechnungshof hat dem Doppelhaushalt Folgendes attestiert. Zitate:

Obwohl in den letzten Jahren die Steuereinnahmen so hoch waren wie noch nie zuvor, gelingt der Haushaltsausgleich erneut nur durch eine Entnahme aus der Haushaltssicherungsrücklage.

Allerdings ist der nun geplante Schuldenabbau deutlich geringer als noch in der mittelfristigen Finanzplanung 2017 bis 2021 vorgesehen. Damit wird der finanzielle Spielraum, den die Staatsregierung aufgrund der Neuordnung der Bundesländer-Finanzbeziehungen gewinnt, nicht für den Schuldenabbau genutzt [...].

Auch die Begrenzung der Ausgabensteigerung bleibt hinter dem zurück, was für die Haushalte seit 2015 unverändert Maßstab ist.

Der weitaus größte Teil der Mehrausgaben dient aber neuen konsumtiven und zudem dauerhaft verpflichtenden Ausgaben.

So weit die Kritik des Obersten Rechnungshofs. Die FDP-Fraktion schließt sich dieser Kritik an. Bitte verstehen Sie unsere Kritik und auch die Änderungsanträge, die wir in den letzten Tagen eingebracht haben, als Ausdruck dessen, was ich eingangs erwähnt habe, nämlich als Ausdruck des ehrlichen Bestrebens, das Beste für unser Land und seine Bürger zu erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Tim Pargent vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Liebes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach drei Tagen Bayern-first-Rhetorik war sich die Koalition nicht zu schade, Vergleiche mit anderen Bundesländern anzustellen, wie es ihr gerade gepasst hat. Sie haben mindestens drei Dutzend Mal auf NRW herumgehackt, und das meistens despektierlich. Das ist aber zu wenig. Immer nur als Branchenprimus dazustehen, bringt wenig, wenn die ganze Branche im Wanken ist. Die Herausforderungen sind heute international. Ich nenne das Stichwort FC Bayern. Da vergleichen Sie sich ja auch gern. Jedes Jahr die Deutsche Meisterschaft zu holen, bringt auch nichts, wenn Sie im Viertelfinale der Champions League rausfliegen. Was bei den Bayern die alten Spieler sind, das sind bei Ihnen die alten Konzepte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Problem hier: Sie schmeißen das Geld drauf. Die großen, strukturellen Probleme gehen Sie nicht an. Ich nenne die digitale Infrastruktur, den massiven Sanierungsstau an den Hochschulen und die schlechte Schieneninfrastruktur. International sind uns

hier andere Länder meilenweit voraus. Sie vernachlässigen auch die Investitionen in den Klimaschutz.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie reden von der Champions League und spielen selber in der Regionalliga! Das ist doch lächerlich!)

Aber der Trainerwechsel vor einem Jahr hat auch nichts gebracht. Sie spielen die gleiche alte Taktik, und mit den FREIEN WÄHLERN haben Sie jetzt einen neuen Trikotsponsor. Eigene Impulse sind nicht zu erkennen. Ja, Sie spielen die gleiche alte Taktik: Immer raus mit den Millionen, frei nach Meister Gießkanne.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dieser Klientelpolitik päppeln Sie vielleicht Ihre Fanclubs und Ihre Dauerkarteninhaber auf, aber international konkurrenzfähig wird Bayern damit nicht.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Erst einmal selber was leisten!)

Die Schuldentilgung, geplant bis 2030, ist schon längst in weiter Ferne. Ich fürchte, damit holen Sie am Ende noch nicht einmal den DFB-Pokal.

Wir müssen die Zukunftsaufgaben angehen, um international konkurrenzfähig zu werden, von der Kita bis zur Schiene. Wir müssen den Schuldenabbau angehen

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Berlin ist ein gutes Beispiel!)

und auf den Klimawandel reagieren. Das ist dringend notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat Herr Kollege Ralf Stadler von der AfD das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach drei Tagen intensiver Haushaltsdebatte möchte ich mich zunächst bei den Mitarbeitern des Landtags bedanken, die bei der Aufstellung des Haushalts mitgeholfen haben. Wir haben sowohl von Herrn Ministerpräsidenten Dr. Söder als auch von Herrn Wirtschaftsminister Aiwanger gehört, dass in Bayern alles super läuft. "Gott mit dir, du Land der Bayern", möchte man sagen. Vom größten Haushaltsüberschuss aller Zeiten wurde gesprochen. Wer hat denn dafür gesorgt, dass Bayern in den letzten Jahren so enorme Steuereinnahmen erwirtschaftet hat? – Das waren die hart arbeitenden Bürger.

Wie mit diesen Einnahmen umgegangen wird, steht auf einem anderen Blatt. Warum wird die jährliche Schuldentilgung um die Hälfte reduziert? – Nicht nachvollziehbar ist auch, warum gerade jetzt, in unsicheren Zeiten, die Rücklagen abgeschmolzen werden.

Ich fühle mich jedenfalls dem bayerischen Volk verpflichtet und keinem anderen. – Das ist ein Zitat von Herrn Söder. Hören wir uns im Volk um, fehlt es an allen Ecken und Enden. Die Pflicht des Staates ist die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Daran hat sich die Staatsregierung zu orientieren.

Wie steht es mit der Förderung des ländlichen Raums, vor allem von strukturschwachen Regionen wie dem Bayerischen Wald? – Die FREIEN WÄHLER haben gerade 40 Millionen Euro nach Augsburg verschoben. Der Hochwasserschutz wird neu erforscht, weil dem Wirtschaftsminister das Ergebnis nicht passt. Bei der Krankenversorgung im ländlichen Raum kann der Betrieb kaum mehr aufrechterhalten werden. Im Krankenhaus Freyung ist man besonders schlau. Dort hat man einen ehemaligen CSU-Landrat auf 450-Euro-Basis angestellt, um den Kummerkasten regelmäßig zu leeren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: So ein Schmarren!)

– Ja, so ist es.

Was ist jetzt, wenn sich die Konjunktur demnächst abschwächt, zum Beispiel bei der Autoindustrie? Was ist hier mit vorausschauenden Investitionen?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was ist, wenn uns morgen der Himmel auf den Kopf fällt? – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sachlich bleiben! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das wäre gut!)

Die Rücklagen dürften schnell aufgebraucht sein, wenn die Steuereinnahmen demnächst rückläufig sind. Diese Politik des "Alles ist gut" fällt uns dann auf die Füße. Stattdessen werden weiterhin Sonderprogramme im Klimahype, im Energiebereich gefahren, die niemand braucht und die scheitern werden. Ich sage nur E-WALD oder Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit BayernHeim. 500 Millionen Euro sollen dafür bereitgestellt werden, um 10.000 Wohnungen bis 2025 zu schaffen. Das hätte der damalige Minister Söder einfacher haben können, wenn der Freistaat die 33.000 Wohnungen aus dem Bestand der Landesbank im Jahre 2012 erworben hätte.

(Beifall bei der AfD)

Der Notverkauf war angeblich nicht zu verhindern, nachdem die damalige CSU-Regierung die Landesbank in hochriskante Geschäfte mit unter anderem der Hypo Alpe Adria getrieben hat.

Völlig außer Acht gelassen werden die immensen Kosten für die Pensionen ehemaliger Beamter, die auf den Steuerzahler zukommen. Angesichts einer wachsenden Beamtenschar, einer längeren Lebenserwartung sowie gestiegener durchschnittlicher Beamtengehälter kommt da ein finanzpolitischer Tsunami auf den Staatshaushalt zu.

(Zuruf von der AfD: Bravo! – Beifall bei der AfD)

Das ist eine versteckte Verschuldung, die offengelegt werden müsste.

(Zuruf)

Wo ist die Unterstützung von Behinderten bereits im Kindergarten und in der Schule? Dazu gehört auch eine Besserstellung der Förderlehrer durch gerechtere Entlohnung. Behinderte in betreuten Werkstätten dürfen nur über ein Schonvermögen in Höhe von 5.000 Euro verfügen, das nicht auf die Sozialhilfe angerechnet wird. Das müsste dringend nach oben angepasst werden, damit eine benachteiligte Gruppe ein wenig für das Alter zurücklegen kann.

(Beifall bei der AfD)

Stattdessen werden Wahlgeschenke von CSU und FREIEN WÄHLERN verteilt. Die AfD hingegen tritt für Verantwortung, Gerechtigkeit und für eine lebenswerte Zukunft in Bayern ein.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das glaube ich nicht!)

Deshalb fordern wir mehr Transparenz bei der Mittelverwendung und eine gerechtere Verteilung der Mittel, damit Bayern auch in Zukunft sicher bleibt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, bleiben Sie bitte da. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Häusler.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Stadler, ich hätte zwei Fragen an Sie. Frage eins. Glauben Sie oder sind Sie überzeugt, dass durch Schlechtreden oder Schlechtdarstellung, teilweise durch Falschdarstellung und Verleumdung, Vertrauen nach innen, Vertrauen zur Wirtschaft und Vertrauen im internationalen Geschäft gewonnen werden kann?

Frage zwei. Sie haben behauptet, die FREIEN WÄHLER hätten 40 Millionen Euro nach Augsburg verschoben. Wenn Sie mir die 40 Millionen Euro jetzt erklären könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Wenn Sie mir dann noch sagen könnten, was "ver-

schoben" mit Wirtschaftsförderung, mit Innovation zu tun hat, wäre ich Ihnen insbesondere dankbar. Oder geben Sie einfach zu, dass Sie es nicht verstanden haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Die 40 Millionen Euro – das habe ich angesprochen – betreffen das Flutpolderkonzept, das hier umhergeschoben wurde.

Die andere Frage habe ich nicht verstanden. Es tut mir leid.

(Zurufe – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie haben schon mehr nicht verstanden!)

Dann können wir vielleicht ein bisschen deutsch reden, dann kriegt man es auch mit. –
Danke.

(Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Ralph Müller von der AfD.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr verehrte Kollegen, geschätzte Besucher! Ich wollte heute hier eigentlich eine Rede

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

über Elektromobilität und die Automobilindustrie halten.

(Zuruf von der CSU)

Aufgrund des gesamten Verlaufes dieser Haushaltsdebatte habe ich mich jetzt entschlossen, doch über die gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklungen und Rahmenbedingungen hier zu sprechen.

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

– Hören Sie zu! –

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Was haben wir denn gemacht? Oder: Was hat die Regierung gemacht; nicht wir? – Der Staatshaushalt wurde aufgebläht. Es wurden viele neue Beamtenstellen und Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen – auch bei der Polizei. Was bedeutet ein stark erhöhter oder aufgeblähter Staatshaushalt? – Letzten Endes bedeutet er eine deutlich erhöhte Staatsquote.

Erhöhte Staatsquoten waren noch nie Garanten für wirtschaftlichen Erfolg oder die Zukunftsfähigkeit eines Landes. Im Gegenteil: Ein Land, das seine Staatsquote immer mehr erhöht, verwandelt sich in einen fetten Wohlfahrtsstaat, und ein fetter Wohlfahrtsstaat ist der Wegbereiter für den Sozialismus. Das ist nämlich die Realität Ihres Haushaltes!

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Lachen bei den GRÜNEN)

All das, was unseren Wohlstand ausmacht, nämlich eine leistungsfähige Industrie, Gewerbe, Hochtechnologie, Leistungen im geistigen Eigentum in Forschung und Wissenschaft, ist mit deutlichen Abwärtskonnotationen versehen,

(Unruhe bei der SPD)

weil unsere Standortfaktoren nicht mehr stimmen.

(Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Hör zu Halbleib, dass du was lernst!)

Ich habe es Ihnen in den letzten Wochen schon mehrfach gesagt. Unser Land wird einen rasanten Abstieg machen, wenn Sie nicht konsequent und rigoros die Standortfaktoren verbessern. Was sind die Standortfaktoren? Ich sage es Ihnen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Die Qualität der Zwischenrufe sollte immerhin der Qualität des Redners gleichkommen, aber das schaffen Sie nie!

(Heiterkeit bei der AfD – Lachen und Klatschen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Martin Hagen (FDP): Wir bemühen uns! – Weitere Zurufe von der FDP)

So, und jetzt lassen Sie mich weiterreden.

(Unruhe)

Lassen Sie mich weiterreden!

(Anhaltende Unruhe)

Ich sage Ihnen jetzt die Standortfaktoren für dieses Land, die wir – –

(Fortgesetzte Unruhe)

Bringen Sie hier die Leute einmal zur Ruhe!

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege! – Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe)

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sie ziehen das von meiner Redezeit ab. Ich will meine Redezeit!

(Anhaltende Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, ganz ruhig. Sie kriegen eine Nachspielzeit von fünf Sekunden, damit sich jetzt die Kolleginnen und Kollegen beruhigen können.

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ihr könnt schon lachen, aber ich habe recht mit allem, was ich sage.

Präsidentin Ilse Aigner: Und es ist immer gut – –

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Deswegen – –

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Müller, ganz ruhig.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Und deswegen spreche ich auch am – –

(Anhaltende Unruhe)

Deswegen spreche ich auch am Schluss, weil das Beste kommt zum Schluss!

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist der Füracker!)

Sie hören jetzt zu! – So. Wenn Sie die Standortfaktoren dieses Landes deutlich verbessern wollen,

(Unruhe)

unser Land zukunftsfähig machen wollen,

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte ein bisschen Ruhe!

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) dann schützen Sie – –

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

– Lassen Sie Ihre unqualifizierten Sprüche, Herr Reiß.

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Tobias Reiß (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Wo ist Ihre Qualifikation?)

Dann schützen Sie als Erstes die Grenzen mit allen Mitteln. Es gibt kein zivilisiertes erfolgreiches Land – –

(Unruhe)

– Seien Sie jetzt ruhig!

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Zuruf)

– Sie sollen jetzt ruhig sein und zuhören, habe ich Ihnen gesagt.

(Anhaltende Unruhe)

Es gibt kein zivilisiertes erfolgreiches Land wie die Vereinigten Staaten oder Japan oder China, das seine Grenzen nicht schützt. Stellen Sie die Energieversorgung dieses Landes sicher.

(Tobias Reiß (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sie wollten doch keine neuen Polizisten, haben Sie gerade gesagt!)

Kehren Sie zurück zu einer gesicherten Energieversorgung mit einem Energiemix aus Kernenergie, fossilen Brennstoffen und erneuerbaren Energien. Das habe ich Ihnen schon einmal gesagt.

(Zurufe)

Dann: Bekämpfen Sie die explodierende Kriminalität im Land. Sie beklagen sich, dass Sie keine Fachkräfte ins Land bekommen. Es will keiner in einem Land arbeiten, in dem die innere Sicherheit nicht gewährleistet ist, in dem er keine Sicherheit für seine Familie empfindet.

(Zuruf von der FDP – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Humbug!)

Das sind die Standortfaktoren.

(Unruhe)

Und dann bekommen Sie auch die Fachkräfte nach Bayern, und die gehen nicht nach Kalifornien oder in die Schweiz.

(Beifall bei der AfD)

Weitere entscheidende Standortfaktoren sind – das habe ich Ihnen auch schon gesagt –: Senken Sie endlich die Steuern! Wirken Sie auf Ihre Kamarilla in Berlin ein, dass die Steuern gesenkt werden – die Einkommensteuer,

(Beifall der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

die Gewerbesteuer, die Körperschaftsteuer.

(Zurufe)

Stellen Sie weiterhin in der Verwaltung Rechtssicherheit her! Rechtssicherheit in der Verwaltung erreicht man durch kurze Prozesse. Die Unabhängigkeit der Justiz – –

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Da seid ihr ja Spezialisten! – Bernhard Pohl

(FREIE WÄHLER): Durch kurze Prozesse, ja!)

– Nein, nein, nein, Herr Pohl, kommen Sie hier nicht mit Primitivargumentation.

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Rechtssicherheit – –

(Unruhe)

Rechtssicherheit erreicht man dadurch, dass man der Justiz

(Anhaltende Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Pscht!

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) die Entscheidungsanleitungen von ganz oben gibt, von den obersten Gerichten.

Dann das Nächste – und das wurde von Kollegen auch schon angesprochen –: Sanieren Sie die marode Infrastruktur in diesem Land! Das hat Ihnen sogar der Kollege von den GRÜNEN jetzt einmal in Ihr Buch geschrieben,

(Zuruf von der SPD)

was Sie tun sollen. Die Straßen

(Unruhe)

sind die Lebensadern unseres Landes – die Staatsstraßen, die Bundesstraßen; all das, was die Transportfähigkeit

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

und die Logistik in diesem Land fit macht für die Zukunft. Und dann können Sie das, was für Investitionen zur Verfügung steht, immer noch in Ihre viel gepriesene Digitalisierung stecken. Die Digitalisierung ist wichtig, damit dieses Land zukunftsfähig bleibt. Das gestehe ich Ihnen zu. Aber verengen Sie – und das macht die FDP immer so

gern – nicht immer die gesamte Fortschrittspolitik auf die Digitalisierung, das ist lächerlich.

(Abgeordneter Tobias Reiß (CSU) deutet auf die Zeitanzeige für den Redner)

– Ich habe noch eine Menge zu sagen, Herr Reiß.

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Zurufe)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Dr. Müller, Sie sind zehn Sekunden über der Zeit. Ich bitte Sie, dass Sie langsam oder auch etwas zügig zum Schluss kommen.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich hätte Ihnen noch viel zu sagen.

Präsidentin Ilse Aigner: Das glauben wir.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich danke Ihnen für die geschätzte Aufmerksamkeit. Herr Pohl, zum Lachen finde ich das, was ich gesagt habe, nicht.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Doch!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, wir wissen, dass Sie – –

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Werden Sie nicht kindisch. Jeder Satz, den ich gesagt habe, ist für die Zukunft unseres Landes essenziell.

(Beifall bei der AfD – Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Wir sollten ein Parlamentsfernsehen einführen!)

Ich verabschiede mich und wünsche Bayern viel Erfolg.

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner hat der Kollege Raimund Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete! Jetzt habe ich hier im Parlament eine Lehrstunde des Behaviorismus erlebt. Ich wollte eigentlich vor meiner Rede zum Haushalt die Debatte der letzten drei Tage loben. Dann kommt aber ein grüner Schierlingsbecher und vergiftet ein bisschen das Klima. Die Reaktion des Rechtsaußen Müller – nicht Mittelstürmer Müller! – war dann das, was wir jetzt erlebt haben. Lachen ist gesund. Sie haben sich jetzt ausgelacht, jetzt können Sie mir zuhören.

Ich möchte Ihnen jetzt Folgendes sagen: Hans Herold hat uns den Geldregen und den Geldsegen im bayerischen Staatshaushalt und auch das erklärt, was wir alle zusammen mit diesem Geld machen können. Dazu frage ich Sie: Kommt denn auch der Finanzausgleich für die Privatleute, für die Steuerzahler, die uns diesen Geldsegen beschicken? Ich hoffe, ja. Wenn es nicht so ist, stellt sich die Frage, ob sich Bayern in die Länder einreihet, die ihre Steuerbürger wie eine Weihnachtsgans ausnehmen.

Unser geschätzter Herr Ministerpräsident und Regierungschef Dr. Söder hat gesagt, dass er die Bürger nicht ausnehmen würde, so seien die Bayern nicht. Er hat gesagt, Bayern gibt alles das, was es einnimmt, mittelbar oder unmittelbar auch wieder zurück. Unmittelbar wird es über das Familiengeld oder das Landespflegegeld zurückgegeben, mittelbar über den Finanzausgleich. Er sagt aber auch, er gebe das Geld auch für Bayerns Zukunft aus. Wir haben heute etwas von Digitalisierung und die Geschichte vom Moonraker gehört. Vom Space-Programm haben wir weniger gehört, aber das steht auch da. Viel gehört haben wir von Umwelt und Naturschutz. Diese Themen werden uns weiter begleiten. Beim Finanzausgleich für Steuerzahler nehme ich die Aussage des Ministerpräsidenten, dass er auf eine Abschaffung des Soli drängen wird, wirklich ernst.

Jetzt aber zum kommunalen Finanzausgleich. Meine sehr geschätzten Kollegen, der kommunale Finanzausgleich ist ganz wichtig, und er ist aus diesem Haushaltsplan in Höhe von 125 Milliarden auch gut bestückt. Die mehr als 2.000 Kommunen, die die Basis der Gesellschaft sind, kommen in allernächster Zukunft in größte Not. Ich sage

Ihnen auch, in welche Not. Sie alle sind erfahrene Politiker, früher waren Sie vielleicht auch Kommunalpolitiker, und Sie wissen, was Abwasseranlagen und Trinkwasseranlagen sind. Sie sind komplexe Gebilde, sie sind alt, marode und erneuerungsbedürftig. Sie entsprechen nicht mehr dem technischen Stand. Ich spreche mit den Leuten, die es wissen, und die sagen mir: Raimund, wenn dafür kein Geld kommt, wird es für die Kommunen grauslich.

Deshalb ist eine Finanzpolitik, wie sie Bayern über viele Jahre praktiziert hat, nämlich sparsam wirtschaften und für die Zukunft vorsorgen, sicherlich der richtige Weg. Ich hoffe nicht, dass die Bayerische Staatsregierung irgendwann sagt, dass Abwasser und Trinkwasser eigener Wirkungskreis der Kommunen sind und die Kommunen deshalb selber schauen müssen. Die können das selber nicht leisten. Denken Sie an die vielen kleineren Anlagen in den Flächengemeinden. Da kommen wirklich mehrere Hunderttausend Euro an Investitionen auf die Kommunen zu. Wer soll das bezahlen? Der Bürger vor Ort? – Der kann es auch nicht. Der verliert dabei Haus und Hof. Sie wissen, wovon ich rede. Ich möchte, dass das nicht eintritt.

Hier im Raum reden viele über Segnungen wie Schwimmbäder und solche Einrichtungen, die in den Kommunen zunehmend vor der Schließung stehen, weil sie unter Personalnot leiden. Ich hoffe, dass das nicht das Hauptthema ist. Das Hauptthema der Zukunft muss sein, die Kommunen am Leben zu erhalten. Deshalb ist Haushaltsdisziplin und vorausschauende Sparsamkeit das Mittel der Wahl. Ich hoffe, es ist auch für unseren Ministerpräsidenten und seine Staatsregierung das Mittel der Wahl.

Jetzt danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wage heute nicht, Ihnen einen schönen Abend zu wünschen, sonst bekomme ich wieder die Rüge, dass ich die Sitzung nicht beenden darf. Das soll das Präsidium machen. Daran will ich mich halten.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Swoboda, einen schönen Abend kann man immer wünschen. Das ist schon in Ordnung. – Jetzt ist die Aussprache geschlossen.

Das abschließende Wort hat der Finanzminister, der Schöpfer des Haushalts. Bitte, sehr geehrter Herr Füracker.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Meine liebe Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Ich schaue, dass ich meine Redezeit von 40 Minuten gut überschreite, dann haben alle Fraktionen noch einmal die Möglichkeit, etwas zu sagen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Söder hat letztens sieben Minuten gesprochen!)

Eines habe ich aber gelernt: Drei Tage lang habe ich mich jetzt gefragt, warum ich als Letzter sprechen darf. Dr. Müller hat es beantwortet: Das Beste kommt zum Schluss.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Ich habe höchstes Verständnis dafür, dass nicht alle klatschen. Ich bitte, mir das auch nicht als Arroganz auszulegen, aber ich habe mich trotzdem gefreut.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen sagen, dass es zur Zeit einen bayerischen Finanzminister gibt, der nächstes Jahr im Mai seit 30 Jahren Gemeinderat und Kreisrat ist, davon zwölf Jahre stellvertretender Landrat und neun Jahre Zweiter Bürgermeister. Deswegen habe ich eine gehörige Menge an Erfahrung betreffend Kommunen und Verständnis für Kommunen. Manchmal habe ich deswegen schon gezuckt und hätte gerne – das wäre aber wieder arrogant gewesen – gefragt: Wie lange machen Sie eigentlich schon Kommunalpolitik? Können Sie es wirklich so genau beurteilen, wie die Gemeinden ticken? Es gibt 2.056 Gemeinden und 71 Landkreise. Ich bin in diesem Land in den letzten Jahren – auch schon als Staatssekretär – unterwegs gewesen. Ich war in unglaublich vielen Gemeinden, und ich kenne alle Fragen.

Eines, meine Damen und Herren, kann uns niemand absprechen, und niemand, der seriös argumentiert, tut das: Noch nie hat der Freistaat Bayern seinen Kommunen so viel Geld gegeben wie jetzt. Noch nie in der Geschichte des Freistaates Bayern!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ausgehend von 2013 mit 7,8 Milliarden Euro wurden für 2014 8,0 Milliarden Euro als kommunaler Finanzausgleich ausgehandelt. Im folgenden Jahr waren es 8,3 Milliarden, dann 8,56 Milliarden, 8,9 Milliarden, 9,53 Milliarden und 9,97 Milliarden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten sechs Jahren den kommunalen Finanzausgleich um mehr als 2 Milliarden gesteigert, obwohl die Gemeinden selbst höhere Zunahmen bei den Steuereinnahmen hatten als der Freistaat Bayern. Wir haben mit dem kommunalen Finanzausgleich in viele Maßnahmen investiert, die Sie heute beklagt haben.

Zwischendurch habe ich einmal gehört, wir würden Bundesgelder für Kinderbetreuung missbrauchen. Meine Damen und Herren, in diesem Doppelhaushalt sind allein Leistungen für Familien in Höhe von 2,4 Milliarden Euro enthalten. Für die Betriebskostenförderung für die Kindertagesstätten in Bayern haben wir 3,66 Milliarden Euro im Doppelhaushalt. Pro Jahr sind das rund 1,8 Milliarden Euro. Vor sechs Jahren waren es noch 700 Millionen. Wir haben enorme Steigerungen vorgenommen. Wir haben für die investiven Förderungen für Kindertagesstätten 260 Millionen eingeplant. Wir haben deutlich über 6 Milliarden Euro für Leistungen an Familien und Kinder vorgesehen. Ich weiß nicht, was man daran überhaupt noch kritisieren kann. Wir haben damit wirklich einen kommunalfreundlichen und familienfreundlichen Haushalt. Der ist nicht mehr zu toppen.

Ich wundere mich schon sehr, dass hier wieder Märchen erzählt werden. Bernhard Pohl, eigentlich müsste ich jetzt nicht die Strabs verteidigen. Ich gebe zu, dass ich nicht unterschrieben habe. Jetzt haben wir die Beiträge abgeschafft. Der Grund dafür

ist bekannt. Jetzt wird die Mär verkündet, der Freistaat Bayern habe die Strabs auf Kosten der Kommunen abgeschafft.

Dazu kann ich nur sagen: Erstens. Knapp 30 % der Kommunen dürften sich überhaupt nicht beschweren. Die hatten nämlich keine Satzung und haben keine Beiträge erhoben. Die müssten theoretisch ganz ruhig sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweitens. Das Innenministerium hat festgestellt, dass bei all den Kommunen, die Beiträge erhoben haben, in den letzten acht Jahren im Durchschnitt 62 Millionen Euro angefallen sind. Der Freistaat gibt jetzt alljährlich 150 Millionen Euro an die Kommunen, also weit mehr als das Doppelte dessen, was die Kommunen überhaupt erhoben haben. Und dann gibt es hier Kolleginnen und Kollegen, die behaupten, wir hätten auf Kosten der Kommunen die Strabs abgeschafft! Man müsste schon rechnen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt hier Kolleginnen und Kollegen, die sagen, wir gäben zu wenig Geld für das Bauen aus. Wir haben 1,7 Milliarden Euro in diesen Doppelhaushalt für das Bauen eingestellt. Wir bauen zum Beispiel Wohnungen für Staatsbedienstete. Morgen wird im Bundesrat unser Antrag beraten, bei dem es darum geht, dass es nicht mehr als geldwerter Vorteil gilt, wenn man günstig Wohnungen mietet. Weiter wird ein Antrag beraten, in dem es darum geht, dass der Arbeitgeber pauschal versteuern kann, wenn er den Bediensteten Wohnungen zur Verfügung stellen möchte. Wie es aussieht, bringen wir diesen Antrag morgen nicht durch den Bundesrat. Wissen Sie, warum? – Weil mir die Finanzminister der GRÜNEN und der SPD gesagt haben, dass sie daran kein Interesse haben. Das ist die Lage.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist Wahnsinn!)

Wir legen Anträge und Ideen vor, Sie von den GRÜNEN und der SPD lehnen ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir fördern das Bauen mit der Städtebauförderung, durch Dorferneuerung und durch Investitionsförderungen. Niemals haben wir so viel Geld zur Verfügung gestellt. Die Fördersätze für die Kommunen sind hoch.

Dann wird hier erzählt, ich hätte irgendwann einmal gesagt, den Kindern das Schwimmen beizubringen, sei Aufgabe der Eltern. Ich behaupte nicht, dass, wenn Kinder mit sechs Jahren in die Schule kommen, es Aufgabe des Lehrers ist, 25 Kindern das Schwimmen beizubringen. Ich bleibe bei meiner Aussage, weil sie stimmt. Auch ich lebe in einem Dorf, in dem es kein Schwimmbad gibt. In den allermeisten Dörfern Bayerns und in den allermeisten Ortschaften Bayerns gibt es kein Schwimmbad. Deshalb muss man das Kind ins Auto setzen, es zum Schwimmbad fahren und dann beim Schwimmunterricht abliefern. Auch wir haben das gemacht.

Ob ich das Kind in meiner Gemeinde zum Schwimmbad bringe oder in den Nachbarort fahre, spielt eine weniger große Rolle. Ich habe nur dazu aufgerufen, zu überlegen, ob nicht mehrere Kommunen miteinander ein Bad betreiben können. Es geht nicht um die Investition, sondern um die Betriebskosten. Ich kenne Kommunen, die sich ein jährliches Defizit von 400.000 Euro für ein Bad leisten, dabei 4 Millionen Euro Schulden haben und mich dazu auffordern, die Schulden zu übernehmen. Wir müssen doch ein System kreieren, das so beschaffen ist, dass jedes Kind in einer erreichbaren Entfernung ein Bad antrifft. In welcher Gemeinde dieses Bad steht, ist mir als Finanzminister kein großes Anliegen. Wir fördern das jetzt mit einer Einstiegssumme von 20 Millionen Euro pro Jahr. Ich bin gespannt, ob ab morgen bis zum 31. Dezember jemand in der Lage ist, die 20 Millionen Euro in bayerischen Schwimmbädern zu verbauen. Wir regeln die Dinge schon, da brauchen Sie keine Sorgen zu haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben 1 Milliarde Euro für den ÖPNV im Doppelhaushalt bereitgestellt. Trotzdem höre ich hier, das sei zu wenig. Ich kann nur an die Opposition appellieren, sich end-

lich zu entscheiden, ob wir zu viel oder zu wenig Geld ausgeben. Ich habe teilweise in Beiträgen verschiedener Redner derselben Partei genau das gehört. Der eine war der Meinung, wir plünderten gerade den Staatshaushalt, der andere war der Auffassung, wir würden viel zu wenig Geld für alles Mögliche ausgeben.

Ich sage Ihnen: Die Kommunen werden bestens bedient. Wir haben einen riesigen Investitionshaushalt. Wir investieren in die Infrastruktur. Ich habe es schon einmal im Zusammenhang mit der Glasfaserinfrastruktur erklärt. Es gibt übrigens neue Zahlen: Fast 90 % der bayerischen Haushalte haben mittlerweile schnelles Internet, im ländlichen Bereich sind es 83 %. Ich möchte das hiermit ergänzen, weil in diesem Zusammenhang so viel Unsinn erzählt wird.

Wir haben durch unsere Heimatstrategie den ländlichen Raum gestärkt und Behörden verlagert. Diese Verlagerung erfolgte natürlich in strukturschwache Regionen. Das war eine Verlagerung von qualifizierten Arbeitsplätzen in Behörden in die ländlichen Räume. Wir haben nicht den Willen von Menschen missachtet und haben deshalb keine Menschen versetzt. Wir haben vielmehr frei werdende Stellen verlagert und dann versucht, jemanden zu begeistern, eine Stelle einzunehmen. Das gelingt hervorragend. Viele junge Menschen können aus den Städten zurück in ihre Heimat, andere können in ihrer Heimat bleiben. Das setzen wir fort.

Wir haben im Bereich der Bildung Rekordausgaben, ebenso im Bereich des Artenschutzes. Wir werden das im Rahmen des Nachtragshaushalts bekanntlich noch einmal diskutieren. Wir haben heute schon im Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm 293 Millionen Euro. Das ist so viel wie noch nie. Nirgendwo werden Biobauern so gut gefördert wie in Bayern. Nirgendwo gibt es so viele freiwillige Agrarumweltleistungen. Kein anderes Land als Bayern ist bereit, den Bauern so viel Unterstützung zu gewähren. Überall finden wir Spitzenleistungen und Rekorde. Bei diesem Haushalt habe ich alles, aber garantiert kein schlechtes Gewissen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Abschließend möchte ich noch etwas sagen. Es wird immer über Rücklagenentnahme, Rücklagenbefüllung usw. gesprochen, und es wird doziert, wie man einen Haushalt richtig gestaltet. Es wird gefragt, ob man während des Jahres schon wissen könne, wie viele Euro am Ende des Jahres zur Verfügung stünden bzw. schon ausgegeben seien.

Meine Damen und Herren, planen Sie einmal einen Staatshaushalt mit einem Volumen von 65 Milliarden Euro, mit 16 Einzelplänen und all dem, was damit zusammenhängt. Wir haben das Ressortprinzip. Ich bekomme nicht alle vier Wochen eine Meldung jedes Ministeriums über den aktuellen Stand des Vollzugs. Das müssen schon die jeweiligen Fachminister leisten. Als ich die Übersicht hatte, habe ich diese am 4. April an den Bayerischen Landtag geschickt, und zwar mit dem Hinweis, dass ich über die Haushaltsreste noch nicht verhandelt habe. Noch nie wurde das so schnell verhandelt wie jetzt.

Wir haben jetzt das Ergebnis diesem Hohen Hause vorgelegt. Wir haben es nicht an die Presse weitergegeben. Wenn der bayerische Finanzminister letzte Woche oder auch gestern eine Presseerklärung mit der Information herausgegeben hätte, dass der Haushaltsüberschuss 2018 4,2 Milliarden Euro ausmacht, dann weiß ich, was hier in diesem Hause passiert wäre. Man hätte mir Missachtung des Parlaments vorgeworfen. Man hätte beklagt, dass die Information der Presse und der Öffentlichkeit mitgeteilt würde, aber nicht dem Parlament. Aber wir haben es hier gesagt, wo es hingehört, im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte wenigstens zum Schluss den Weltuntergangsszenarien, die hier beschworen wurden, etwas Optimismus entgegensetzen. Diese Welt ist groß, auf ihr leben 7,5 Milliarden Menschen. Uns in Bayern beneiden mindestens 7 Milliarden Menschen um unser Leben. Das kann ich Ihnen versichern. Und allen, die der Meinung sind, es sei hier so schlimm geworden, weil wir einen Haushalt vorlegen, der ihnen nicht zu-

sagt, und die glauben, man könne in Bayern nicht sicher und gut leben, denen sage ich, dass wir in einem freien, demokratischen Staat leben. Man muss nicht in Bayern leben, wenn man das nicht möchte. Aber ich habe umgekehrt die Erfahrung gemacht, dass alle nach Bayern wollen, um bei uns zu leben. Deswegen wächst die Bevölkerung Bayerns jedes Jahr.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke allen, die dazu beigetragen haben, dass wir diesen Haushalt vorlegen konnten. Ich bedanke mich bei allen, die mitgeholfen haben, ich danke den Fraktionen, den Mitarbeitern in meinem Haus, denen in den Büros und im Haushaltsausschuss, alle seien mit einbezogen. Diejenigen, die ich jetzt nicht erwähnt habe, sollen sich umso mehr gelobt fühlen. Ich danke für die gute Zusammenarbeit und für die Möglichkeit, hier zu diskutieren.

Die Kommunen jedenfalls können uns für diesen Haushalt nur loben. Sie müssen sich praktisch nur überlegen, wofür sie uns alles loben. Sie haben quasi ein Multioptionsdilemma. Das ist die Lage. Deswegen plädiere ich für Beruhigung, Freude darüber, dass wir in diesem Land leben und dass es uns möglich ist, so einen Haushalt zu beschließen. Wir sollten jetzt darangehen, diesen Haushalt umzusetzen. Ich freue mich jetzt schon, wenn wir bei der Debatte zum Nachtragshaushalt überlegen, wo wir nachsteuern müssen und wo es neue Möglichkeiten und Entwicklungen gibt. Haushaltspolitik ist deswegen so interessant, weil Haushaltspolitik Zukunftspolitik für ein Land ist. Dieses Land hat Zukunft, weit mehr als jedes andere. Seien wir stolz darauf, dass wir Bürger dieses wunderschönen Freistaates Bayern sein dürfen!

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt liegt wirklich keine Wortmeldung mehr vor. Wir sind am Schluss der Debatte angelangt.

Es folgt noch das Allerschönste, nämlich die Abstimmungen, zu denen wir ganz am Schluss kommen. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 18/345, der Änderungsantrag auf Drucksache 18/1432 und die Beschlussempfehlung des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration auf Drucksache 18/1955 zugrunde.

Vorweg lasse ich über den vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/1432 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD und eine Stimme von der FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD und die Kollegen Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Wer enthält sich der Stimme? – Die FDP, mit einer Ausnahme. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Annahme. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration stimmt ebenfalls zu. Ergänzend schlägt er vor, im neuen § 15 Absatz 2 Satz 1 der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz als Datum den "19. Juli 2019" einzufügen. Im Einzelnen verweise ich auf die Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1955.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP und die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Das sind die GRÜNEN, die SPD und die AfD.

(Zuruf: Und ein Kollege von der FDP!)

– Und ein Kollege von der FDP. Es ist so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Abgeordneter Florian von Brunn (SPD) ist kurzzeitig im Begriff, sich zu erheben
– Heiterkeit)

– Sie haben mich jetzt kurzfristig herausgefordert. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU, der Kollege Swoboda (fraktionslos) und der Kollege Plenk (fraktionslos).

(Abgeordnete der FDP erheben sich – Matthias Fischbach (FDP): Geht es um das Finanzausgleichsgesetz?)

– Ja, Drucksache 18/1955.

(Martin Hagen (FDP): Das Finanzausgleichsgesetz?)

– Ja.

(Alle Abgeordneten der FDP erheben sich)

– Also auch die FDP, auch die FDP.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Damit kein Zweifel aufkommt: Es geht um das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019. Die FDP stimmt auch zu, ebenso die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk

und Swoboda. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der AfD. Wer enthält sich der Stimme? – Keine Enthaltung. Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019)".

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 13, Tagesordnungspunkt 20. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1359 mit 18/1380, 18/1387 mit 18/1389, 18/1393 und 18/1394 sowie 18/1431 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1778. Der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1778 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 13 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU und die Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der AfD, der FDP,

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

der SPD und der GRÜNEN. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 13 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 9)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf die Drucksache 18/1778.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der AfD. Es ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/1778, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1387 mit 18/1389 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 13 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2019/2020, Tagesordnungspunkt 21. Der Abstimmung zugrunde liegen die Regierungsvorlage auf Drucksache 18/346, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1465 mit 18/1479 und 18/1552 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1964.

Zuerst ist über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Erhöhung der Ballungsraumzulage" auf Drucksache 18/1468 wie beantragt in namentlicher Form abzustimmen. Die Urnen stehen bereit. Wir haben fünf Minuten Zeit zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18:48 bis 18:53 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen, und ich bitte darum, die Plätze wieder einzunehmen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Über die weiteren vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge ist ebenfalls noch abzustimmen. Die Fraktionen sind übereingekommen,

dass über diese Änderungsanträge unter Zugrundelegung des Votums des federführenden Ausschusses insgesamt abgestimmt werden soll.

(Unruhe)

– Wenn alle ein bisschen ruhig sind, dann geht es auch einfacher. – Ich lasse daher so abstimmen. Ich sage es noch mal: Was die Fraktionen betrifft, gibt es die Voten, wie die jeweiligen Fraktionen abgestimmt haben. Es geht jetzt darum, wer hier so abstimmen will. Wer hinsichtlich der Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1465 bis 18/1475 mit Ausnahme der Drucksache 18/1468 mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner jeweiligen Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Jetzt haben wir nur das Problem, dass die fraktionslosen Abgeordneten keine Fraktion haben. Deshalb müssen wir zu den jeweiligen Anträgen wissen, wie sie abstimmen wollen. Das ist jetzt schwierig. Machen wir das so: Vielleicht können Sie das nachreichen.

(Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Einsendeschluss ist Ende nächster Woche! – Thomas Kreuzer (CSU): Die können sich doch enthalten!)

– Sie können sich auch enthalten, das macht es einfacher.

(Zuruf des Abgeordneten Raimund Swoboda (fraktionslos))

– Herr Swoboda, Sie können sich ja nicht Ihrem Votum anschließen. Das ist etwas schwierig, weil Sie keine Fraktion haben.

(Raimund Swoboda (fraktionslos): (Beitrag nicht autorisiert) Ich kann mich auch enthalten! Dann wäre die Sache geregelt!)

– Ja, bitte schön. Enthalten. – Und der fraktionslose Herr Plenk? – Enthaltung. Gut. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Jetzt wäre die Frage, ob das Abstimmungsergebnis schon da ist. – Wahrscheinlich nicht. Dann würde ich die Chance nutzen, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein paar Worte zu dieser Debatte zu sagen. Wir sind fast am Ende der Haushaltsberatungen angelangt. Das sind jetzt drei durchaus anstrengende Tage gewesen. Es waren insgesamt rund 32 Stunden, die hier getagt wurde. Es waren 18 namentliche Abstimmungen, 34 einfache Abstimmungen zu den Änderungsanträgen, 18 Einzelpläne mit dem Finanzausgleichsänderungsgesetz und dem Haushaltsgesetz und 13 Abstimmungen für den Ermächtigungsbeschluss zur Anpassung der Pläne.

Auch die Liste der Rednerinnen und Redner ist sehr beeindruckend. 155 Abgeordnete haben zu den Einzelplänen gesprochen. Es gab etwa 70 Zwischenbemerkungen. 13 Minister sowie natürlich der Ministerpräsident haben zu den Einzelplänen gesprochen.

Bei allen Differenzen und unterschiedlichen Sichtweisen, die hier vorhanden sind,

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr unterschiedliche Sichtweisen!)

war der Stil der Debatte ganz überwiegend wirklich sehr sachorientiert und respektvoll. Ich möchte mich dafür ganz herzlich bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Es waren 32 Stunden an drei Tagen. Wer schnell rechnen kann, müsste wissen, dass das nach normalen Arbeitszeiten eigentlich vier Tage hätten sein müssen. Das sage ich insbesondere deshalb, weil ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamts ganz herzlich bedanken möchte.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte das noch einmal ausdrücklich sagen, weil es viele, viele Kräfte sind. Das sind natürlich unsere Offiziantinnen und Offizianten, die

für unsere Versorgung und das leibliche Wohl zuständig sind. Das ist der Stenografische Dienst, der Rekordarbeit geleistet hat.

(Allgemeiner Beifall – Zurufe: Bravo! – Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Was Sie da für seltsame Zeichen hinschreiben! Der Wahnsinn!)

Nicht zuletzt möchte ich mich auch noch beim Plenarreferat mit Frau Fröhlich an der Spitze bedanken. Auch Ihnen ein ganz herzliches Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall – Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Immer schön fröhlich bleiben!)

Jetzt gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Erhöhung der Ballungsraumzulage" auf Drucksache 18/1468 bekannt. Mit Ja haben 33 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein habe 106 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen waren es 13. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Zum Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration stimmt diesen Änderungen zu. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 18/1964. Ergänzend schlägt er vor, die Hinweise auf die letzten Änderungen der durch das Haushaltsgesetz zu ändernden Gesetze anzupassen. Bei Inkrafttreten soll im neuen Artikel 18 Absatz 2 Nummer 3 betreffend den neu eingeführten Artikel 8a zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes der "1. Juni 2019" eingefügt werden.

Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER und die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Wer stimmt dagegen?

– Das sind die GRÜNEN, die SPD, die FDP und die AfD. – Enthaltungen sehe ich keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Diese soll, wie in § 127 Absatz 2 der Geschäftsordnung vorgesehen, in namentlicher Form durchgeführt werden. Abstimmungsgrundlage ist der Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration. Für die Stimmabgabe stehen wieder die Urnen bereit. Ich bitte um die Stimmabgabe. Wir haben drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 19:01 bis 19:04 Uhr)

Die Zeit zur Stimmabgabe ist um. Jetzt wird noch ausgezählt. Wenn die lieben Kolleginnen und Kollegen noch dableiben würden, wäre das sehr nett, denn wir müssen ja noch das Ergebnis verkünden, auch wenn keine formale Abstimmung mehr stattfindet. Aber Sie sollten es ja wenigstens wissen, wenn wir es voraussichtlich erfolgreich abgeschlossen haben werden.

(Unterbrechung von 19:05 bis 19:06 Uhr)

Jetzt haben wir auch das letzte Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2019/2020. Mit Ja haben 93 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 58 Abgeordnete gestimmt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Das Gesetz ist somit angenommen. Es hat den Titel "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaats Bayern für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 (Haushaltsgesetz 2019/2020)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfes in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1476 mit 18/1479 und 18/1552 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon wohlwollend Kenntnis.

Die Haushaltsberatungen sind damit abgeschlossen. Die Schlussworte habe ich vorher schon gesprochen. Vielen Dank und einen schönen Abend.

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 19:07 Uhr)

Mitteilung

zu den Tagesordnungspunkten 19 bis 21

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge

I. zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019

(Drs. 18/345)

II. zum Einzelplan 13 und

(Drs. 18/1778)

III. zum Haushaltsgesetz 2019/2020

(Drs. 18/346)

I. Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019) (Drs. 18/345)

Drs. 18/1432

II. Einzelplan 13

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus (Tessa) Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2019/2020; hier: Keine Finanzmittel für Stadtautobahn Franken-Schnell-Weg (FSW) (Kap. 13 03 Tit. 883 05) (Drs. 18/1370)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2019/2020; hier: Verstärkung von Investitionsmaßnahmen Fraktionsreserve streichen (Kap. 13 03 Tit. 893 06) (Drs. 18/1371)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Subventionierung der Forschungsstiftung beenden
(Kap. 13 03 Tit. 894 07)
Drs. 18/1372
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Resteeinzug
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1373
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Mittel für Bedarfszuweisungen/Stabilisierungshilfen an Kommunen
(Kap. 13 10 Tit. 613 31)
Drs. 18/1374
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: ÖPNV-Zuweisungen erhöhen
(Kap. 13 10 Tit. 633 81)
Drs. 18/1375
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Straßenausbaupauschalen an Gemeinden gemäß Art. 13h BayFAG aufstocken
(Kap. 13 10 Tit. 883 06)
Drs. 18/1376
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Umschichtung der Entflechtungsmittel zugunsten des ÖPNV
(Kap. 13 10 Tit. 883 08 und Tit. 883 09)
Drs. 18/1377
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Investitionshilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 13 10 Tit. 883 81)
Drs. 18/1378
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Lebensraum Schule: Schulen und Berufsschulen sanieren, mehr Platz für Schülerinnen und Schüler schaffen
(Kap. 13 10 Tit. 883 11, Tit. 883 12, Tit. 883 13 und Tit. 883 15)
Drs. 18/1379
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 18/1380
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für den laufenden Betrieb an den privaten Träger der Kinderbetreuungseinrichtung im staatseigenen Gebäude München, Reitmorstr. 29
(Kap. 13 03 Tit. 684 02)
Drs. 18/1431
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt durch bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung
(Kap. 13 01)
Drs. 18/1359

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung Wiederbesetzungssperre, Abschaffung pauschaler Stellensperren, verbesserte Beförderungsmöglichkeiten, höhere Ballungsraumzulage und höhere Zulage im Dienst zu ungünstigen Zeiten (Kap. 13 03 Tit. 461 01)
Drs. 18/1360
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Mittel für die Regierungsfractionen (Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 18/1361
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Rückforderung von Flughafendarlehen (Kap. 13 06 neuer Tit.)
Drs. 18/1362
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Aufstockung der Zuweisungen an kreisfreie Gemeinden zu den Kosten der Ämter für Gesundheits- und Veterinärwesen gemäß Art. 9 Abs. 1 bis 5 BayFAG (Kap. 13 10 Tit. 633 02)
Drs. 18/1363
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Zwecke des ÖPNV (Kap. 13 10 Tit. 633 81)
Drs. 18/1364
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Solide Investitionsförderung für Bayerische Krankenhäuser - Sonstige Leistungen nach dem Krankenhausgesetz (Kap. 13 10 Tit. 891 72)
Drs. 18/1365
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kommunalen Straßenbau stärken (Kap. 13 10 Tit. 883 07)
Drs. 18/1366
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz – Investitionshilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Kap. 13 10 Tit. 883 81)
Drs. 18/1367
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Stärkung der Lebensmittelkontrolle bei den kreisfreien Städten (Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 18/1368
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Energieeffizienz im Wärmebereich – Energetische Sanierung kommunaler Gebäude (Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 18/1369
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Härtefallfonds Straßenerstschließungsbeiträge (Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1393
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Rückforderung der Zinsausgaben des Freistaates von der BayernLB – Die Zinsuhr jetzt anhalten! (Kap. 13 60 neuer Tit.)
Drs. 18/1394

III. Haushaltsgesetz 2019/2020

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Wiederbesetzungssperre und pauschalen Stelleneinzug abschaffen
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1473
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Schulgeldersatz für Privatschulen
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1474
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Landespflegegeldgesetz, Blindengeldgesetz
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1475
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1465
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Abschaffung der pauschalen Stellensperre
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1466
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung Art. 6i (Stellenhebungen im Doppelhaushalt 2019/2020) – Schaffung verbesserter Beförderungsmöglichkeiten
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1467
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung zu Art. 9 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes) – Erhöhung des Grundbetrags, des Anwärtergrundbetrags oder Dienstanfängergrundbetrags und des Kinderzuschlags bei der Ballungsraumzulage und Aufhebung des Anwärtergrenzbetrags
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1468
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Einfügung eines neuen Art. 9 (Änderung des Ausführungsgesetzes-Aufenthaltsgesetz – Auflösung des Bayerischen Landesamts für Asyl und Rückführungen)
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1469
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Verbesserungen für Beamte und Beamtinnen beim Dienst zu ungünstigen Zeiten
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1470
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung der Landkreisordnung
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1471
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1472

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 21: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Klaus Adelt u. a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020; hier: Änderung zu Art. 9 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes) - Erhöhung des Grundbetrags, des Anwärtergrundbetrags oder Dienstanfängergrundbetrags und des Kinderzuschlags bei der Ballungsraumzulage und Aufhebung des Anwärtergrenzbetrags (Drs. 18/346) (Drucksache 18/1468)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adje Benjamin	X			Fehlner Martina			
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias		X	
Aiwanger Hubert				Flierl Alexander		X	
Arnold Horst				Flisek Christian			
Aures Inge				Franke Anne			
				Freller Karl			
Bachhuber Martin				Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick	X		
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara	X		
Baumgärtner Jürgen				Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus		X		Ganserer Markus (Tessa)			
Becher Johannes	X			Gehring Thomas			
Becker Barbara				Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz			X	Glauber Thorsten		X	
Blume Markus		X		Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin			X	Gottstein Eva		X	
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard			X
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun				Güller Harald	X		
von Brunn Florian	X			Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus	X						
Busch Michael	X			Häusler Johann		X	
				Hagen Martin		X	
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo			X
Dr. Cyron Anne			X	Halbleib Volkmar	X		
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian	X			Hartmann Ludwig			
Demirel Gülseren	X			Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex		X		Haubrich Christina	X		
Dremel Holger		X		Henkel Uli			X
Dünkel Norbert				Herold Hans		X	
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin			X	Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian			
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra			
Eisenreich Georg				Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander			
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			X
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph			X
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd			
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			X
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			X
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			X
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Westphal Manuel			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas			X
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	33	106	13

Abstimmungsliste

zur namentlichen Schlussabstimmung am 16.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 21: Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 (Haushaltsgesetz 2019/2020 - HG 2019/2020) (Drucksache 18/346)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Dr. Faltermeier Hubert	X		
Adjei Benjamin		X		Fehlner Martina			
Aigner Ilse	X			Fischbach Matthias		X	
Aiwanger Hubert				Flierl Alexander	X		
Arnold Horst				Flisek Christian			
Aures Inge				Franke Anne			
				Freller Karl			
Bachhuber Martin				Friedl Hans	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Friedl Patrick		X	
Bauer Volker	X			Fuchs Barbara		X	
Baumgärtner Jürgen				Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bayerbach Markus		X		Ganserer Markus (Tessa)			
Becher Johannes		X		Gehring Thomas			
Becker Barbara				Gerlach Judith	X		
Beißwenger Eric	X			Gibis Max	X		
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten	X		
Blume Markus	X			Gotthardt Tobias	X		
Böhm Martin		X		Gottstein Eva	X		
Bozoglu Cemal		X		Graupner Richard		X	
Brannekämper Robert	X			Grob Alfred	X		
Brendel-Fischer Gudrun				Güller Harald		X	
von Brunn Florian		X		Guttenberger Petra	X		
Dr. Büchler Markus		X					
Busch Michael		X		Häusler Johann	X		
				Hagen Martin		X	
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Dr. Cyron Anne		X		Halbleib Volkmar		X	
				Hanisch Joachim	X		
Deisenhofer Maximilian		X		Hartmann Ludwig			
Demirel Gülseren				Hauber Wolfgang	X		
Dorow Alex	X			Haubrich Christina		X	
Dremel Holger	X			Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert				Herold Hans	X		
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian	X		
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin		X		Dr. Herz Leopold	X		
Eck Gerhard	X			Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred	X			Hierneis Christian			
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra			
Eisenreich Georg				Hintersberger Johannes	X		
Enders Susann	X			Högl Petra	X		
Enghuber Matthias	X			Hofmann Michael	X		
				Hold Alexander			
Fackler Wolfgang	X			Holetschek Klaus	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas			
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette			
Kirchner Sandro	X		
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander	X		
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen	X		
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Susanne			
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd			
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen			
Mittag Martin	X		
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzing Stephan	X		
Osgyan Verena			
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pittner Gerald	X		
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard	X		
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Dr. Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Stolz Anna	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans			
Vogel Steffen	X		
Wagle Martin	X		
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Westphal Manuel			
Widmann Jutta	X		
Wild Margit		X	
Winhart Andreas		X	
Winter Georg	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	93	58	0

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 31.05.2019

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)